

Kommune

E-Government, Internet und Informationstechnik

21

Krisenbewältigung

Katalysator für die Digitalisierung



E-Government

- **Öffentliche Beschaffung:**
Amazon spezialisiert sich auf niederschwellige Angebote

Titel

- **Corona-Krise:**
Die digitale Verwaltung wird zur neuen Normalität

Informationstechnik

- **Finanz-Management:**
Digitales Werkzeug für die Haushaltsplanung in München

Praxis

- **Nürnberg:**
Neue Kundenkommunikation bei der Ausländerbehörde



Spezial

- **Portale:**
Bonner Bürgerserviceportal startet in die Betaphase



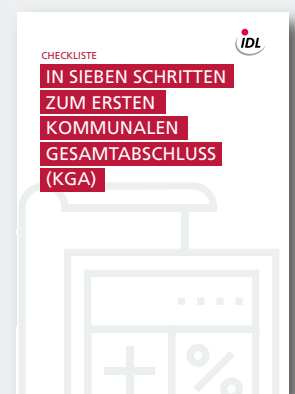
CHECKLISTE

IN SIEBEN SCHRITTEN ZUM ERSTEN KOMMUNALEN GESAMTABSCHLUSS (KGA)

Profitieren Sie von den Erfahrungen anderer Kommunen und Experten und sehen Sie, wie Sie in sieben Schritten erfolgreich den ersten Abschluss erstellen.

- ✓ Die Checkliste beleuchtet Ausgangslage, Projekt, Prozess, Rahmenbedingungen und Umsetzung.
- ✓ Sie gibt Denkanstöße und beantwortet Fragen rund um Vorbereitung, Softwarewerkzeuge und Durchführung.
- ✓ Am Ende der Checkliste finden Sie zudem einen Exkurs, der den Blick auf die Zukunft des KGA wirft und mögliche Weiterentwicklungen und Potenziale aufzeigt.

In die Checkliste eingeflossen sind Erfahrungen aus Projekten bei großen und kleinen Kommunen, vom erstmaligen Abschluss bis zum Folgeabschluss, in verschiedenen Bundesländern.



JETZT CHECKLISTE HOLEN!

www.idl.eu/kga

**Wer in seiner Kommune
betriebswirtschaftlich steuern will,
nutzt Software von IDL.**



www.idl.eu

Liebe Leserinnen und Leser,

in der Corona-Krise zeigte sich: Die digitalen Pioniere unter den Kommunen konnten ihre Handlungsfähigkeit unter Pandemiebedingungen leichter aufrechterhalten als die Nachzügler. Die Stadt Wuppertal beispielsweise profitierte von der Digitalisierungsstrategie digiTal 2023. Aufgrund der Vorarbeiten konnten große Teile der Belegschaft kurzfristig ins Homeoffice wechseln. Einen Schub erhielt auch die Einführung des digitalen Aktenplans. Aktuell arbeiten damit 40 Prozent mehr Teams als ursprünglich vorgesehen (Seite 24).



Viele Experten sind davon überzeugt, dass die Corona-Krise eine Chance für die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung bietet. Nicht nur, weil der Bund zusätzliche Mittel zur Verfügung stellt. Das beste Argument für Online-Services sind gestiegene Nutzerzahlen. Die AKDB verzeichnet auf den bayerischen Bürgerservice-Portalen seit Mai 2020 einen Anstieg der Verwaltungstransaktionen um mehr als 30 Prozent. Allein die Nutzung der Online-Kfz-Zulassung erhöhte sich seit Beginn der Corona-Krise im März fast um das 20-fache.

In seinem Gastbeitrag für Kommune21 schreibt AKDB-Vorstandschef Rudolf Schleyer, die Begleiterscheinungen der Pandemie seien ein Weckruf für die Akzeptanz und Notwendigkeit der digitalen Verwaltung und verleihen ihr einen kräftigen Schub (Seite 18). Allerdings dürfe nicht erst in Krisenzeiten investiert werden, mahnt Schleyer. Innovative IT-Lösungen müssten schnell verfügbar sein und sollten nicht erst dann mühsam konzipiert und implementiert werden müssen.

Ihr

Alexander Schaeff



ALLRIS

**Modernisieren Sie jetzt
die Verwaltungsarbeit !**

- **Sitzungsdienst**
- **Sitzungsgeld**
- **Ratsinformationssystem**
- **Fraktionsarbeit**
- **Bürgerbeteiligung**

E-Government

Beschaffung: Amazon als Marktplatz für die öffentliche Verwaltung 12

Smart City Index: Bitkom bewertet den Status quo deutscher Städte 14

Gelsenkirchen: Gemeinsam intelligent vernetzen 16

Titel

Digitalisierung: Die Pandemie als Weckruf für die öffentliche IT ... 18

Interview: Ministerpräsidentin Malu Dreyer erläutert, wie die Digitalisierung zur resilienten Verwaltung beiträgt 22

Wuppertal: Erfahrungen für den Umbruch nutzen 24

Round Table: Eine interkommunale Kooperation hilft neun Städten durch die Krise 26

Informationstechnik

Finanzwesen: München vereinfacht die Prozesslandschaft 30

Interview: Die IDL-Gründer Bernward Egenolf und Harald Frühwacht blicken auf eine 30-jährige Firmengeschichte zurück 32

XRechnung: Lieferanten zum neuen Format motivieren 34

Ratsinformationssysteme: Elf Verwaltungen kooperieren mit der Stadt Neunkirchen 36

Amt Südtondern: Papier wird sukzessive aus den Sitzungsmappen verbannt 38

Rhein-Lahn-Kreis: Ratsinfo-App punktet bei Vorgaben zum Datenschutz 40

Penzliner Land: Flexibler und effizienter dank Sitzungsdienst .. 42

Branchen-News: Komm.ONE, ekom21, PROSOZ Herten, Dataport 43

Fachverfahren: Melderegister 4.0 unterstützt bei neuen Aufgaben 44

Karlsruhe: Universalprozess für die Wohnsitzanmeldung und Meldebescheinigung 46

Praxis

Nürnberg: Serviceplattform digitalisiert die Ausländerbehörde ... 48

Dortmund: Simulationssoftware unterstützt bei der Bombenentschärfung 50

Spezial

Portale: Die Bonner Serviceplattform wird in sorgfältig geplanten Schritten umgesetzt 52

Erkrath: Anträge online stellen und bezahlen 54

Social Intranet: Die digitale Zusammenarbeit optimieren 56

Projekt-Management: Agil zum neuen Web-Auftritt 57

Rubriken:

Editorial 3
News 6
IT-Guide 58
Vorschau, Impressum 66



Pandemie als Wachmacher

In der Krise zeigt sich das Digitalisierungspotenzial der Verwaltung: Einem Weckruf gleich ruft die Corona-Pandemie hier innovative Lösungen auf den Plan. Nun gilt es, die Erfahrungen der zurückliegenden Monate klug für die Zukunft zu nutzen.

ab Seite 18

Content-Management-System

Für Internet und Intranet, leicht zu bedienen und fit für die Umsetzung des OZG

Responsive Webdesign

BITV-konform, ganz individuell oder mit flexiblen Layoutvorlagen

Zertifiziertes Rechenzentrum

Höchste Sicherheit und Verfügbarkeit für Ihren kommunalen Internetauftritt

**Infoveranstaltung
für Anwender und
Interessenten
vom 23.-27.11.2020
in Lübeck**





twitter.com/k21news

115: Bekanntheit nimmt zu

Laut einer Allensbach-Umfrage kommt die Behördennummer 115 weiterhin gut bei den Bürgern an und ist bei knapp der Hälfte der Befragten bekannt.

• www.115.de

Leipzig: Führerscheinumtausch vereinfachen

Besitzer eines Papierführerscheins in der EU erhalten bald neue Dokumente. Die Stadt Leipzig testet nun, wie sich der Prozess digital vereinfachen lässt.

• www.leipzig.de

Studie: Digitale Kommune – eine Typfrage?

ÖFIT und KGSt haben jetzt eine Untersuchung veröffentlicht, in der vier verschiedene kommunale Digitalisierungstypen beschrieben werden.

• www.kgst.de

Kreis Offenbach: Virtuelles Bauamt

Beim Kreis Offenbach wird das Baugenehmigungsverfahren jetzt nur noch digital durchgeführt. Zum Einsatz kommt das virtuelle Bauamt ITeBAU.

• www.kreis-offenbach.de

eGovernment Benchmark 2020

Bessere Online-Services

Capgemini hat den eGovernment Benchmark 2020 veröffentlicht. Erstellt wurde er mit Sogeti, IDC und dem Politecnico di Milano. Wie das Beratungsunternehmen Capgemini mitteilt, liefert der jährlich erscheinende Benchmark der EU-Kommission Einblicke in den Status von E-Government-Services in Europa. Die diesjährigen Ergebnisse verdeutlichen, dass sich alle europäischen Länder bei der Bereitstellung digitaler Leistungen verbessert haben. Damit die Bevölkerung E-Government-Dienste noch stärker annimmt, bedarf es laut der Studie einer beschleunigten Implementierung digitaler Bausteine, die eine nutzerzentrierte, nahtlose und transparente Leistungserbringung ermöglichen. Dem Bericht zufolge bewegt sich Europa in die richtige Richtung: Die Leistungsfähigkeit des E-Government stieg im Vergleich zum Vorjahr von 65 auf 68 Prozent. Zugleich wurde die Lücke zwischen Vorreitern und Nachzüglern weiter geschlossen.

<https://tinyurl.com/y2jcogs3>

Erzgebirgskreis

Glatter Datenfluss

Die Digitalisierung konfrontiert Landkreise und ihre Städte sowie Gemeinden mit einer rasant ansteigenden Datenflut. Nicht alle dieser Daten können zeitnah in Fachprogramme gefasst werden, obwohl eine systematische Steuerung notwendig wäre. Der Erzgebirgskreis in Sachsen will nun laut eigenen Angaben ein regionales thematisches Vernetzungskonzept erstellen mit dem Ziel, ein bereits bestehendes Online-Portal dahingehend zu verändern, dass der Datenaustausch zwischen den kommunalen Ebenen ausgedehnt werden kann. Dazu hat Frank Pfeil, Staatssekretär im sächsischen Staatsministerium für Regionalentwicklung, einen Fördermittelbescheid in Höhe von 57.000 Euro an Landrat Frank Vogel übergeben. Mit den Mitteln soll der Datenaustausch ausschließlich nicht-personenbezogener Daten zwischen den Verwaltungsebenen aufgebaut und analysiert werden. Der so genannte Kommunalswitch



Erzgebirgskreis erhält Fördermittel.*

soll doppelte Eingaben vermeiden und Datensätze frei verfügbar machen – ohne eine weitere zentrale Datenbank. Ziel sei es, eine Infrastruktur zu schaffen, die vorhandene Daten verschiedener Datenbanken für unterschiedliche Anwendungen zur Verfügung stellt. Gleichzeitig soll eine freiwillige Standardisierung der Datensätze vorangebracht werden.

www.erzgebirgskreis.de

* Staatssekretär Frank Pfeil (r.), Landrat Frank Vogel

Bayern

Digitaler Werkzeugkasten

Vom Antrag auf einen Jagdschein bis hin zur Corona-Registrierung für Reiserückkehrer – mithilfe eines digitalen Werkzeugkastens haben sieben bayerische Landratsämter in den zurückliegenden Monaten zahlreiche Verwaltungsdienstleistungen digitalisiert. Das teilt jetzt das Bayerische Staatsministerium für Digitales mit. Der digitale Werkzeugkasten sei im Frühjahr 2019 als Gemeinschaftsprojekt des Bayerischen Staatsministeriums für Digitales und des Innovationsrings des Baye-

rischen Landkreistages gestartet. Als Piloten fungieren die Landkreise Aschaffenburg, Bad Tölz-Wolfratshausen, Cham, Fürth, Kulmbach, Neu-Ulm und Passau. In einer ersten Projektphase haben sie mithilfe der Software 21 Verwaltungsleistungen für Bürger und Unternehmen bereitgestellt. In einer zweiten Projektphase seien die erarbeiteten Online-Formulare dann zwischen den Pilotlandratsämtern ausgetauscht worden. Nun können 120 bislang papierbasierte Formulare online ausgefüllt werden.

www.stmd.bayern.de

Digitaler Wandel in der Verwaltungspraxis

„Digitalisierung muss unsere Arbeit leichter machen.“

Immer mehr Arbeit. Immer mehr Wissen, das durch Ausscheiden erfahrener Mitarbeitender verloren geht. Immer weniger Fachkräfte, die künftig zur Verfügung stehen. Unter diesen Vorzeichen muss die Digitalisierung in den kommunalen Behörden den Mitarbeitenden dienen – statt ihnen die Arbeit zusätzlich zu erschweren. Doch das kann nur geschehen, wenn sie sich an den Menschen im Amt und ihren Arbeitsweisen orientiert.

Eine interne Verwaltungsdigitalisierung der einfachen Schritte unterstützt Ihre Mitarbeitenden schnell und konkret in der täglichen Arbeitspraxis. Erfahren Sie, wie dies auch für Ihre Behörde gelingen kann:

→ wolterskluwer-online.de/digitales-amt



IT-Planungsrat

Zwei neue Mitglieder

Mit Andreas Meyer-Falcke und Martin Hagen hat der IT-Planungsrat zwei neue Mitglieder in seinen Reihen. Wie der IT-Planungsrat mitteilt, wurde Andreas Meyer-Falcke in seiner Funktion als Beauftragter der nordrhein-westfälischen Landesregierung für Informationstechnik zum 1. September 2020 als neues Mitglied benannt. Er folgt auf Hartmut Beuß, der zum 31. August 2020 in den Ruhestand ging. Martin Hagen tritt die Nachfolge von Bremens Finanzstaatsrat Henning Lühr an, der sich ebenfalls im Sommer in den Ruhestand verabschiedet hat. Zuvor hat Hagen die Abteilung für IT-Management und Digitalisierung öffentlicher Dienste in Bremen geleitet.

www.it-planungsrat.de

dataport.kommunal

Neue Marke von Dataport

Mit einer neuen Marke speziell für Kommunen wartet IT-Dienstleister Dataport auf: dataport.kommunal soll sie fortan bei allen Digitalisierungsvorhaben begleiten

– von der ersten Idee bis hin zum sicheren Betrieb. „Wir entwickeln Lösungen für alle kommunalen Aufgaben, vom Fachverfahren bis zur Digitalstrategie, vom digitalen Arbeitsplatz bis zur App“, sagt Ingmar Soll, Leiter des Bereichs Kommunale Lösungen und Bürgerservices und verantwortlich für die Marke dataport.kommunal. „Dafür kooperieren wir mit Dienstleistern vor Ort und nutzen das in der Region vorhandene Fachwissen.“ Wie Dataport mitteilt, deckt die Marke sämtliche Leistungsbereiche der kommunalen öffentlichen Verwaltung ab, berät in Fragen der Organisationsentwicklung, begleitet Veränderungsprozesse durch systematisches Changemanagement und entwickelt Ideen zur Optimierung interner Prozesse. So sollen Digitalisierungsprojekte kosteneffizient umgesetzt werden. Im Ausbau des Kommunalgeschäfts sieht Dataport große Wachstumschancen. So soll der Umsatz in diesem Bereich von geschätzten 54 Millionen Euro im Jahr 2020 bis 2025 auf 108 Millionen Euro steigen.

<https://dataport-kommunal.de>

Bitkom

Zehn Lehren aus der Krise

Ausgehend von der Corona-Krise hat der Branchenverband Bitkom einen Zehn-Punkte-Plan für die Digitalisierung von Politik, Verwaltung und öffentlicher Daseinsvorsorge vorgelegt. „Politik und Verwaltung haben in der Corona-Krise vielerorts von null auf digital umgeschaltet. Der Staat machte aus der Not eine Tugend und ermöglichte digitale Anträge, schaffte Schriftformerfordernisse ab und ließ seine Beamten und Angestellten im Homeoffice

arbeiten“, sagt Bitkom-Präsident Achim Berg. „Jetzt geht es darum, diesen digitalen Wandel zu verstetigen und nachhaltig zu gestalten. Der Staat und alle seine Institutionen müssen ihre Lehren aus der Corona-Krise ziehen.“ Dass die weitere Verwaltungsmodernisierung von Bund, Ländern und Kommunen konzertiert erfolgt, muss laut Bitkom eine dieser Lehren sein. Dieser Prozess sollte den Leitprinzipien „digital zuerst“ und „nutzerzentriert“ untergeordnet werden.

<https://tinyurl.com/y68ex2oz>



Kooperationsvereinbarung unterzeichnet.*

Niedersachsen

Kommunale Kooperation

Braunschweig, Salzgitter und Wolfsburg wollen den Weg hin zu einer modernen, digitalen Verwaltung nicht alleine gehen. Um Synergien zu schaffen und von gegenseitigen Erfahrungen zu profitieren, haben die jeweils für die Digitalisierung verantwortlichen Dezernenten der drei niedersächsischen Städte – Thorsten Kornblum, Jan Erik Bohling und Dennis Weilmann – eine Kooperationsvereinbarung geschlossen. Wie die Kommunen mitteilen, ist in diesem Letter of Intent vorgesehen, die Zusammenarbeit und den Austausch zu intensivieren, um IT-Lösungen gemeinsam nutzen zu können. Geplant sei ein enger Austausch der an der Digitalisierung der Verwaltung beteiligten Stellen. Dabei sollen Gemeinsamkeiten in den Bereichen Basisdienste, Online-Dienste, Fachverfahren und Schnittstellen identifiziert und Initiativen entwickelt werden. Auf dieser Grundlage wollen die drei Städte dann gemeinsam gegenüber anderen Ebenen wie dem Land oder den kommunalen IT-Dienstleistern auftreten.

www.braunschweig.de

www.salzgitter.de

www.wolfsburg.de

* v.l.: Stadträte Jan Erik Bohling, Thorsten Kornblum und Dennis Weilmann



»Also, ich sehe eine neue Zeit der Gelassenheit«

Und was sehen Sie? Kommunen, Bürger und Unternehmen, die Online-Dienste der eGovSuite nutzen, entdecken ein ganz neues Zeitgefühl.

z.B. AKDB eGovSuite und Bürgerservice-Portal

Bei Behördengängen Urlaub nehmen, Schlange stehen oder hektisch auf die Tube drücken? Nie mehr! Aufs Amt kann man auch ganz entschleunigt zu jeder Tages- und Nachtzeit. Mit der AKDB eGovSuite und ihren über 120 OZG-konformen Online-Diensten. Das sorgt für entspannte Bürger und zufriedene Unternehmer. Und entlastet neben Ihren Verwaltungs-Mitarbeitern auch noch das Klima.

*Möglichkeiten
überall*

akdb

Nettetal

Modernisierung läuft

Zwei E-Government-Projekte konnte laut eigenen Angaben die Stadt Nettetal im Jahr 2020 an den Start bringen. Dazu zählte der xFlow, ein Workflow zur elektronischen Bearbeitung und Archivierung von Rechnungen. Nettetal ist hier Pilotkommune des Kommunalen Rechenzentrums Niederrhein (KRZN). Als zweite wesentliche Neuerung nennt die nordrhein-westfälische Stadt das Online-Termin-Management, dessen Einführung aufgrund der Corona-Pandemie sogar vorgezogen worden sei. „Beide neuen E-Government-Produkte wurden, trotz erschwelter Bedingungen durch die Corona-Pandemie, erfolgreich in der Stadtverwaltung getestet und werden jetzt für alle Fachbereiche ausgerollt“, sagt der Erste Beigeordnete Michael Rauterkus. „Damit können wir die nächsten Projekte im Rahmen unserer Digitalisierungsstrategie angehen.“

www.nettetal.de

Olpe

Online Bauanträge stellen

Die nordrhein-westfälische Stadt Olpe stellt das neue Modul der Online-Bauantragsstellung in citkoPortal vor. Damit entfällt der Gang aufs Rathaus, um den Bauantrag einzureichen, informiert das Unternehmen SIT, das die Stadt bei der Umstellung unterstützt hat. Gerade in der Pandemie-Lage sei dies ein wichtiger Schritt Richtung Digitalisierung. Darüber hinaus ist es platzsparend, denn Bauakten in Papierform müssen solange aufbewahrt werden, wie das entsprechende Gebäude existiert. Da das neue Olper Rathaus allerdings bereits für die papierlose Verwaltung kon-

zipiert wurde, gebe es keine großen Archivräume, meldet SIT. Daher sei es der Olper Verwaltung ein großes Anliegen gewesen, den Prozess der Bauantragsstellung schnellstmöglich online anzubieten. Im Moment sei die Stadt diesbezüglich Vorreiter im Verbandsgebiet.

www.olpe.de

Sachsen-Anhalt

Gemeinsamer Arbeitskreis

Ende September 2020 hat erstmalig ein gemeinsamer Arbeitskreis der Mitgliedskommunen des Städte- und Gemeindebunds Sachsen-Anhalt (SGSA) und der Kommunalen IT-Union (KITU) ge-

tagt. Wie IT-Dienstleister KID Magdeburg berichtet, referierten unter der Überschrift „Digitalisierung in Kommunen“ der Erste Beigeordnete des SGSA, Heiko Liebenehm, Professor Dirk Furchert vom Studieninstitut für kommunale Verwaltung Sachsen-Anhalt (SIKOSA) sowie Michael Wandersleb (KITU) über den aktuellen Stand der Digitalisierung. Zur Sprache kamen auch die notwendige Unterstützung durch das Land, die Eigenverantwortung der Kommunen bei der organisatorischen Umsetzung sowie die Herausforderungen der interkommunalen Zusammenarbeit.

www.kitu-genossenschaft.de

AKDB

Digital ist das neue Normal

„Wir waren selbst überrascht, wie gut das AKDB-Kommunalforum Digital angenommen wurde.“ Für AKDB-Chef Rudolf Schleyer war die Veranstaltung ein voller Erfolg. Über 1.300 Teilnehmer hatten sich für das virtuelle Forum angemeldet, das am 1. Oktober 2020 stattfand. Teilweise nahmen 1.000 Personen gleichzeitig teil, berichtet Schleyer. Eine Kernbotschaft des Forums sei gewesen: Die digitale Abwicklung von Verwaltungsleistungen wird zum neuen Service-Standard. Nicht nur weil Onlinezugangsgesetz (OZG) und Auswirkungen der Corona-Pandemie dies erforderlich machten, sondern weil bereits heute täglich tausende Online-Transaktionen zeigen, welche spürbaren Entlastungen für Bürger, Unternehmen und Verwaltungsangestellte dies mit sich bringe. Das AKDB Kommunalforum Digital bot mit Video-Chats, Fragerunden und Live-Sessions zahlreiche Möglichkeiten



Diskussion beim Kommunalforum.*

zu Interaktion und persönlichem Gespräch. 50 Referenten aus Verwaltung, Politik und Wissenschaft, 25 digitale Messestände und 20 Partner machten die Veranstaltung zu einem großen, virtuellen Treffen für Entscheidungsträger aus den Kommunen. Wichtiges Thema der Veranstaltung war auch die aktuelle Frage, wie Covid-19 die Verwaltungsarbeit verändert.

www.akdb.de

* v.l.: AKDB-Vorstandsvorsitzender Rudolf Schleyer, Stefanie Krüger vom Bayerischen Bezirktag, Birgit Erb, Bürgermeisterin von Oberelsbach und Moderatorin Julia Büchler



Kompetent an jedem Punkt.

Ihr Login zum OZG.

Kein Stress, keine Wartezeiten, keine Aktenberge. Unsere intelligenten Informations- und Kommunikationslösungen für Gemeinden, Städte, Landkreise und Verbände machen das Leben leichter und sorgen für ein Stück Lebensqualität. Wir bieten alle Leistungen und Services aus einer Hand und sorgen vom Anfang bis zum Rechenzentrum für vernetzte Prozesse und Sicherheit. Starten Sie mit uns in die Zukunft Ihrer Verwaltung.

Weitere Informationen unter: www.ekom21.de

Der Riese hat Hunger

Der Internet-Konzern Amazon ist seit einiger Zeit im Bereich Öffentliche Beschaffung tätig und hat sich auf unerschwellige Angebote spezialisiert. Das ist gesetzlich-, aber nicht datenschutzkonform.

Die öffentliche Vergabe in Deutschland ist ein großer und mächtiger Markt. 15 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP), das entspricht 500 Milliarden Euro, umfasst nach Angaben der OECD der deutsche Beschaffungsmarkt – vom Bleistift bis zum Panzer. Entsprechend attraktiv sind die Ausschreibungen, welche die öffentliche Hand ab einer bestimmten Höhe europaweit tätigen muss, für Unternehmen und Händler. Aber auch eine ganz andersartige Beschaffung weckt Begehrlichkeiten.

Seit dem Jahr 2016 ist Amazon Business in Deutschland im Bereich öffentlicher Beschaffung aktiv. Die Geschäftskundensparte des Online-Konzerns rühmt sich mit dem Zugang zu über 250 Millionen Produkten, die Amazon selbst oder die vielen Online-Händler auf der Plattform anbieten. Der Konzern ist damit auch in den USA, Großbritannien, Frankreich, Italien, Japan und Indien präsent. Und in Deutschland. Nach Angaben von Amazon zählen 14 der 15 größten deutschen Städte mit mehr als 500.000 Einwohnern, 10 der 15 größten Krankenhäuser und 13 der 15 größten Universitäten sowie eine Vielzahl kleinerer öffentlicher Verwaltungen zu den

Kunden von Amazon Business. Es heißt, die Amazon-Plattform werde für „Markterkundungen“ und den Direktkauf im Rahmen der unerschwelligen Beschaffung genutzt, wobei die Funktion „Kauf auf Rechnung“ für die öffentliche



Auch Kommunen bestellen bei Amazon.

Verwaltung besonders attraktiv sei. Hierbei werden die Kosten erst nach der Lieferung beglichen.

Zu den Produkten, die auf diese Weise beschafft werden, gehören Laptops, Bürobedarf, elektronisches Zubehör, Aufbewahrungslösungen, Büromöbel oder Reinigungsgeräte – sofern sie die Schwelle von 1.000 Euro (beziehungsweise beim Bund neuerdings 3.000 Euro im Rahmen des Konjunkturpakets) nicht übersteigen.

Amazon hat unlängst eine Studie bei Michael Eßig, Professor an der

Universität der Bundeswehr in München, in Auftrag gegeben, die sich insbesondere auch für die Bedeutung von elektronischen Marktplätzen für die öffentliche Beschaffung interessiert. Der Experte für Supply Management kommt wenig überraschend zu dem Schluss, dass sich digitale Marktplätze insbesondere für „Produkte relativ geringer Wertigkeit und Kritikalität“ eignen. In diesem Bereich sei normalerweise das Verhältnis von Anschaffungs- und Prozesskosten besonders ungünstig, weil viel Aufwand für die Bestellung von kleinvolumigen Ausgaben betrieben würde. E-Marktplätze könnten indessen die Transaktionskosten signifikant senken und erfüllen somit das Primat der Wirtschaftlichkeit.

Auf einer Online-Konferenz des Bundeswirtschaftsministeriums zu „Chancen und Nutzung von E-Marktplätzen im öffentlichen Einkauf“, zu der sich Amazon über den Bundesverband Materialwirtschaft Einkauf und Logistik Zugang verschaffte, hob Burkhard Schemel, bei Amazon Business für Großkunden und öffentliche Einrichtungen zuständig, ebenfalls die Effizienz von Online-Marktplätzen hervor, die er für Unternehmenskunden mit 19 Prozent Einsparung bei den

Prozesskosten bezifferte. Für die öffentliche Hand seien solche Berechnungen aber noch nicht angestellt worden. Schemel machte auf die Möglichkeit des monatlichen Reporting aufmerksam, wodurch jede öffentliche Institution einen guten Überblick über Bündelungs- und Skaleneffekte erhalte.

Genau dieser Aspekt wird von angestammten Marktteilnehmern skeptisch betrachtet. Ihrer Erfahrung nach führt eine reguläre Beschaffung und Digitalisierung des Einkaufs durch Dienstleister zu besserer Transparenz und Steuerungsmöglichkeiten. „Vergabe lohnt! Unsere Kunden berichten immer wieder von überraschenden Preisvorteilen, die sich aus der verwaltungsweiten Bündelung aller Beschaffungsvorgänge durch Ausschreibung und Vergabe ergeben“, sagt Monika Schmidt, Aufsichtsratsvorsitzende beim Dienstleister TEK Service aus Lörrach. 25 bis 40 Prozent Preisvorteil seien bei regulären Ausschreibungsverfahren keine Seltenheit. Würden Geschäfte hingegen über Marktplätze abge-

wickelt, fielen zum Teil erhebliche Provisionsmargen an die Betreiber an, die wiederum eingepreist würden. „Aus Sicht einer Verwaltung lohnt es unbedingt, genau hinzusehen und auch kleinpreisige Artikel zu bündeln und auszuschreiben, anstatt Verwaltungsmitarbeitern die Einzelbeschaffung über Portale oder Marktplätze zu gestatten“, erklärt Schmidt.

Darüber hinaus spielen hier auch Datenschutzaspekte eine Rolle. US-Unternehmen stehen vor der Schwierigkeit, den transatlantischen Datenverkehr DSGVO-konform zu gestalten. Der Europäische Gerichtshof hatte kürzlich das so genannte Privacy-Shield-Abkommen für den Datenaustausch zwischen Europa und den USA mit der Begründung gekippt, dass Informationen über europäische Verbraucher auf US-Servern nicht vor dem Zugriff dortiger Behörden und Geheimdienste geschützt seien. Amazon erklärt zwar, dass Kundendaten aus Sicherheitsgründen immer verschlüsselt werden und es nicht zum Geschäftsmodell des

Konzerns gehöre, persönliche Informationen an andere zu verkaufen. Das ist sicherlich richtig.

Im Ernstfall jedoch, das heißt, wenn der US-amerikanische Patriot Act greift, müsste Amazon seine Kundendaten den amerikanischen Behörden zur Verfügung stellen. Und in dieser Hinsicht darf ein Interview mit Florian Böhme, Director Amazon Business DACH, in der „Zeitschrift für effiziente Beschaffung“, CEBRA, einigermaßen verwundern. Es heißt dort: „In den vergangenen Monaten, während des Corona-Lockdowns, haben wir beispielsweise vielen Unternehmen und Organisationen dabei geholfen, Lieferungen – von IT-Hardware wie Monitoren und Adaptern bis hin zu Büromaterial oder sogar Stühlen und Tischen – an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nach Hause zu liefern.“ Amazon ist folglich auch im Besitz der Privatadressen von Verwaltungsmitarbeitern, und es dürfte spannend sein, zu erfahren, auf welcher rechtlichen Grundlage dies geschieht.

Helmut Merschmann

Anzeige

An Vorhandenes
anknüpfen?

Geht.

Die Geschäftsstelle
Smarte Region informiert,
vernetzt und berät
Kommunen in Hessen,
die smart werden wollen.

Smarte
Region

Smarte
Geschäfts-
stelle



www.smarte-region-hessen.de

Hamburg weiter an der Spitze

Wie smart Deutschlands Großstädte sind, zeigt der Smart City Index des Digitalverbands Bitkom. Unter den 81 bewerteten Städten belegt Hamburg erneut den ersten Platz. Die Metropolen München und Köln holen jedoch langsam auf.

Hamburg hat den Titel als smarteste Stadt Deutschlands verteidigt. Die Freie und Hansestadt steht erneut an der Spitze des Smart City Index, den der Digitalverband Bitkom für 2020 erhoben hat. Hamburg erreicht darin 79,2 von 100 möglichen Punkten. Im Vergleich zum Vorjahr ist der Vorsprung auf die Verfolger allerdings geschmolzen. München (74,4 Punkte) und Köln (73,0) können ihr Ergebnis deutlich steigern und schaffen es erstmals aufs Podium. Dafür müssen Karlsruhe (70,0 Punkte/Rang fünf) und Stuttgart (69,1/Rang sechs) weichen. Stark verbessert hat sich Darmstadt (71,7 Punkte), das um sechs Plätze auf den vierten Rang aufsteigt. Einen noch größeren Satz nach vorn macht Osnabrück (66,0 Punkte): Die niedersächsische Stadt klettert um 23 Plätze auf den achten Rang, informiert Bitkom. Auch Aachen sei mit Rang neun erstmals unter den besten Zehn vertreten. Innerhalb der Top 10 falle Berlin um drei Plätze (68,8 Punkte/Rang sieben) und Heidelberg rutsche vier Ränge ab, könne sich aber mit 65,7

Deutschlands smarteste Städte



Punkten als Zehnter noch in der Spitzengruppe halten.

„Der Smart City Index zeigt, wie digital die deutschen Großstädte sind. Die vielen Positionswechsel im Vergleich zum Vorjahr verdeutlichen die enorme Dynamik in der Smart-City-Landschaft“, sagt Bitkom-Hauptgeschäftsführer Bernhard Rohleder. „Hamburg hat den Titel mit Spitzenwerten in allen fünf Themenbereichen souverän verteidigt. Doch obwohl sich der Gesamtsieger insgesamt weiter gesteigert hat, ist der Vorsprung geringer geworden, und das wird allen Verfolgern ein Ansporn sein, ihre Digitalaktivitäten noch intensiver voranzutreiben.“ Auch jenseits der

Metropolen gehören Städte in einzelnen Bereichen zu den Vorreitern, so etwa Heidelberg bei den Themen Energie und Umwelt, Osnabrück in der Verwaltung oder Darmstadt bei gesellschaftlichen Aktivitäten. Rohleder erklärt: „Erfolgsfaktoren für eine Smart City sind nicht nur eine gute Finanzkraft, sondern allen voran eine umfassende und in die Stadtentwicklung integrierte Digitalstrategie. So können es auch Städte in strukturschwachen Regionen und mit höherer Pro-Kopf-Verschuldung in einzelnen Bereichen ganz nach vorn schaffen.“

Als Beispiele für innovative Smart-City-Lösungen nennt der Digitalverband die Hamburger Tie-

Link-Tipp

Zum Städte-Ranking des Digitalverbands Bitkom:

- www.bitkom.org/Smart-City-Index

fenvermessung von Hafenbecken und Elbe mit autonom fahrenden Fahrzeugen, die zentrale urbane Datenplattform in Darmstadt, auf die zahlreiche öffentliche Projekte – von der digitalen Messung der Luftqualität und Badewassergüte bis hin zur Gebäudenavigation im öffentlichen Krankenhaus – zurückgreifen können, oder das Leipziger Projekt Hardware for Future, über das ausrangierte IT an Bedürftige gespendet werden kann. Die fünf Themenfelder des Smart City Index würden Stärken und Schwächen der Städte deutlich machen. Gesamtspitzenreiter Hamburg führe auch die Teilrankings in den Themen Mobilität (96,8 Punkte) und Gesellschaft (93,4) an. Die smarteste Verwaltung habe Karlsruhe (83,7 Punkte). Beim Thema Energie und Umwelt liege Heidelberg vorn (68,8 Punkte). Die beste digitale Infrastruktur könne Köln vorweisen (82,0 Punkte).

Je nach Region unterscheiden sich die Ergebnisse des Smart City Index. Städte in Baden-Württemberg schneiden im Mittel besser ab als der Durchschnitt, berichtet

der Digitalverband. In Nordrhein-Westfalen seien die Ergebnisse schlechter. Keine Unterschiede gebe es zwischen den Städten in Ost- und Westdeutschland. Zwar würden ostdeutsche Städte im Schnitt über eine schwächere digitale Infrastruktur verfügen, könnten das aber in der Gesamtwertung durch bessere Ergebnisse in gesellschaftlichen Aktivitäten ausgleichen.

Mit Abstand größter Aufsteiger ist die Stadt Lübeck (47,5 Punkte). Die Hansestadt macht im Vergleich zum Vorjahr 29 Plätze gut und klettert auf Gesamtrang 38. Recklinghausen (42,8 Punkte) macht einen Sprung um 25 Ränge nach vorn auf den 51. Platz. Neben Top-10-Aufsteiger Osnabrück kann auch Gelsenkirchen 23 Plätze zulegen (57,5 Punkte/Rang 22), Mainz (48,1/Rang 36) und Fürth (41,8/Rang 53) machen jeweils 22 Positionen gut. Die Absteiger des Jahres sind Moers, das mit 29,8 Punkten um 28 Plätze auf den 76. Rang abrutscht, Erfurt (39,1/Rang 60, minus 30) und Hamm (30,8/Rang 74, minus 32). Rohleder berichtet: „Die starken Verschiebungen

erklären sich auch dadurch, dass keine Stadt untätig geblieben und das Niveau im Durchschnitt angestiegen ist. So ist es möglich, Digitalprojekte voranzutreiben und trotzdem ein paar Plätze zu verlieren, weil andere noch mehr getan haben.“

Für den Smart City Index haben Experten von Bitkom Research nach Angaben des Digitalverbands insgesamt mehr als 11.000 Datenpunkte erfasst, überprüft und qualifiziert. Analysiert und bewertet worden seien alle 81 Städte mit mindestens 100.000 Einwohnern in den fünf Themenbereichen Verwaltung, IT- und Telekommunikations-Infrastruktur, Energie und Umwelt, Mobilität sowie Gesellschaft. Die fünf Bereiche fächern sich in 38 Indiktoren mit insgesamt 136 Parametern auf. Vor Veröffentlichung hätten die Städte die Gelegenheit gehabt, die Daten zu prüfen und zu ergänzen. 70 Prozent der Städte haben von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht, teilt Bitkom mit. Unterstützt wird der Smart City Index von den Unternehmen EnBW, NTT Germany, Deutsche Telekom und E.ON. (co)

Anzeige

Moderne Online-Formulare mit Full-Service

Die öffentliche Verwaltung hat ein Problem, welches die DSV Service für die Sparkassen bereits gelöst hat: Zahlreiche Formulare müssen von den Verwaltungen in stets aktueller Fassung und ggf. im eigenen Look digital angeboten werden. Die enorme Komplexität hemmt derzeit den Umstieg auf E-Government. Die DSV Service hilft und entlastet die Verwaltung mit einem Full-Service-Angebot.

Besuchen Sie uns auf: www.dsv-service.de

DSV Service
Vielfalt. Dynamik. Qualität.



Intelligent. Vernetzt.

Maik Luhmann

Eine Smart City fußt nicht allein auf technischen Anwendungen, sondern benötigt einen ganzheitlichen Ansatz, der Menschen und Institutionen verbindet. Auf diesem Grundsatz basiert die Gelsenkirchener Digitalisierungsstrategie.

E-Government, die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG), die Einrichtung von Serviceportalen, Veränderungen in der Arbeitsweise: Die Digitalisierung bedeutet einen tiefgreifenden Wandel in der gesamten Verwaltung. Gleichzeitig soll der digitale Fortschritt für die Bürger spürbar werden und für mehr Lebensqualität sorgen. Entsprechend treibt Gelsenkirchen seit dem Jahr 2016 die Digitalisierung unter der Marke Gelsenkirchen – die Vernetzte Stadt voran. Heute ist die Ruhrgebietsstadt eine von fünf digitalen Modellregionen in Nordrhein-Westfalen sowie eine von vier deutschen Städten der Intelligent Cities Challenge der Europäischen Kommission und wurde beim diesjährigen Smart City Call des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat (BMI) zu einer der 32 Modellstädte gekürt.

In Gelsenkirchen folgen sämtliche Digitalisierungsschritte der Grundphilosophie einer vernetzten Stadt. Denn der Anspruch der Kommune geht über den einer von rein technischen Anwendungen geprägten Vorstellung der Smart City hinaus. Stattdessen soll die Digitalisierung Menschen und Institutionen verbinden: große Unternehmen, den Mittelstand und Start-ups, Vereine

und Verbände, soziale Initiativen sowie Kultur- und Bildungseinrichtungen. Sie soll ein wesentlicher Antrieb nicht nur für das Wirtschaftswachstum sein, sondern auch für eine soziale und partizipative Stadtentwicklung. Entsprechend ist die Grundsatzentscheidung Gelsenkirchens zu sehen, sämtliche digitale Aktivitäten – seien es Smart-City-Anwendungen oder E-Government-Maßnahmen – unter diesem gemeinsamen Claim zu denken und zu lenken.

Auf dieser Basis ist im zurückliegenden Jahr auch die Integrierte Strategie Gelsenkirchens entwickelt worden. Mitarbeiter der Stadtverwaltung, kommunale Unternehmen sowie weitere Akteure unter Beteiligung eines externen Beratungsunternehmens haben diese in einem partizipativen Arbeitsprozess erarbeitet. Die für die unterschiedlichen Anspruchsgruppen wichtigsten Themen wurden dazu strukturiert und in fünf Leitthemen zusammengefasst: Digitale und bürgerorientierte Verwaltung, Energie und Umwelt, Lebensqualität und Teilhabe, smarte und nachhaltige Mobilität sowie smarte Wirtschaft. Ein zusätzliches, sechstes Leitthema ist das Open Innovation Lab im



Besuch im stadt.bau.raum Gelsenkirchen.*

ARENA PARK als querschnitts- und zukunftsorientiertes Reallabor der digitalen Stadtentwicklung. Diese Leitthemen bilden die wichtigsten prioritären Entwicklungsstränge für die Zukunft der vernetzten Stadt bis zum Jahr 2030.

Der Rat der Stadt Gelsenkirchen hat die Strategie in seiner Sitzung im Juni 2020 einstimmig beschlossen – ein Beleg dafür, dass das Thema bei allen wichtigen Stakeholdern eine hohe Priorität genießt. Insgesamt bietet die Strategie ein solides Fundament für die erfolgreiche digitale Transformation Gelsenkirchens hin zu einer intelligenten und nachhaltigen Stadt, wie sie die Vereinten Nationen mit dem Nachhaltigkeits-

* v.l.: Nordrhein-Westfalens Wirtschaftsminister Andreas Pinkwart; Oberbürgermeister Frank Baranowski

ziel 11 im Rahmen der Urbanen Agenda 2030 definiert haben. Die 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, kurz: SDGs) nehmen weltweit die ökologisch, wirtschaftlich und sozial nachhaltige Gestaltung von Städten in den Blick. Diese Verpflichtung greift die Gelsenkirchener Strategie zielorientiert auf. Dabei folgt die Stadtentwicklung den UN-HABITAT-III-Beschlüssen und den Empfehlungen, die in der New Urban Agenda im Jahr 2016 festgelegt wurden. Im Kontext der digitalen urbanen Transformation folgt die Gelsenkirchener Strategie zudem den Vorgaben und Empfehlungen der Smart City Charta des Bundes. Auf europäischer Ebene war die Stadt sogar selbst an der Erarbeitung von Zukunftspfaden im Rahmen der Smart Cities Challenge beteiligt. Die Entwicklung der einzelnen inhaltlichen Arbeitsfelder wird in Gelsenkirchen mithilfe von Key Performance Indikatoren (KPIs) nachgehalten und transparent gemacht. Das zeigt: Die Strategie ist keine Momentaufnahme, sondern wird stetig fortgeschrieben.

In diesem Jahr hat sich die Stadt Gelsenkirchen mit ihrer integrierten Strategie beim BMI als Modellprojekt Smart Cities beworben. Das Leitmotiv der Bewerbung lautete: „Gemeinsam. Intelligent. Vernetzt.“ Das entsprechende Maßnahmenpaket setzt sich aus sieben Bausteinen zusammen. Die Titel GE beteiligt, GE vernetzt, GE grünt, GE sichert, GE bewegt, GE säubert und GE innoviert geben bereits einen Vorgeschmack auf die Schwerpunkte bei der Umsetzung der Strategie. Anfang September erhielt Gelsenkirchen als eine von 32 erfolgreichen Bewerberinnen den Zuschlag vom BMI. Der Projektantrag sieht ein Gesamtvolumen von 12,7 Millionen Euro vor. Das zeigt eindrucksvoll, dass mittlerweile auch bundesweit wahrgenommen wird, was Gelsenkirchen als digitale Modellstadt seit einigen Jahren auf die Beine stellt.

Doch das ist nicht der einzige Erfolgsfaktor für die digitale Vorzeigestadt: Seit über zehn Jahren treibt Gelsenkirchen gemeinsam mit dem kommunalen Unternehmen GELSEN-NET den Aufbau

eines leistungsfähigen eigenen Glasfasernetzes als Rückgrat der digitalen Stadtentwicklung voran – alle Gewerbegebiete und die 86 Schulen sind angeschlossen, letztere sogar in Gigabit-Geschwindigkeit. Auf Basis dieser technischen Infrastruktur hat die vernetzte Stadt in den vergangenen Jahren zahlreiche Projekte in den Themenfeldern digitale und bürgerorientierte Verwaltung sowie digitale und nachhaltige Stadtentwicklung umgesetzt. Durch die Einrichtung der Stabsstelle Vernetzte Stadt wurden zudem die entsprechenden Organisations- und Arbeitsstrukturen geschaffen, um sowohl die digitale Stadtentwicklung als auch die digitale Organisationsentwicklung weiter voranzutreiben.

Ziel aller digitaler Anstrengungen in Gelsenkirchen ist es, die Potenziale erstens zu vergrößern und zweitens auch zu nutzen. Denn: Die Vernetzte Stadt – das sind wir alle.

Maik Luhmann ist Beauftragter für Digitalisierung und Leiter der Stabsstelle Vernetzte Stadt Gelsenkirchen.

Anzeige



In diesem Bild versteckt: 785.000 Akten.

Ganz egal wo Sie arbeiten – mit enaio® haben Sie Ihre Akten jederzeit griffbereit. Erfassen neuer Dokumente und Start digitaler Workflows? Über das Web und Ihre mobilen Endgeräte erhalten Sie Zugriff auf Ihren digitalen Arbeitsplatz. Natürlich sicher dank Verschlüsselung und zentraler Zugriffsrechte. **Digitalisierung. Wir machen das schon.**



OPTIMAL SYSTEMS
A KYOCERA GROUP COMPANY

Krise als Chance

Rudolf Schleyer

Die Corona-Pandemie kann als Katalysator dienen, damit die digitale Verwaltung zur neuen Normalität wird. Denn die vergangenen Monate haben gezeigt, dass die öffentliche IT in der Lage ist, kurzfristig pragmatische Online-Lösungen umzusetzen.

Es fällt schwer, von der Corona-Krise als Chance zu sprechen. Dennoch sind die Begleiterscheinungen – Minimierung der persönlichen und sozialen Kontakte, Abstandsgebot, Hygieneerfordernisse – ein Weckruf für die Akzeptanz und Notwendigkeit der digitalen Verwaltung und verleihen ihr einen kräftigen Schub.

Die kommunale IT-Landschaft hat schnell auf die neuen Rahmenbedingungen reagiert und die Funktionsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung sichergestellt. Die Pionierarbeiten der vergangenen Jahre haben sich gelohnt. Gerade in Bayern herrscht eine solide Ausgangsbasis an Online-Angeboten der Kommunen, die schnell hochskaliert werden konnten. Rapide gestiegene Nutzungszahlen belegen dies eindrucksvoll. Dabei sorgen zahlreiche medienbruchfrei in das Backoffice integrierte Lösungen dafür, dass die Verwaltungen nicht von einer Flut an Online-Eingängen überfordert werden.

Die Entwicklungen der vergangenen Monate verdeutlichen aber auch, dass Investitionen nicht erst in Krisenzeiten erfolgen dürfen. Bei der Eindämmung von COVID-19 und der Unterbrechung von Infektionsketten zählen Schnelligkeit und

Umsetzungsstärke. Ähnlich verhält es sich bei innovativen IT-Lösungen. Sie müssen schnell verfügbar sein, um ihren Nutzen und ihre Entlastungswirkung unmittelbar entfalten zu können. Umso besser, wenn dabei auf eingespielte Prozesse und Infrastrukturen zurückgegriffen werden kann und diese in der Krise nicht erst mühsam konzipiert und implementiert werden müssen.

Ein Paradebeispiel für die Reaktionsschnelligkeit der öffentlichen IT ist die kurzfristige Umsetzung der Corona-Überbrückungshilfe als Online-Antrag. Seit Juli 2020 können kleine und mittelständische Unternehmen sowie Selbstständige und gemeinnützige Organisationen aus ganz Deutschland über ihre Steuerberater oder Wirtschafts- und Buchprüfer in einem volldigitalisierten Verfahren eine Liquiditätshilfe beantragen. Dabei authentifizieren sich die Antragsteller erstmals über das Nutzerkonto Bund, das von der Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern (AKDB) realisiert wurde. Es weist die Identität rechtssicher nach und schützt so vor dem missbräuchlichen Bezug finanzieller Corona-Hilfen. Die Überbrückungshilfe ist Teil des



Pandemie als Wachmacher für die digitale Verwaltung.

Corona-Konjunkturpakets mit einem Gesamtvolumen von 24,6 Milliarden Euro. Die beschleunigte Abwicklung gegenüber Papieranträgen kommt auch der kommunalen Wirtschaftsstruktur zugute. Je zügiger ortsansässige Unternehmen finanzielle Unterstützung erhalten, desto geringer das Risiko, dass sie krisenbedingt aufgeben und Kommunen langfristig auf Gewerbesteuerereinnahmen verzichten müssen.

Mit der Umsetzung des Nutzerkontos Bund haben das Bundesinnenministerium und die AKDB im Jahr 2019 die technische Authentifizierungsbasis für eine digitale Realisierung der Corona-Überbrückungshilfe geschaffen. Es ermöglicht Bürgern und Organisationen die Identifizierung im Internet, um Verwaltungsleistungen des Bundes

online in Anspruch nehmen zu können. Neben der Überbrückungshilfe sollen in diesem Jahr weitere Dienste angebunden werden.

Eine zentrale Herausforderung der kommenden Monate wird sein, das Infektionsgeschehen kontrollierbar zu halten, ohne das öffentliche und wirtschaftliche Leben unverhältnismäßig einzuschränken. Technische Hilfsmittel wie die Corona-Warn-App leisten dafür einen wichtigen Beitrag. Eine sinnvolle Ergänzung ist die Lösung darfichrein.de der AKDB und des Bayerischen Hotel- und Gaststättenverbands DEHOGA zur digitalen Gästeregistrierung. Sie unterstützt Gastgeber und kommunale Einrichtungen bei der im Rahmen der Pandemie bestehenden gesetzlichen

Registrierungspflicht von Gästen, Besuchern und Kunden – und zeigt nebenbei, dass die kommunalen IT-Dienstleister in der Lage sind, in echter Start-up-Manier kurzfristig innovative Lösungen zu entwickeln und hierfür auch strategische Partnerschaften eingehen.

Entstanden ist die Registrierungslösung aus der Patenschaft der AKDB im Umsetzungsprogramm des WirvsVirus-Hackathons der Bundesregierung. Die Dringlichkeit, eine digitale Lösung für die Kontaktdatenerfassung zu entwickeln, eröffnete die Chance, in kürzester Zeit eine auf den ersten Blick ungewöhnliche Allianz zwischen der AKDB, dem DEHOGA Bayern sowie dem Entwicklerduo Stefan Michalk und Benedikt Schneppe

einzugehen und das Vorhaben agil umzusetzen.

Die Gäste- und Besucherregistrierung kann nicht nur im Gastgewerbe, sondern auch in kommunalen Einrichtungen wie Büchereien, Schwimmbädern oder Bürgerbüros in wenigen Sekunden über QR-Code und Smartphone erfolgen. Dafür muss nichts installiert oder heruntergeladen werden. Alles läuft ohne Stift und Papierzettel ab, die durch viele Hände gehen. Auch für Meeting-Räume in Unternehmen und Behörden ist die Lösung prädestiniert. Datenschutz und -sicherheit sind bei der Nutzung umfassend gewährleistet. Alle Daten werden verschlüsselt im vom Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) zertifizierten ►

Anzeige

Wissen was kommt.

Mit Simulationen auf Basis von 3D-Stadtmodellen bestmögliche Vorhersagen treffen, Potentiale erkennen und Gefahren abschätzen.

Gefährdungsanalyse für die Entschärfung einer Fliegerbombe durch die Kampfmittelräumung

T +49 (0)30.8904.871.10 · info@vc.systems · www.vc.systems



Scannen Sie den QR-Code und erfahren Sie mehr über urbane Simulationen und unser Produkt VC Blastprotect.



virtual city systems

digital views. real perspectives.

Rechenzentrum der AKDB gespeichert und dort nach vier Wochen automatisch gelöscht – eine Lösung, die bis auf wenige kleine und sofort bereinigte Schwächen sogar dem engagierten Angriff des Chaos Computer Club standgehalten hat. darfichrein.de überzeugte auch das Bayerische Staatsministerium für Digitales, das die Schirmherrschaft für die Anwendung übernommen hat. Dass diese den Nerv der Zeit trifft, belegen die Nutzungszahlen: Stand Anfang September fanden an 1.500 Standorten insgesamt bereits über 800.000 Check-ins statt.

In der Hochphase der Pandemie musste der Publikumsverkehr in Behörden und Kommunalverwaltungen auf ein Mindestmaß reduziert oder sogar ganz ausgesetzt werden. Weiterhin arbeitet ein großer Teil der Verwaltungsangestellten im Homeoffice. Digitalisierungspioniere unter den Kommunen, die bereits seit Längerem ihr Serviceportfolio um Online-Angebote ergänzt haben und auf automatisierte Verwaltungsdienste setzen, gehen mit den neuen Bedingungen deutlich leichter und entspannter um. Sie können ihre Daseinsvorsorge und Handlungsfähigkeit über den erprobten Online-Kanal aufrechterhalten.

Die Nutzungszahlen sind das beste Argument für Investitionen in den digitalen Bürgerservice: Nie zuvor machten die Bürger so stark Gebrauch von Online-Diensten auf kommunalen Web-Seiten. Wurden bis Frühjahr dieses Jahres auf den bayerischen Bürgerservice-Portalen wöchentlich etwa 15.000 erfolgreiche Verwaltungstransaktionen abgewickelt, ist seit Mai 2020 ein

Anstieg um mehr als 30 Prozent zu verzeichnen. Allein die Nutzung der Online-Kfz-Zulassung erhöhte sich seit Beginn der Corona-Krise im März um das 19-fache.

Der Gesetzgeber leistete einen entscheidenden Beitrag und war für pragmatische Lösungswege offen. So wurde in Bayern die Nutzung internetbasierter Kfz-Dienste erheblich erleichtert. Im Zuge einer Ausnahmegenehmigung des Bayerischen Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr ist es bis 31. Dezember dieses Jahres nicht mehr notwendig, sich mit der eID-Funktion des Personalausweises zu authentifizieren, um ein Fahrzeug online zulassen oder abmelden zu können. Eine mit Benutzername und Passwort angelegte BayernID reicht aus. Schnell machte ein Großteil der bayerischen Landratsämter von dieser Erleichterung Gebrauch, die auch von den Bürgern sofort angenommen wurde.

Die aktuelle Situation kann – gerade dann, wenn Gesetzgeber und kommunale IT-Dienstleister im Sinne des Bürgernutzens effizient zusammenwirken – als Katalysator wirken, um die digitale Verwaltung in Deutschland voranzutreiben. Kommunen, die bei ihren Online-Angeboten noch relativ am Anfang stehen, verspüren mittlerweile einen hohen Handlungsdruck, mit den Vorreitern gleichzuziehen. Parallel sind die Rahmenbedingungen für schnelle und für die Bürger sichtbare Umsetzungserfolge besser denn je. In Bayern etwa werden seit Herbst 2019 Kommunen beim Auf- und Ausbau ihres Online-Dienst-Portfolios vom Freistaat finanziell unterstützt. Im Corona-Konjunkturprogramm der

Bundesregierung stehen für die Verwaltungsdigitalisierung ebenfalls umfangreiche Mittel bereit.

Ziel muss es nun sein, vorhandene Lösungen fit für die Zukunft zu machen, sie anhand standardisierter Schnittstellen besser zu vernetzen und in Bereichen, in denen noch keine Angebote existieren, zeitnah praktikable Online-Lösungen zu entwickeln – ohne sich dabei in der Konzeptionierungsphase zu verlieren. Die Krise zeigt nämlich auch, dass für eine nachhaltige Praxistauglichkeit von Online-Angeboten die Fokussierung auf das Front End zu den Bürgern sowie Unternehmen nicht ausreicht. Notwendig sind Lösungen, die mit den Back-End-Systemen in den Verwaltungen und Betriebsinfrastrukturen der kommunalen IT-Dienstleister konsistent ineinandergreifen. Zahlreiche Online-Dienste aus der kommunalen Verwaltungspraxis liefern hierfür – über die medienbruchfreie Integration in behördeninterne und -übergreifende Fachverfahren und Workflows – bereits Blaupausen.

Vieles spricht dafür, dass die digitale Abwicklung von Verwaltungsleistungen zum neuen Servicestandard wird. Nicht allein deshalb, weil die Auswirkungen der Pandemie dies erforderlich machen, sondern weil bereits heute täglich tausende von Online-Transaktionen zeigen, welche spürbare Erleichterung und Entlastung dies für Bürger, Unternehmen und Verwaltungsangestellte mit sich bringt.

Rudolf Schleyer ist Vorstandsvorsitzender der Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern (AKDB).

Interne Verwaltungsdigitalisierung vorantreiben

Die Mitarbeitenden im Fokus der Veränderung

Die Digitalisierung der Kommunen ist ein Dauerthema. Neben den Maßnahmen, die primär dem Bürger dienen, rückt die interne Digitalisierung der Verwaltung immer stärker in den Vordergrund. Wer sich dabei am Bedarf der Anwender orientiert, hat bessere Chancen, den Veränderungsprozess in der eigenen Behörde erfolgreich zu gestalten.



ALTO IMAGES/Stocksy/stock.adobe.com

Fachkräftemangel, eine hohe Arbeitsbelastung, eine alternde Mitarbeiterstruktur und immer höhere Anforderungen. So sieht der Alltag in vielen kommunalen Verwaltungen aus. Die interne Verwaltungsdigitalisierung bietet dabei große Chancen, diesen Herausforderungen entgegenzutreten. Sie kann den Mitarbeitenden die Arbeit durch neue, digitale Services dauerhaft erleichtern und sie dabei unterstützen, ihre Verwaltungsaufgaben einfacher und effizienter zu bewältigen. Doch das Letzte, was die Mitarbeitenden neben ihrem hohen Arbeitspensum brauchen, sind umfangreiche Digitalisierungsprojekte, die nur zusätzlichen Aufwand mit

sich bringen, aber keinen konkreten Nutzen für ihren Alltag haben. Für viele Behördenleiter bedeutet dies einen echten Spagat.

Digitalisierung „von unten“

Um die Mitarbeitenden konkret zu unterstützen, ist es notwendig, ihre Perspektive einzunehmen. Sicherlich ist eine übergreifende Digitalisierungsstrategie die Basis. Entscheidend für den Erfolg ist jedoch die Umsetzung der Strategie anhand der spezifischen Erfordernisse der Anwender in den einzelnen Fachämtern. Im Rahmen der Planungen sollten zielgruppengenaue Expertenlösungen zum

Einsatz kommen, die den Mitarbeitenden in der täglichen Praxis einen echten Mehrwert bieten. Die Akzeptanz ist von Beginn an hoch und der Veränderungsprozess, hin zum digitalen Arbeiten, vollzieht sich schneller.

Technologie dort einsetzen, wo sie gebraucht wird

Solche Expertenlösungen zeichnen sich zum einen durch ihre Integrationsfähigkeit in amtspezifische Arbeitsprozesse und zum anderen durch ihre schnelle Verfügbarkeit aus. Eine Dokumentation der einzelnen Arbeitsschritte mit einer Einschätzung der üblichen Zeitaufwände, gibt bereits erste Aufschlüsse über Optimierungspotenziale. Dies ist die Basis bei der Wahl einer anwendungsorientierten Expertenlösung. Auch die Technologie spielt eine große Rolle. Moderne, browserbasierte Lösungen sind hierbei zu bevorzugen. Sie benötigen keinen Eingriff in die IT-Infrastruktur und sie sind jederzeit erreichbar, auch aus dem Homeoffice.

Mitarbeiter im Alltag entlasten

Auf diese Weise können einzelne Fachämter im Rahmen einer übergreifenden Planung ihre spezifischen Verwaltungsabläufe digitalisieren und sogar Vorreiter in ihrer Kommune werden.



Wolters Kluwer

Der Autor
Uwe Kalkuhl ist Business Manager Public Digital bei Wolters Kluwer Deutschland.

Jetzt Leitfaden „Wie Sie die interne Verwaltungsdigitalisierung schrittweise vorantreiben“ herunterladen:
wolterskluwer-online.de/digitales-amt

Resiliente Verwaltung

Während der Corona-Pandemie hat die rheinland-pfälzische Landesregierung einen Resilienzbericht erstellt. Kommune21 sprach mit Ministerpräsidentin Malu Dreyer über die Ergebnisse und die Rolle der IT-Infrastruktur für die Krisenbewältigung.

Frau Ministerpräsidentin Dreyer, die Corona-Pandemie hat die letzten Zweifler an einer umfassenden Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung zum Schweigen gebracht. Stimmen Sie dieser Aussage zu?

Die Corona-Pandemie hat vor allen Dingen gezeigt, wie wichtig die öffentliche Verwaltung ist, nicht nur im Gesundheitsbereich. Digitale Anwendungen und Infrastrukturen helfen, kritische Infrastrukturen aufrechtzuerhalten – und dazu gehört auch eine funktionierende, vernetzte, bürgernahe Verwaltung. Ein umfassender Einsatz digitaler Anwendungen in der öffentlichen Verwaltung, Bildung oder medizinischer Versorgung kann diese Resilienz, wie wir sagen, weiter stärken. Sicherlich hat hier der ein oder andere Zweifler erkannt, dass in der Digitalisierung der Verwaltung eine Chance für Stabilität und Krisensicherheit liegt. Dabei glaube ich, dass genaues Überlegen an der ein oder anderen Stelle dafür sorgen kann, die Verwaltung nicht irgendwie zu digitalisieren, sondern dies mit Bedacht, effizient, nachhaltig und klug zu tun.

Vor dem Hintergrund der Krisenbewältigung hat die Landesregierung bereits im Mai dieses Jahres einen Resilienzbericht veröffentlicht. Was verste-

hen Sie mit Blick auf die öffentliche Verwaltung unter Resilienz?

Ich verstehe darunter, dass die Verwaltung auch für außergewöhnliche Herausforderungen, beispielsweise eine Pandemie, gerüstet ist, um die öffentliche Daseinsvorsorge sicherzustellen. Das bedeutet, dass sie ihre Dienstleistungen unabhängig von Kontaktbeschränkungen oder Arbeiten im Homeoffice nach wie vor anbieten kann. Dies kann durch digitale Anwendungen und Infrastrukturen erreicht werden.

Wie lauten die wesentlichen Aussagen des Resilienzberichts?

Die Aussagen und Inhalte des Resilienzberichts sind sehr umfangreich und vielfältig. Es geht vor allem um digitale Arbeitsprozesse in der Verwaltung, Mobilfunk- und Breitband-Versorgung sowie Bildung und Forschung. Die Herausforderungen der Corona-Pandemie haben gezeigt, dass die Resilienz des Systems durch digitale Anwendungen und Infrastrukturen massiv gestärkt und teilweise erst sichergestellt wird. Um das Land noch krisensicherer zu machen, ist Rheinland-Pfalz dank vieler innovativer Projekte bereits auf einem zukunftsfähigen Weg. Grundlage



Ministerpräsidentin Malu Dreyer

für die Sicherung und Weiterentwicklung des bisher erreichten und des entschlossenen weiteren Ausbaus nachhaltiger und resilienter digitaler Infrastrukturen und Anwendungen über alle Lebensbereiche hinweg ist die Strategie für das digitale Leben in Rheinland-Pfalz.

Welche Maßnahmen haben Sie bereits ergriffen?

Um nur einige Beispiele im Bereich der Verwaltung zu nennen: Wir konnten die Zahl der Homeoffice-Zugänge in der Landesverwaltung von 5.000 auf über 15.000 erhöhen. Ein erweiterter Ausbau ist möglich. Allein im Bereich der Polizei konnten wir die Homeoffice-Zugänge auf bis zu 3.400 erhöhen.

Darüber hinaus wurden über 100 Videokonferenzsysteme und über 80 Audioräume eingerichtet. Besonders hervorheben möchte ich noch den Krisenstab der Landesregierung, der selbst auch aus Infektionsschutzgründen unter erschwerten Bedingungen arbeiten musste. Die speziell auf die Arbeitsweise des rheinland-pfälzischen Krisenstabs zugeschnittene Software

bei auch zusätzliche Möglichkeiten für Telefon- und Videokonferenzen, die kurzfristig installiert wurden.

Wie ist Ihre Einschätzung, sorgt die Krise für den Durchbruch bei Homeoffice und alternativen Formen der Zusammenarbeit in der Verwaltung?

Die Pandemie hat sicherlich dafür gesorgt, dass Arbeitgeber und

Anspruch, alle mitzunehmen. Von dem Erfolgsprojekt „Medienkompetenz macht Schule“ über das Projekt der Digitalbotschafterinnen und Digitalbotschafter bis hin zum Ziel, die digitale Welt inklusiver und barrierefreier zu gestalten.

Der Bund hat nun im Rahmen des Konjunkturförderprogramms drei Milliarden Euro für die Digitalisierung der

„Der Ausbau und die Weiterentwicklung digitaler Infrastrukturen ist essenziell für eine krisenfeste öffentliche Daseinsvorsorge.“

KriSta.rlp wurde binnen kürzester Zeit entwickelt und eingeführt. Sie ermöglicht es allen Verbindungspersonen der Ressorts, Meldungen zur Lage oder zu klärende Fragen an den Krisenstab zu übermitteln. Die Software wird laufend weiterentwickelt. Corona hat außerdem unseren Weg der digitalen Bildung enorm beschleunigt. Hier sind etwa die zentrale Informationsseite schuleonline.bildung-rlp.de oder die Schulbox als zentrale Cloud zur Bereitstellung von Lernmaterialien zu nennen.

Wie haben digitale Anwendungen und Infrastrukturen ganz konkret dazu beigetragen, die Handlungsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung in Rheinland-Pfalz aufrechtzuerhalten?

Ein Beispiel: Digitale Anwendungen und Infrastrukturen wie die elektronische Akte haben es uns ermöglicht, mit der kurzfristigen Ausweitung der Kapazitäten die Möglichkeiten für Homeoffice in den obersten Landesbehörden massiv zu erhöhen und die Verwaltung auch vor dem Hintergrund der Kontaktbeschränkungen aufrechtzuerhalten. Unterstützt haben hier-

-geberinnen sowie Arbeitnehmer und -nehmerinnen den Homeoffice-Möglichkeiten vielfach gegenüberstehen. Ich glaube, dass die Erfahrung mit der aktuellen Situation und der damit einhergehende Digitalisierungsschub das Arbeiten an einigen Stellen ändern wird, aber auch, dass wir die Arbeit in Präsenz mit Kolleginnen und Kollegen aus Gründen des sozialen Miteinanders noch mehr zu schätzen wissen als vor der Pandemie.

Welche Lehren ziehen Sie aus den jetzt gemachten Erfahrungen?

Wir haben gesehen, dass wir auf dem richtigen Weg sind und der Ausbau und die Weiterentwicklung digitaler Infrastrukturen und Anwendungen essenziell ist für eine krisenfeste öffentliche Daseinsvorsorge. Wir werden den Digitalisierungsschub weiter nutzen, um den Ausbau zügig und effektiv voranzutreiben. Außerdem haben wir durch die plötzliche Umstellung auf digitale Anwendungen in vielen Bereichen festgestellt, wie wichtig Medienkompetenz für uns alle ist. Wir verfolgen weiterhin unseren

öffentlichen Hand bereitgestellt. Ist es mit Geld alleine getan?

Nein, nur Geld alleine ist hier noch nicht die Lösung – es muss auch klug investiert und eingesetzt werden. Genau das machen wir mit den Mitteln aus dem Konjunkturförderprogramm in vielfältigen Bereichen.

Welche Erwartungen haben Sie an eine künftige resiliente digitale öffentliche Verwaltung?

Ich erwarte, dass die öffentliche Verwaltung in allen möglichen Krisensituationen, nicht nur in einer Pandemie, resilienter wird. Ich möchte eine vernetzte, digitale und bürgernahe Verwaltung, die modern und attraktiv ist – als Dienstleister und als Arbeitgeber. Wir haben hier an vielen Stellen bereits ein sehr gutes Fundament geschaffen. Mit der geplanten Einführung der E-Akte, auch auf die nachgeordneten Behörden, und der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes stehen die nächsten Schritte an, deren erfolgreiches Gelingen dazu beitragen wird.

Interview: Alexander Schaeff

Erfahrungen nutzen

Daniel Heymann

Die Corona-Pandemie hat die Arbeitswelt in der Stadtverwaltung Wuppertal praktisch über Nacht verändert. Die nordrhein-westfälische Kommune will nun die Erkenntnisse der vergangenen Monate nutzen, um die Verwaltungsmodernisierung zu beschleunigen.

Die Digitalisierung von Verwaltungsleistungen ist ein Prozess, der die Stadtverwaltung im nordrhein-westfälischen Wuppertal bereits seit einigen Jahren beschäftigt. Lagen die Schwerpunkte dabei bislang auf digitalen Bürgerservices und der Abschaffung der Papierakten, hat Corona vor allem die Arbeitsweise der Mitarbeiter und Führungskräfte grundlegend verändert. Positiv machte sich bemerkbar, dass die Stadtverwaltung Wuppertal bereits im Jahr 2018 mit digiTal 2023 eine umfassende Digitalisierungsstrategie aufgelegt und zentrale Infrastrukturprojekte begonnen hatte. Leuchtturmprojekte wie die Digitalisierung der Eingangspost, des allgemeinen Schriftguts und von Bürgerservices sowie ein Open-Data-Portal und

eine Beschäftigten-App haben dazu geführt, dass die Verwaltungsmodernisierung vorangetrieben wurde. Zu Beginn des Shutdowns konnten daher erhebliche Teile der Belegschaft kurzfristig ins Homeoffice geschickt und dort arbeitsfähig gehalten werden. Bis zu 1.500 Nutzer wurden vom Amt für Informationstechnik und Digitalisierung mit mobilen Endgeräten ausgestattet. Dazu kamen mehr als 2.000 Nutzer, die sich aus dem Homeoffice in das städtische Netz einloggen konnten. Über 1.200 zusätzliche Zugänge konnten innerhalb weniger Tage eingerichtet werden.

Auch das Förderprojekt „Verwaltungsweite Einführung eines



Neue Arbeitsprozesse in Wuppertal.

digitalen Aktenplans“, welches die Stadtverwaltung Wuppertal als digitale Leitkommune des Landes Nordrhein-Westfalen durchführt, hat in den vergangenen Monaten einen großen Schub erlebt. Es arbeiten aktuell 40 Prozent mehr Teams produktiv mit dem digitalen Aktenplan als ursprünglich vorgesehen.

Verwaltungsweit finden Besprechungen mit mehreren Personen inzwischen überwiegend virtuell statt. Entsprechende Systeme für Videokonferenzen und Messaging hatte die Stadtverwaltung Wuppertal bereits im vergangenen Jahr eingeführt. Auch die Anforderungen an die interne Kommunikation sind sprunghaft gewachsen. Dafür wurde verstärkt die Beschäftigten-App eingesetzt, eine Eigenproduktion des Amtes für Informationstechnik und Digitalisierung. Darin finden

Amt für Informationstechnik und Digitalisierung in Wuppertal

Das Amt für Informationstechnik und Digitalisierung steht der Stadtverwaltung Wuppertal als Ansprechpartner für das Change- und Digitalisierungsmanagement zur Seite. Es ist wesentlich für die Umsetzung der zahlreichen Anforderungen der Digitalisierung sowie für den Stand und die Leistungsfähigkeit der Technik

innerhalb der Stadtverwaltung zuständig. Aufgrund der jahrelangen kommunalen IT-Kompetenz der rund 160 Mitarbeiter bietet es neben der IT-Betreuung viele weitere Dienstleistungen an, insbesondere im Bereich des Projekt-Managements, der Prozessdigitalisierung und Software-Entwicklung – auch für andere Kommunen.

sich nicht nur alle relevanten Informationen für den Arbeitsalltag und Neuigkeiten aus der Stadtverwaltung, sondern auch ein Telefonbuch sowie die internen Stellenanzeigen. Inzwischen wurde die App über 5.000 Mal heruntergeladen. Mehr als 3.000 Mitarbeiter nutzen sie regelmäßig. Die Stadt erweiterte zudem ihr Fortbildungsangebot um Online-Schulungen zu den Themen Führen auf Distanz oder Arbeiten im Homeoffice.

Die Kommunikation mit den Bürgern lief größtenteils telefonisch oder per E-Mail ab. Zudem verwies die Verwaltung bei Anfragen auf das Online-Serviceportal der Stadt Wuppertal. Dieses wurde im vergangenen Jahr mit ersten Basisdiensten wie Anwohnerparken

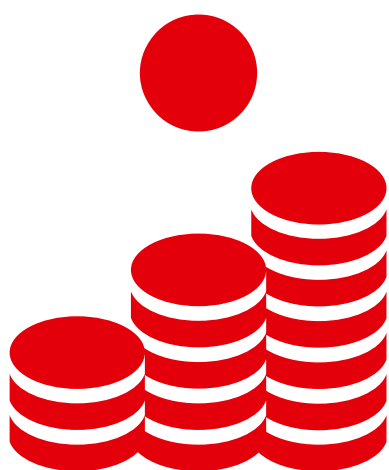
und Personenstandsurkunden eingeführt. Inzwischen sind weitere Dienstleistungen im Bereich Tiere und Umwelt sowie die Anbindung an i-Kfz hinzugekommen. Ziel des Amts für Informationstechnik und Digitalisierung ist es, in den nächsten Wochen und Monaten schrittweise weitere Funktionen freizuschalten. Jährlich sollen rund fünf voll digitalisierte Prozesse als Service für die Bürger hinzukommen. Neben den Online-Services beschäftigt sich das Innovationslabor der Stadt aber auch mit neuen Kommunikationsformen wie Chats und Videoberatung.

Was zu Beginn an vielen Stellen noch kritisch beäugt wurde, mündete in routinierten Abläufen. An diesem Punkt will die Stadtverwal-

tung Wuppertal nun ansetzen und das Changemanagement nachholen. Aktuell wird ein verwaltungsweites strategisches Projekt initiiert, um die Erfahrungen aus der Pandemie in Bezug auf die künftigen Arbeitsweisen aufzugreifen, zu prüfen, was hiervon dauerhaft beibehalten werden kann und die neuen Formen der Arbeitsorganisation in entsprechende Dienstvereinbarungen münden zu lassen. Ziel ist es, die Erfahrungen der vergangenen Monate zu nutzen, um die Modernisierung der Arbeitswelt zu beschleunigen. Begleitet wird die Stadt dabei vom Amt für Informationstechnik und Digitalisierung.

Daniel Heymann ist Leiter des Amts für Informationstechnik und Digitalisierung der Stadtverwaltung Wuppertal.

Anzeige



girosolution.de

Gebühren online bezahlen ist einfach.

Mit GiroCheckout für Kommunen.

Mit der Multi-Bezahlösung GiroCheckout integrieren Sie gängige Online-Bezahlverfahren, wie z. B. giropay, paydirekt, Kreditkarten- oder Lastschriftzahlungen in Ihre Bürgerportale – einfach, schnell und sicher.

Als Kommune profitieren Sie davon auf vielfältige Weise: mehr Komfort und Service für Ihre Bürger, Vereinfachung von Verwaltungs- und Zahlungsprozessen, Umsetzung von Gesetzesvorgaben und Entlastung Ihrer Bürgerbüros.

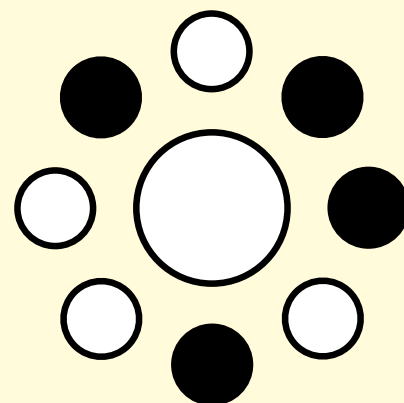
Gehen Sie auf dem Weg zur digitalen Kommune erfolgreich voran und entscheiden Sie sich jetzt für GiroCheckout.



GIRO SOLUTION



Gemeinsam stark



Das Netzwerk re@di ist ein Musterbeispiel für interkommunale Zusammenarbeit. Wie neun Städte erfolgreich durch die Pandemie navigieren konnten und was die Zukunft bringt, verrät ein virtuelles Round-Table-Gespräch.

Die Corona-Krise bringt neuen Schub für die Digitalisierung in Kommunen, heißt es jetzt allenthalben. Wie ist Ihre Ansicht?

Wasserbäch: Die Digitalisierung hat definitiv einen Schub erhalten. Videokonferenzen, Arbeit aus dem Homeoffice, Online-Termine – all das ist bei uns in der Stadt Stutensee jetzt gang und gäbe. Und so ging es allen Kommunen.

Kraut: Bei unseren Mitarbeitern in der Stadtverwaltung Ettlingen hat durch die Krise ein großes Umdenken stattgefunden, was das Thema angeht. Ein Großteil empfindet die Digitalisierung laut einer Umfrage, die wir während der Pandemie durchgeführt haben, als sehr positiv.

Am virtuellen Round Table saßen: Wolfgang Müller, Hauptamtsleiter Stadt Bruchsal; Eduard Itrich, Abteilungsleiter DIGIT und Digitalisierungsbeauftragter der Stadt Bühl; Andreas Kraut, Hauptamtsleiter und Digitalisierungsbeauftragter der Stadt Ettlingen; Vera Wasserbäch, Koordinatorin Digitalisierungsteam der Stadt Stutensee; Carlo Schöll, Inhaber der Agentur bächle & spree.

Itrich: Wir haben ebenfalls die Erfahrung gemacht, dass die Mitarbeiter der Digitalisierung jetzt wesentlich aufgeschlossener gegenüberstehen. Schließlich waren die Verwaltungen gezwungen, sich mit digitalen Lösungen auseinanderzusetzen und diese auch zu nutzen. Dadurch wurde vielen die Angst genommen, sie im täglichen Arbeitsalltag zu implementieren.

Müller: Mir ist bei uns in Bruchsal aufgefallen, dass wir im Zuge der Krise schnelle und effiziente Entscheidungen treffen konnten, die unter normalen Umständen wahrscheinlich Wochen und Monate gebraucht hätten. So wurde das mobile Arbeiten von zu Hause aus über Nacht zum Mittel der Wahl, während es vorher eher eine Randerscheinung war.

Wie sind Ihre Verwaltungen bislang durch die Corona-Krise gekommen, waren Sie vorbereitet?

Müller: Verwaltungen sollten generell darauf vorbereitet sein, im Krisenfall einen Verwaltungsstab einzusetzen. Daran haben wir uns während der Pandemie orientiert und einen kleinen Krisenstab eingerichtet, der regelmäßig getagt hat. Auch die Kommunikation mit den

Bürgern lag in der Hand des Krisenstabs – bis hin zum Plakat mit Warnhinweisen zu Hygiene- und Schutzmaßnahmen am Baggersee. Oberstes Ziel war, dass die Verwaltung trotz geschlossenem Rathaus arbeitsfähig bleibt.

Itrich: Was die Hardware angeht, waren wir in jedem Fall nicht auf die Pandemie vorbereitet. Wir hatten relativ wenige Mobilgeräte, sodass nicht jeder Mitarbeiter eines nutzen konnte. Insbesondere Webcams und Headsets waren Mangelware. Durch die Pandemie waren gerade diese Geräte nur noch zu sehr hohen Preisen verfügbar. Wir haben dann kreative Lösungen gefunden, um unsere Mitarbeiter zu versorgen. Beispielsweise konnten wir hilfreiche Software beschaffen oder private Hardware einbinden.

Kraut: Wir konnten schnell genügend Homeoffice-Umgebungen aus dem Boden stampfen. Das ging aber nur, weil die Infrastruktur schon vorher da war. Grundsätzlich können die Verwaltungen mit Krisen umgehen. Aber eine Pandemie in dieser Größenordnung mit Lockdown und anderen unvorhergesehenen Umständen – dass man beispielsweise als nicht-zuständige Organisation plötzlich Masken be-

sorgen muss – das war schon eine völlig neue Erfahrung.

Wasserbäch: Wir hatten ein paar Monate vor dem Lockdown zufällig eine Schulung, bei der es um Krisen-Management ging. Im Zuge dessen wurden neue Strukturen im Verwaltungsstab geschaffen, auf die wir dann zurückgreifen konnten. Außerdem waren unsere Führungskräfte bereits mit mobilen Endgeräten ausgestattet. Die restlichen Mitarbeiter konnten wir dann auch schnell mit Laptops versorgen. Online-Anträge konnten die Bürger über das Serviceportal Baden-Württemberg (service-bw) einreichen.

Welche Maßnahmen wurden zusätzlich ergriffen?

Müller: Wir haben im Zuge der Krise an einem Freitag adhoc 40 Laptops gekauft und mit Kreditkarte bezahlt. Das wäre früher schlicht nicht möglich gewesen. Aber weil der Markt für Neugeräte derart

einige Überstunden leisten und sich teilweise in neue Lösungen einarbeiten. Um Infektionsrisiken zu vermeiden, hatten wir zudem einen Hygieneplan im Einsatz. Die IT war deswegen nicht immer vollzählig, um zu verhindern, dass eine komplette kritische Abteilung plötzlich krankheitsbedingt ausfällt.

Kraut: Bei uns war die notwendige Technologie im Grunde auch schon vorhanden, beispielsweise was die VPN-Zugänge angeht. Ein Problem war, dass teilweise wochenlang keine Lizenzen mehr zu bekommen waren. Dafür stieg verwaltungsintern der Respekt für unsere Kollegen in der IT, die so viel in so kurzer Zeit geleistet haben.

Wasserbäch: Für uns wurden Videokonferenzen zum zentralen Kommunikationstrunkment. Wir haben viele Mitarbeiter mit Kameras und Mikrofonen ausgestattet, auch hier gab es allerdings Lieferengpässe.

Damit wir weiter mit Firmen in Kontakt bleiben können, haben wir alle Besprechungszimmer mit Videokonferenz-Systemen ausgerüstet. Auch der Bürgersaal wurde provisorisch mit einem System ausgestattet. Intern nutzen wir Skype für die Videokonferenzen, parallel dazu außerdem Webex, auf das wir durch das re@di-Netzwerk gekommen sind. Webex nutzen wir auch für die Kommunikation mit Firmen.

Wie verhält es sich mit dem Datenschutz bei den Lösungen, die Sie im Einsatz haben? Sind diese DSGVO-konform?

Itrich: Was Webex angeht, existieren unterschiedliche Meinungen. Wir hatten uns für einen lokalen



Eduard Itrich:
Mit re@di haben es neun Kommunen geschafft, gut durch die Pandemie zu schiffen.

Anbieter entschieden, der uns versichert hat, dass er die Lösung DSGVO-konform implementiert. Sobald sich aber jemand außerhalb des re@di-Bundes dazugeschaltet hat, lief die Kommunikation mit Webex doch wieder über amerikanische Server. Zu diesem Zeitpunkt war das jedoch noch durch das Privacy Shield abgedeckt. Unsere Implementierung von Jitsi Meet läuft auch auf deutschen Servern und ist unbedenklich, was den Datenschutz angeht. Zoom hat in dieser Hinsicht ja mittlerweile ebenfalls nachgebessert.

Kraut: Wir haben in der heißen Phase der Pandemie relativ schnell Microsoft Teams ausgerollt. Nachdem das Privacy Shield weggebrochen ist, beobachten wir jetzt die weitere Entwicklung. Ich persönlich bin der Meinung, dass entsprechende Regelungen eigentlich von den Ebenen über den Kommunen eingeführt werden sollten. Für uns als Kommunen, die ganz nah am Bürger sind, ist es schwer, die DSGVO-Richtlinien umzusetzen. Dagegen treibt der Bund aber Open-Source-Entwicklungen, wie beispielsweise Phönix und Gaia-X voran, wobei ►



Vera Wasserbäch:
Videokonferenzen wurden für uns zum zentralen Kommunikationstrunkment.

abgegrast war, mussten wir die Gelegenheit nutzen. Wir haben dann bei einer Ettlinger Firma bestellt, die gebrauchte Geräte aufarbeitet.

Itrich: Wir hatten glücklicherweise bereits eine Homeoffice-Lösung im Einsatz. Die konnten wir entsprechend nachlizensieren und so daran anpassen, dass mehr Mitarbeiter gleichzeitig von zu Hause aus darauf zugreifen. Unsere IT-Abteilung musste wie in vielen Kommunen

davon hier unten in den Kommunen noch gar nichts ankommt.

Welche Rolle spielte das re@di-Netzwerk, konnten Sie sich gegenseitig unterstützen?

Kraut: Unsere bereits etablierten re@di-Strukturen liefen weiter, dann eben über Videokonferenzen. Das ging bis dahin, dass wir neben unseren üblichen Themen auch die

anzubieten. Das wollen wir gemeinsam schaffen, indem wir Prozesse strategisch erarbeiten und Projekte auf den Weg bringen.

Wasserbäch: Durch die Arbeitsteilung kommen nicht nur Synergieeffekte, sondern langfristig auch Kosteneinsparungen zustande. Und das freut natürlich auch die Führungskräfte, also Bürgermeister/in und Gemeinderat.



Wolfgang Müller:
Bei re@di sind wir alle Gleichgesinnte auf Augenhöhe und haben die gleichen Probleme.

Corona-Maßnahmen und damit verbundene Angelegenheiten besprochen haben, beispielsweise die Beschaffung von Masken.

Itrich: re@di war zur Zeit der Krise ein wunderbares Best-Practice-Netzwerk, um sich über gute Lösungen auszutauschen. Niemand musste sich noch mal die Mühe machen, den Markt neu abzusuchen. Stattdessen konnten wir aus den Erfahrungen der Partnerstädte lernen und diese auch umsetzen. So haben es dann neun Kommunen geschafft, gut durch die Pandemie zu schiffen und sich gegenseitig zu unterstützen.

Das Netzwerk re@di wurde vor rund einem Jahr gegründet. Welche Ziele haben Sie sich gesetzt?

Kraut: Die ursprüngliche Absicht hinter dem Netzwerk war es, einen interkommunalen Verbund zu bilden, der sich mit der Digitalisierung auseinandersetzt. re@di verfolgt das Ziel, den Bürgern bessere Verwaltungsangebote und -services

anzubieten. Das wollen wir gemeinsam schaffen, indem wir Prozesse strategisch erarbeiten und Projekte auf den Weg bringen.

Itrich: Uns geht es auch darum, Standards in der Region zu schaffen. Das ist beispielsweise bei der Einführung von LoRaWAN oder der E-Rechnung sehr wichtig. Nicht zuletzt haben neun Städte gemeinsam bei Verhandlungen mit externen Dienstleistern mehr Gewicht und können eher gute Konditionen aushandeln, als beispielsweise eine kleine Stadt mit 30.000 Einwohnern allein.

Müller: Ein wichtiges Kriterium war für mich, dass wir uns zusammentun, um die Bedürfnisse der teilnehmenden Städte zu eruieren und dementsprechend zu handeln. Es kursieren ja gemeinhin viele Schlagworte, was die Digitalisierung angeht, wie beispielsweise Verwaltung 4.0 und Ähnliches. Aber im Endeffekt müssen wir in unseren Kommunen arbeiten und die Dinge auf die Reihe bringen – großspurige Digitalisierungssprechblasen helfen uns da nicht weiter. Aber im re@di-

Netzwerk sind wir alle Gleichgesinnte auf Augenhöhe und haben die gleichen Probleme. Und uns liegt allen daran, gemeinsam etwas zu schaffen.

Carlo Schöll: Wenn ich aus meiner externen Sichtweise noch anfügen darf: Ich erlebe auch andere kommunale Zusammenarbeit und versuche auch diese auf den Weg zu bringen. Dabei fällt mir auf, dass da oftmals gewisse Feindseligkeiten existieren, was solche Unterfangen natürlich hemmt. Daher war es fantastisch zu beobachten, dass hier so eine offene und vertrauensvolle Zusammenarbeit entstanden ist. Ein tolles Vorbild für andere Kommunen.

Kraut: Netzwerk-Treffen machen – neben der thematischen und inhaltlichen Arbeit – in diesem Team sehr viel Freude, weil unter uns so eine gute und freundschaftliche Atmosphäre herrscht.

Wie sieht die Organisationsstruktur aus?

Kraut: Es gibt ein Plenum, das ein bis zweimal jährlich tagt. Darin sitzen die Oberbürgermeister, die mit dem Thema betrauten



Andreas Kraut:
re@di hat das Ziel, den Bürgern bessere Verwaltungsangebote und -services anzubieten.

Amtsleitungen und die Digitalisierungsbeauftragten. Darunter befindet sich die Ebene der Fachgruppe. Daran nehmen Amtsleiter, Digitalisierungsbeauftragte sowie weitere Städtevertreter teil – das

entscheidet jede Kommune selbst. Die Fachgruppe tagt etwa alle sechs bis acht Wochen. Auf dieser Ebene diskutieren wir die grobe Strategie. Dann folgt die Arbeitsebene, das sind die Projektgruppen. Um die Projekte zu erarbeiten, werden Teams aus verschiedenen Städten zusammengestellt. Dabei sind nicht immer alle neun Städte vertreten, manchmal sind es beispielsweise nur drei oder vier. Die Bandbreite der Projekte erstreckt sich von den Themen Sensorik und Internet of Things (IoT) über eine digitale Engagement-Plattform für Vereine bis hin zu Projekt-Management, Online-Bürgerservice, digitale Rechnung und E-Akte. Die Arbeitsgruppen haben in der Regel eine federführende Stadt, die entscheidet, wie oft man sich trifft. Zudem haben wir im re@di-Netzwerk einen 14-tägigen Jourfix eingeführt, der auch regelmäßig von fast allen Kommunen genutzt wird.

Wie verändert die interkommunale Kooperation im re@di-Netzwerk die internen Strukturen in den jeweiligen Stadtverwaltungen?

Kraut: In Ettlingen nimmt re@di schon auf eine gewisse Art Einfluss auf die Verwaltung. Wir haben beispielsweise eine Innovatoren-Gruppe von Mitarbeitern in den jeweiligen Dienststellen, die sich mit denen aus anderen Dienststellen austauschen. Zudem sind die Projektgruppen auch für die Fachämter der Städte geöffnet, sodass ein reger Austausch stattfinden kann.

Itrich: Wir haben in Bühl analog zur Stadt Ettlingen eine so genannte Multiplikatoren-Gruppe, über alle Fachbereiche verteilt und ohne hierarchische Struktur. Die Mit-

glieder dieser Gruppen bearbeiten gemeinsam das Thema Digitalisierung und so hat re@di auch aus meiner Sicht eine gewisse Strahlkraft in die Verwaltung hinein.

Die Zusammenarbeit soll bald evaluiert werden. Was ist Ihre Erwartung: Wie geht es weiter mit re@di?

Kraut: Ich glaube, dass wir das Netzwerk noch stärker professionalisieren und das Projekt-Management weiter ausbauen sollten. Dann werden wir mit diesem Unterfangen sicher weitere sehr gute Ergebnisse erzielen.

Müller: Es gibt auch die Überlegung, dass wir die interkommunale Zusammenarbeit über die Digitalisierung hinaus auf andere Bereiche ausweiten. Gemeinsam ist man einfach stärker. Und es macht Spaß.

Wasserbäch: Ich sehe da nur positive Entwicklungen dahingehend, dass wir auch weiter zusammenarbeiten werden.

Itrich: Wir können bereits einige sehr gute Ergebnisse präsentieren, die aus meiner Sicht in Deutschland einzigartig sind. Ich weiß nicht, wo sonst ein offenes Internet der Dinge als Plattform auf den Weg gebracht wurde, getragen von fünf Städten und bald wahrscheinlich auch Stadtwerken und Bürgergruppen. Solche Erfolge werden die Nachhaltigkeit dieses Netzwerks sicherstellen.

Kraut: Die externe Organisation durch Herrn Schöll ist ein wich-

tiger Faktor für unsere gelungene Zusammenarbeit und das soll auch so bleiben. Man stelle sich vor, wir



Carlo Schöll:
re@di ist offen gegenüber Neuem, wir würden gerne noch weitere Partner einbinden.

hätten das anders gemacht. Zum Beispiel so, dass immer eine Stadt im Wechsel die Führung übernimmt, das Protokoll führt und die Agenda anleitet. Das hätte auf Dauer sicher nicht so gut funktioniert. Für ein Unterfangen wie das unsere braucht es klare Strukturen und Regeln und jemanden, der sie durchsetzt.

Schöll: Bei re@di ist die Stimmung mittlerweile so positiv, dass das Netzwerk sich den Austausch mit anderen Kommunen wünscht. Uns ist deshalb wichtig zu betonen, dass es sich hier nicht um einen geschlossenen Verein handelt. re@di ist sehr offen gegenüber Neuem, wir würden gerne weitere Stadtverwaltungen oder beispielsweise Stadtwerke einbinden.

*Moderation: Alexander Schaeff
Dokumentation: Corinna Heinicke*

Kurzinfo: re@di-Netzwerk

re@di – regional.digital ist ein Zusammenschluss der neun Städte Baden-Baden, Bretten, Bruchsal, Bühl, Gaggenau, Ettlingen, Rastatt, Rheinstetten und Stutensee in Baden-Württemberg. Moderiert und beratend begleitet wird das Netzwerk durch die Agentur bächle & spree aus Freiburg.

München plant neu

Michael Roth

Den Umstieg auf SAP S/4HANA nutzt die bayerische Landeshauptstadt München, um ihre Finanz-, Logistik- und Immobilien-Management-Prozesse zu modernisieren. Ein erster digitaler Meilenstein wurde mit der Haushaltsplanung 2021 gesetzt.

In der Haushaltswirtschaft, im Kassenwesen, in der Vermögenswirtschaft sowie im Logistik- und Immobilien-Management arbeitet die bayerische Landeshauptstadt München mit SAP-Systemen, die vor rund 20 Jahren eingeführt wurden. Diese wurden kontinuierlich weiterentwickelt mit dem Ziel, die unterschiedlichen Anforderungen möglichst vollständig und unverändert umzusetzen. Selbst für kleinere Unterschiede wurden deshalb eigene Prozessvarianten entwickelt oder aber es wurde eine Lösung gewählt, die eine Aufgabenstellung zwar am detailgetreuesten erfüllt, in der Umsetzung und Pflege jedoch einen sehr hohen Aufwand verursacht. Damit steigen die Kosten. Außerdem kann solch ein individualisiertes Anforderungsmanagement weder schnell noch flexibel an künftige Bedarfe angeglichen werden. Prozessuale Restriktionen erschweren es sogar zunehmend, Gesetzesänderungen und Anpassungen umzusetzen. Hinzu kommt ein kontinuierlicher Engpass an erfahrenen Mitarbeitern. Kurzum: Die derzeit eingesetzten Systeme sind nicht mehr zukunftsfähig.

Die Münchner Stadtverwaltung nutzt daher den ohnehin notwendigen Wechsel auf das ERP-System

SAP S/4HANA, um ihre Finanz-, Logistik- und Immobilienprozesse neu zu gestalten. Dafür wurde das Programm digital/4finance ins Leben gerufen. Wesentliche Leitplanken sind eine standardnahe Nutzung der eingesetzten Lösungen sowie eine Reduzierung der Prozessvarianten. Standardisierung bedeutet in diesem Fall nicht, die Bedürfnisse der Anwender oder Fachbereiche zu ignorieren und über einen Kamm zu scheeren. Stattdessen soll hinterfragt werden, wie sich die notwendigen Unterschiede so umsetzen lassen, dass sie optimal zu den vorgesehenen Strukturen und Prozessen der Standard-Software passen. Gleichzeitig werden komplexe Prozesse aufgelöst und vereinfacht.

Auf diese Weise soll das Digitalisierungspotenzial der jeweiligen Prozesse erkannt und im Redesign gehoben werden. Denn viele von ihnen lassen sich zwischenzeitlich viel stärker automatisieren. München hat dazu einen Prototyp in idealtypischer Ausprägung mit Standardgeschäftsprozessen aufgebaut. Beispielsweise können durch maschinelles Lernen eingehende Zahlungen zu einem größeren Prozentsatz automatisch offenen Forderungen zugeordnet werden. Auf Basis dieses Prototyps werden

nun Prozesse evaluiert und um Anforderungen erweitert.

Gleichzeitig werden Digitalisierungspotenziale in anderen prototypischen Lösungen erprobt. Auch neue digitale Bürgerservices, die eine weitgehend durchgängige, aufwandsarme und schnelle Bearbeitung versprechen, sind denkbar. So könnte beispielsweise die Anmeldung eines Hundes verbunden mit der Erteilung einer Steuermarke in einem automatisierten Workflow erfolgen: Ein Chatbot führt den Bürger durch den Anmeldeprozess. Die Hunderasse wird anhand eines Fotos und mithilfe künstlicher Intelligenz (KI) geprüft. Dokumente wie etwa der Hundeführerschein oder ein Tierheimvertrag können hochgeladen und per Texterkennung interpretiert werden. Zusätzliche Prototypen wurden für die Zweitwohnungssteuerveranlagung sowie für ein zentrales Steuercockpit für Entscheidungsträger – ein Digital Boardroom – erstellt. An einem Prototyp, der Risikoszenarien für die Einnahmen der Kommune erstellt, wird derzeit gearbeitet.

Ab dem Jahr 2023 soll die neue Lösung mit den wesentlichen Prozessen im Einsatz sein. Bis 2025 werden dann in weiteren Ausbaustufen Potenziale genutzt,

welche München auf dem Weg zur digitalen Kommune optimal unterstützen. „Mit diesem Projekt wird die Digitalisierung komplexer Verwaltungsprozesse erheblich vorgebracht“, sagt Stadtkämmerer Christoph Frey. „Dadurch kann zum einen die Verwaltung deutlich effektiver arbeiten. Zum anderen profitieren die Bürger in einer nicht allzu fernen Zukunft auch von den mobilen Dienstleistungen, die in einer stetig wachsenden Stadt wie München immer mehr an Bedeutung gewinnen werden.“

Einen digitalen Meilenstein setzte München mit der Haushaltsplanung 2021: Erstmals kam hier das SAP-Produkt BW-IP, kurz für Business Warehouse – Integrierte Planung, zum Einsatz. Die neue

Sachverhaltsdatenbank ermöglicht es, Unterlagen aus allen Referaten digital zusammenzuführen. Im Zuge der Haushaltsplanung gingen bei der Stadtkämmerei bislang Tausende von Einzelmeldungen und sonstige Dokumente wie Stadtratsbeschlüsse, Berechnungen und Beschlussvorlagen ein. Sie fließen nun in digitaler Form in das Planungsinstrument ein – alle Unterlagen, die für den Haushalt relevant sind, werden von den Referaten in der Datenbank gespeichert. Dem schließt sich ein Abstimmungsprozess an. Aufgabe der Stadtkämmerei ist es dann, Positionen und Kalkulationen zu evaluieren, auf ihre Finanzierbarkeit zu prüfen und die Einzelhaushalte in einem großen beschlussfähigen Gesamthaushalt zusammenzuführen. Auch

diese Arbeit geschieht nun in der Datenbank statt auf Papier. „Der Effizienzgewinn ist enorm“, berichtet Stadtkämmerer Frey. „Dank der wesentlich schnelleren Bearbeitungszeit ist es jetzt möglich, den Haushalt zu den gültigen Fristen bei der Genehmigungsbehörde vorzulegen und das Tempo bei der Mittelbeantragung zu beschleunigen. Nun können Zahlen nicht mehr nur auf Referats- sondern auch auf Produktebene in den Haushaltsplan einfließen. Damit ermöglichen wir dem Münchner Stadtrat eine frühzeitige Steuerung mit konkreten Finanzkennzahlen statt nur mit pauschalen Summen.“

Michael Roth ist Programmleiter digital/4finance bei der Landeshauptstadt München.

Anzeige



Vorsprung durch Webtechnologie

Unsere Geschäftsfelder: Finanzsoftware, IT-Services und Software-Systemlösungen.

Unsere Leidenschaften: Kommunale Doppik, Web & Apps, digitale Prozessoptimierung und individuelle Beratung

Ihre und unsere Ziele: Innovation, Wirtschaftlichkeit und Zuverlässigkeit



WWW.AB-DATA.DE

Die Spezialisten für kommunale Finanzsoftware.

Kommunen profitieren immer

Das Unternehmen IDL feiert in diesem Jahr 30-jähriges Jubiläum. Kommune21 sprach mit den Firmengründern Bernward Egenolf und Harald Frühwacht darüber, wie sich die Anforderungen an Software für das kommunale Finanz-Management geändert haben.

Herr Frühwacht, Analysten bescheinigen Ihrem Unternehmen seit mehreren Jahren die Position eines Marktführers. Was zeichnet IDL als Software-Anbieter im Finanz-Management besonders aus?

Harald Frühwacht: Wir haben bei den Herausforderungen, vor denen unsere Kunden und wir selbst im Laufe der Jahre standen, immer genau hingesehen und uns gefragt, wie kann man das noch besser machen? Dabei haben wir es geschafft, das betriebswirtschaftliche Expertenwissen unserer Beratung in eine moderne, modular aufgebaute Software zu bringen. Damit digitalisieren nicht nur privatwirtschaftliche Unternehmen ihr Finanzwesen weltweit. Auch Kommunen digitalisieren mit IDL ihr Finanz-Management, inklusive aller Prozesse rund um

Microsoft und IBM. Unsere Software ist vom Unternehmen SAP für die Anbindung von SAP ERP und SAP S/4 HANA zertifiziert. Und wir setzen mit unserem Entwicklungsstandort in Ahrensburg bei Hamburg bewusst auf „Software Made in Germany“.

Wie haben sich die Anforderungen an das Finanz-Management verändert?

Frühwacht: Dass Zahlen und Daten heute digital erhoben, strukturiert und aufbereitet werden, hat eine Vielzahl neuer Kompetenzanforderungen in die Verwaltung gebracht und Rollen etablierter Funktionen verändert. Dass wir irgend-



Bernward Egenolf und Harald Frühwacht.

Wir sprechen also über den Wandel durch Digitalisierung. Welche Aspekte davon waren für IDL in den vergangenen 30 Jahren besonders entscheidend?

Frühwacht: Ich denke, einer der wesentlichen Aspekte ist der immense Vertrauensbildungsprozess in digitale Technologie, durch den

„Kommunen sind große Tanker, die sich selbst im Wildwasser nicht so schnell drehen lassen.“

den kommunalen Gesamtabschluss, das Beteiligungscontrolling und das Berichtswesen. Zudem haben wir früh dafür gesorgt, dass wir über Schnittstellen mit unserer Software auf nahezu alle Systemwelten aufsetzen können – auch auf spezielle ERP-Systeme, die zumeist nur im Verwaltungsbereich zum Einsatz kommen. Zudem ist IDL Partner von

wann Finanzprozesse regional wie global durchgängig mit Software unterstützen und welche Chancen durch die Aktualität, Transparenz und Analysemöglichkeiten von Daten entstehen würden, das war vor wenigen Jahren noch Utopie. Ich würde also sagen, dass sich die Anforderungen gravierend verändert haben, auch für die Kommunen.

wir in den vergangenen Jahrzehnten gegangen sind. Am Anfang war Software eine Insel. Nur Nerds konnten die Anwendung bedienen. Speziell im öffentlichen Sektor wollte man mit viel persönlichem, fachlichen Wissen die Kontrolle über all die komplexen Vorgänge im Finanz-Management behalten. Das hat sich verändert, auch durch

die Hintertür der mobilen Devices für Privatkonsumenten, erst langsam und dann eruptiv. Heute ist Software Teil unserer Alltagswelt. Sie ist smart und anwenderfreundlich und sie hat spielerischen Charakter.

Herr Egenolf, ist die öffentliche Verwaltung ohne Menschen für Sie denkbar?

Bernward Egenolf: Voll digitalisierte Kommunen – eine spannende Idee. Allerdings sind wir gerade im öffentlichen Sektor in besonderem Maße mit Basisarbeit konfrontiert, was nach den Geschehnissen in diesem Jahr keinen Aufschub mehr duldet. Es geht für viele Kommunen noch immer stark darum zu verstehen, was der aktuelle Stand der Digitalisierung eigentlich fordert und welcher Nutzen daraus gezogen werden kann. Kommunen sind große Tanker, die sich selbst im Wildwasser nicht so schnell drehen lassen. Gerade beim Thema Prozesse ist die Einführung von Software im Finanz-Management eine Chance, sich schneller zu entwickeln. Weil richtig gute Software neben all den Benefits, die sie bringt, innovatives, neues Denken einfordert und Schwachstellen aufzeigt.

Sind das nicht gerade die Punkte, die oft gescheut werden?

Egenolf: Sicherlich. Aber noch unbequemer ist es, den entscheidenden Punkt zu übersehen. Kommunen sind gerade dabei, in Windeseile zu lernen und sich der

Herausforderung zu stellen. Die richtige Software kann dabei ein entscheidendes Hilfsmittel sein. Unsere Idee ist es seit jeher, mit IDL-Software das Prozess-Know-how für den kommunalen Gesamtabschluss, aber auch für alle beteiligten Prozesse in die öffentliche Verwaltung zu tragen. Das führt zwar bei der Einführung zu Komfortzonendiskussionen, am Ende jedoch profitieren die Kommunen immer davon. Sie sparen Zeit, Geld, Ressourcen und Nerven.

Was zeichnet heute eine gute Software für das kommunale Finanz-Management aus?

Frühwacht: Heute braucht es dynamische Steuerungssysteme, die in der Lage sind, die öffentliche Verwaltung intelligent durch alle Themenbereiche des Finanzwesens zu führen, Fehler zu eliminieren und dabei den Aufwand auf ein Mindestmaß zu reduzieren. Das beginnt bei einem durchdachten Daten-Management und dem Thema Schnittstellen, geht weiter über die Anforderungen in Bezug auf die Datenqualität, umfasst sämtliche Detailanforderungen und Einzelschritte bei der Erstellung des kommunalen Gesamtabschlusses, bis hin zur Meldung der Berichtsdaten. Schließlich muss gute Software auch Synergien hin zum Beteiligungscontrolling realisieren und die Möglichkeiten für ein umfassendes Berichtswesen bereitstellen, um den Gremien Entscheidungs- und Führungsunterstützung zu geben. Zudem erfüllt gute Software entlang des Prozesses die hohen Compliance-Anforderungen von Behörden.

Interview: Alexander Schaeff

Link-Tipp

Weitere Informationen über das Unternehmen IDL:

- www.idl.eu



Ihre Abkürzung zur XRechnung...

... mit XRechnung Light

- Extra kurze Projektlaufzeit
- XRechnungen in SAP annehmen, visualisieren, prüfen
- Rechtliche Anforderungen fristgerecht erfüllen
- Schlüsselfertig zum Festpreis
- Erweiterbar zur vollumfänglichen Workflowlösung

Die schlüsselfertige Einstiegslösung

Wir beraten Sie gern:

Torge Link | Tobias Neumann
Tel. +49 (0)4102 88 38 25
info@xsuite.com
www.xsuite.de



Spielregeln festlegen

Dina Haack

Die Infrastruktur zur Verarbeitung von XRechnungen steht, doch die Rechnungen im neuen Format tröpfeln nur langsam ins System? Dann sollten sich öffentliche Auftraggeber mit ihren Lieferanten zusammensetzen und essenzielle Fragen klären.

Bereits seit dem 18. April dieses Jahres müssen öffentliche Auftraggeber nach der EU-Richtlinie 2014/55/EU elektronische Rechnungen im XML-Format, zum Beispiel im Format XRechnung, empfangen und verarbeiten können. Dazu sind viele in der Lage und haben sich entsprechend vorbereitet. Häufig wurden Workflow-Lösungen als Ergänzung zum Enterprise-Resource-Planning-System (ERP-System) implementiert, mit denen sich Rechnungen aus unterschiedlichen Kanälen und in verschiedenen Formaten wie PDF, XRechnung oder ZUGFeRD automatisiert annehmen und verarbeiten lassen.

Doch obwohl planvoll vorgegangen und die technische Infrastruktur rechtzeitig eingerichtet wurde, müssen die Verantwortlichen nun oft feststellen, dass die neuen Systeme arbeitslos sind. Lieferanten versenden schlichtweg fast keine Rechnungen im XRechnungsformat – und das, obwohl auch Lieferanten und Dienstleister der öffentlichen Auftraggeber des Bundes sowie des Landes Bremen verpflichtet sind, ihre Rechnungen ab dem 27. November elektronisch, also im XML-Format, einzureichen. Wie kann ein öffentlicher Auftraggeber seine Lieferanten motivieren und

darin unterstützen, sich an die gewünschte Umsetzung zu begeben?

Ein entscheidender Baustein sind gemeinsame Spielregeln für Versand und Annahme des Rechnungsformats. Wenn diese klar kommuniziert sind und mit geringem Aufwand umgesetzt werden können, ziehen beide Seiten Nutzen daraus. Für die Privatwirtschaft dürfte eine Umsetzung ohnehin kein wirkliches Problem darstellen. Denn dort ist der Austausch digitaler Rechnungen grundsätzlich üblich – wenn auch in anderen Formaten. Das gängigste Format für eine E-Rechnung ist derzeit noch die per E-Mail versendete PDF-Datei. Das bestätigte auch eine Kundenumfrage des Unternehmens xSuite Group aus dem vergangenen Jahr: Nur vier Prozent der Befragten gaben an, keinerlei Rechnungen im PDF-Format anzunehmen; bei 68 Prozent der Befragten liegt der Anteil jedoch bei 10 bis 50 Prozent. Das Format ist demnach zwar nicht vorherrschend, aber doch weit verbreitet.

Über die Vorteile der digitalen Rechnungsstellung als solche – gesparte Papier- und Portokosten, schnellerer Versand und damit potenziell schnellere Bezahlung – müssen Lieferanten aus der Privat-

wirtschaft somit wohl nicht mehr aufgeklärt werden. Die Hürde bei der Einführung von XRechnung liegt vielmehr darin, dass es sich dabei um ein rein maschinenlesbares Format handelt. Eine XRechnung lässt sich nicht wie eine Papierrechnung mit gängiger Textverarbeitung erstellen, es wird dafür eine Software benötigt. Aus diesem Grund haben der Bund und mehrere Länder Portale entwickelt, über die insbesondere kleinere Lieferanten auch ohne die erforderliche IT-Infrastruktur XRechnungen erzeugen und einreichen können, indem sie die Daten per Hand eingeben.

Für mittlere und größere Lieferanten, die regelmäßig Rechnungen an einen öffentlichen Auftraggeber stellen, ist die aufwendige manuelle Dateneingabe per Web-Portal allerdings nicht zufriedenstellend. Um den Prozess zu automatisieren, gibt es Lösungen, die zum Beispiel als Add-on in den Anwendungen des Software-Anbieters SAP installiert werden können, um so automatisch XRechnungen zu erzeugen. Öffentliche Auftraggeber sollten deshalb Lieferanten, von denen sie regelmäßig Rechnungen erhalten, schon vor der Einführung eines solchen Systems mit den neuen Gegebenheiten vertraut machen und sie bei der Umstellung unterstützen. Darin

schlummert zugleich das größte Optimierungspotenzial auch für den Rechnungsempfänger.

Die Devise heißt also, aktiv auf die Geschäftspartner zuzugehen und gemeinsame Spielregeln für den Ablauf zu vereinbaren. Beide Seiten gelangen so am schnellsten zu einer hilfreichen Automatisierung ihrer Rechnungsprozesse. Damit die Umsetzung gelingen kann, sollte der Auftraggeber schon im Vorfeld die typischen Kernfragen beantworten. Zunächst geht es dabei um die möglichen Übertragungswege und die Rechnungsdatei.

Wird der Übermittlungsweg per E-Mail gewählt, sollten folgende Fragen geklärt werden: Wie lautet die E-Mail-Adresse, an welche die XRechnungen versendet werden müssen? Ist es dieselbe Adresse wie für PDF-Rechnungen? Wie wird mit Anlagen wie rechnungsbegründenden Unterlagen umgegangen? Sollen diese in die XML-Datei eingebettet sein oder reicht ein zusätzlicher E-Mail-Anhang aus?

Dürfen mehrere Rechnungen an eine E-Mail angehängt werden oder soll jede Rechnung separat versendet werden? Gibt es eine Namenskonvention für die Anlagen? Empfehlenswert ist, den Bestandteil „Rechnung“ immer im Dateinamen der Rechnung vorkommen zu lassen sowie „Anlage“ im Dateinamen der Anlage.

Wenn die Rechnung über ein Portal eingereicht werden soll, stehen andere Fragen im Fokus: Wird bei Nutzung des Portals auch eine Upload-Möglichkeit für bereits erzeugte XRechnungen angeboten? Wird zur Feinadressierung eine Leitweg-ID verwendet und wie lautet diese? Welche Felder sollen belegt werden?

Mit Blick auf die Rechnungsdatei wird der Lieferant wissen wollen, ob die XRechnung das bevorzugte Format ist, oder ob eventuell andere Formate wie ZUGFeRD gewünscht sind. Es ist außerdem zu klären, welche Versionen unterstützt werden. Die neueste ZUGFeRD-Version wurde zuletzt

im Juli 2020 veröffentlicht — für die XRechnung gibt es aktuell alle sechs Monate neue Updates. Der Lieferant sollte zudem wissen, welche besonderen Angaben er in welchem Feld machen muss. Eine XRechnung hat rund 200 solcher Felder. Für viele davon sind die Inhalte definiert, einige sind aber auch als Freitextfelder angelegt. Deren Inhalte sollten beide Seiten miteinander abstimmen. Ein konkretes Beispiel: Soll die Information „Leistungszeitraum“ in das Feld „Bemerkung zur Rechnung“?

Die Liste ließe sich fortsetzen – letztlich hat jede Geschäftsbeziehung ihre eigenen Regeln und es sind individuelle Anforderungen zu erfüllen. Je genauer die Spielregeln definiert sind, desto eher werden die Lieferanten mit der Erstellung und Übermittlung von XRechnungen hinterherkommen. Und die eigens angeschafften Systeme zu deren Annahme und Weiterverarbeitung haben endlich etwas zu tun.

Dina Haack ist Produkt-Marketing-Managerin bei der xSuite Group.

Anzeige



Gestern: Nervensache...

Sitzungsdienst interkommunal

C. Jochum

Elf Verwaltungen arbeiten aktuell mit der Kreisstadt Neunkirchen interkommunal im Bereich Sitzungsdienst zusammen. Möglich macht dies die Rechenzentrumslösung des Unternehmens Somacos.

Die Kreisstadt Neunkirchen im Saarland setzt bereits seit dem Jahr 1996 einen elektronischen Sitzungsdienst ein. Alles begann mit der Textverarbeitung HIT auf einem BS2000-System. Es gab Textbausteine sowie zentrale Vorlagen zur Erstellung von Drucksachen, Einladungen, Bekanntmachungen, Niederschriften und Beschlussbuchauszügen für damals 16 Gremien. Ein zentraler Schreibsaal erfasste die Texte für die Dienststellen. Ergänzend stand eine selbstprogrammierte Anwendung zur Abrechnung von Sitzungsgeldern zur Verfügung. Parallel zu BS2000 begann aber auch der Austausch der Terminals durch Windows-PCs. Damit wurde der Wunsch nach einer windowsbasierten Textverarbeitung laut. Im Jahr 2001 wurde dann eine Marktanalyse mit dem Ziel der Beschaffung eines neuen Sitzungsdiensts für eine Windows-Umgebung mit integrierter Sitzungsgeldabrechnung durchgeführt.

Fündig wurden die Verantwortlichen bei der Firma Somacos und deren Produkt Session. Das System wurde in Neunkirchen ab Frühjahr 2002 zunächst nur für die Stammdatenerfassung und die Sitzungsgeldabrechnung genutzt. Im gleichen Jahr wurden alle zum

Sitzungsdienst gehörenden Dokumente in Session hinterlegt, die Anwendung auf mehr als 50 Arbeitsplätzen installiert und vorhandene Workflows geprüft, optimiert und in Session hinterlegt. Außerdem wurden alle Anwender im Umgang mit der Lösung geschult. Der Echteinsatz erfolgte dann zum 1. Januar 2003.

Über die Jahre gab es immer wieder Überlegungen, auf einen voll elektronischen Sitzungsdienst umzusteigen. Dazu wurden Tests mit virtuellen Betriebssystemen, VPN-Zugängen und der Mandatos Windows-Anwendung durchgeführt. All diese Tests scheiterten aber letztlich an der hohen Wartungsintensität und einer gesetzlichen Hürde, da die Eröffnung eines elektronischen Zugangs für Mandatsträger nicht im Kommunal selbstverwaltungsgesetz des Saarlands vorgesehen war. Das änderte sich im Jahr 2009 mit Paragraph 41 KSVG – Einberufung und Tagesordnung. Durch die neue Rechtsgrundlage in Kombination mit der Veröffentlichung der Mandatos-iPad-App wurde das Thema digitale Gremienarbeit von der Stadt erneut geprüft und zur Umsetzung in die Finanzplanung aufgenommen. Mitten in der Legislaturperiode das System zu wechseln, kam aber nicht infrage. Daher einigte sich

eine Arbeitsgruppe aus Vertretern des Stadtrats und der Verwaltung darauf, die nächsten Schritte erst im Anschluss an die Kommunalwahlen im Mai 2014 zu gehen. Und das Interesse der neuen Räte war groß: 48 der 51 Stadtverordneten entschieden sich für iPads mit Mobilfunkverträgen. Diese werden seit 2014 im Rechenzentrum der Kreisstadt Neunkirchen über ein Apple-eigenes Mobile Device Management (MDM) verwaltet. Seit Januar 2015 wird nur noch über Session eingeladen. Die Einladung enthält Ort, Datum und die Tagesordnung mit einem Link. Über diesen startet dann direkt die Mandatos-iPad-App, in der alle sitzungsrelevanten Unterlagen verfügbar sind.

In der Arbeitsgemeinschaft der Hauptamtsleiter des Landkreises Neunkirchen entstand 2014 die Idee, im Rahmen einer interkommunalen Zusammenarbeit die Neunkircher Infrastruktur sowie die Lösung Session gemeinsam zu nutzen. 2015 wurde eine entsprechende öffentlich-rechtliche Verwaltungsvereinbarung mit fünf Kommunen und der Kreisverwaltung unterzeichnet. Das Saarländische Ministerium für Inneres, Bauen und Sport förderte diese Zusammenarbeit finanziell. Möglich wurde die Mitnutzung dank einer



Neunkirchner Rat arbeitet mit Mandatos-App.

Weiterentwicklung von Somacos aus dem Jahr 2014: der Rechenzentrumslösung. Die Anwendung wird einmalig installiert, je Mandant werden getrennte Dokumenten- und Vorlagenverzeichnisse sowie Datenbanken eingerichtet. Die Anbindung erfolgte über das kommunale Datennetz (eGo Net).

Für Session und die Informationssysteme werden eigenständige, größtenteils virtualisierte Server vorgehalten. Beispielsweise ein Windows-Server für den Somacos-Server mit Microsoft IIS für das Mitarbeiterinformationssystem auf Application-Service-Provider-

Technologie (ASP-Technologie). Des Weiteren gibt es einen Microsoft SQL-Server für die Datenbanken, einen eigenständigen PHP-Webserver für die Gremien- und Bürgerinformationssysteme, einen E-Mail-Server (Kopano) für die Einladungen sowie einen Apple-MDM-Server zur Verwaltung der Endgeräte. Alle Server sind integriert in die weitere Infrastruktur des Rechenzentrums, wie beispielsweise Firewalls, Virens Scanner und Monitoring.

Im Jahr 2019 kamen noch fünf weitere Mandanten aus dem Saarland hinzu. Rund 450 Endgeräte werden seitdem in Neunkirchen verwaltet. Im August 2019 wurde dort die erste Generation von iPads ausgetauscht. Mit diesem Wechsel wurde das Gremieninformationssystem auf das Layout 5 umgestellt, das speziell für die Anwendung auf mobilen Endgeräten optimiert wurde. Außerdem nutzen nicht mehr nur politische Gremien, Ausschüsse und Kommissionen die Lösung, sondern auch interne Gremien wie der Gemeindevwahlausschuss, verschiedene Steuerungsgruppen oder

der Arbeitsschutzausschuss. Derzeit wickeln 40 Gremien den Sitzungsdienst über Session ab.

Bisher werden die Gremien- und Bürgerinformationssysteme auf Basis der Open-Source-Skriptsprache Hypertext Preprocessor (PHP) genutzt. Seit 2018 sind die Informationssysteme auf ASP-Technologie auch mandantenfähig. Bei der Mitarbeiterinfo wird dies bereits genutzt, was den Update-Aufwand nochmals reduzierte. Es existiert ein Lastenheft für die Überarbeitung der Bürgerinfo, um die Arbeit des Rats und seiner Ausschüsse künftig transparenter darzustellen. Ein weiterer positiver Nebeneffekt der Umstellung werden die Optimierungen von Layout 5 sein. Die Nutzung der neuen Bürgerinfo App auf Grundlage der Open-Data-Schnittstelle OParl wird intern geprüft. Des Weiteren zeigen einige stadteteiligte Gesellschaften Interesse an einer Mitnutzung von Session.

Christoph Jochum arbeitet in der Abteilung für elektronische Datenverarbeitung bei der Kreisstadt Neunkirchen.

Anzeige



TeVIS [suite]

Kommunix
Software für Kommunen

Heute: Besucherleitsystem!

Digital gewappnet

Frerk Matthiesen

Das Amt Südtondern setzt mit seinen 30 Gemeinden, sieben Zweckverbänden und rund 170 Gremien auf digitale Ratsarbeit. Die Stadt Niebüll, der Verwaltungssitz des Amtes, war eine der ersten, die Papier aus den Sitzungsmappen verbannte.

Mit dem flächendeckend genutzten Dokumenten-Management-System regisafe, seinem Sitzungsdienst KommunalPLUS Sitzung und dem vollintegrierten Ratsinformationssystem (RIS) ist die E-Akte im Amt Südtondern in Schleswig-Holstein schon Realität. Einfach und schnell werden die elektronische Verfahrensakte und weitere Unterlagen mit dem jeweiligen Tagesordnungspunkt verknüpft und diese sitzungsübergreifend verfolgt. Ohne Medienbruch sorgt das für einen direkten Zugriff auf die Unterlagen einer Sitzung oder die Dokumente aus dem jeweiligen Fachamt. Der Sitzungsdienst übergibt alle Informationen und Dokumente an das vollständig in die Systemlandschaft von regisafe integrierte Ratsinformationssystem.

Und so erfolgt die Gremienarbeit in der 10.000 Einwohner-Kommune Niebüll seit Mai 2020 komplett papierlos – ein Vorbild, dem sukzessive bis zu zehn umliegende Gemeinden folgen.

Die Benutzerfreundlichkeit zählt zu den wichtigsten Kriterien einer Software-Lösung. An dieser Stel-

le kann das RIS von regisafe mit seiner Funktionsvielfalt punkten. Die intelligente Gestaltung macht sich durch Übersichtlichkeit und einfacher Orientierung für die Gremienmitglieder und Mitarbeiter der Verwaltung bemerkbar. Die Arbeiten lassen sich dadurch schneller und effizienter erledigen.



Amt Südtondern sieht Digitalisierung als echte Chance.

gen. Auf positive Resonanz trifft auch das breit gefächerte Angebot an Features, die optimal an die Anforderungen der kommunalen Verwaltung angepasst sind. Katrin Mülbe, Mitarbeiterin im Büro des Amtsdirektors, erklärt: „Das Ratsinformationssystem gibt unseren Anwenderinnen und Anwendern Orientierung und punktet mit einer intuitiven Nutzung. Besonders positiv beurteilen unsere Mandatsträgerinnen und Mandatsträger auch die Vielfalt praxisnaher

Funktionen. regisafe unterstützt sie durch komfortable Zusatzfunktionen wie Zu- und Absagen, der Möglichkeit, Notizen in Dokumenten vorzunehmen oder Unterlagen als Gesamtdokument herunterzuladen. Für den Fall, dass das WLAN nicht verfügbar ist, besteht dennoch Zugriff auf alle benötigten Dokumente. Das macht uns und die Gremienarbeit unabhängig und ermöglicht jederzeit ein produktives Arbeiten.“

Die Digitalisierung sieht das Amt im Kreis Nordfriesland als echte Chance, die vor allem den Mitarbeitern die tägliche Verwaltungsarbeit erleichtert. Das ist möglich, weil das RIS vollständig integriert arbeitet und die Daten dadurch ungehindert fließen können. Auch kann schnell reagiert werden, wenn etwas neu hochgeladen oder nachgereicht werden muss. Das nahtlose Veröffentlichen ohne Schnittstelle trifft den Anspruch des Teams, das die entsprechenden Dokumente nun mit minimalem Aufwand publizieren kann.

Darüber hinaus ist die Behörde von der effizienten Form der Informationsvermittlung überzeugt.

Eine Information an die Mandatsträger erfolgt nicht über die Statusänderung, sondern kann individuell gesteuert werden. Mülbe, die die Digitalisierungsmaßnahmen seit der ersten Stunde begleitet, fasst es so zusammen: „Wir profitieren täglich von einer signifikanten Zeit- und Kostenersparnis durch den Wegfall der bisherigen Papierflut und die Vereinfachung der Abläufe bei der Gremienarbeit. Die Sitzungsvorlagen werden digital erzeugt und Beschlüsse fließen ebenso digital wieder zurück in die Akte.“

Zunächst vielleicht weniger augenfällig, aber dennoch ein wichtiges Qualitätskriterium der Lösung sind die individuellen Steuermöglichkeiten, die das Ratsinformati-

onssystem dem Nutzer bietet. Die Funktionen wurden aus der Praxis für die Praxis entwickelt und sind übersichtlich angeordnet, was eine deutliche Arbeitserleichterung bei der Administration bedeutet. Zudem sind die Administratoren im Amt Südtondern froh, dass das Online-Portal direkt an regisafe angeschlossen ist. Die Funktionen sind integriert und übersichtlich angeordnet. Außerdem können Benutzer schnell aktiviert beziehungsweise deaktiviert werden – ohne aufwendige Zwischenschritte oder Umwege.

Allgemein gesehen ist das Amt mit der praxisnahen Weiterentwicklung und kontinuierlichen Verbesserung sowie mit der Zukunftssicherheit des RIS zufrieden.

den. Letztgenannter Aspekt spielt dabei eine entscheidende Rolle, da auch auf kommunaler Ebene ein beschleunigter Wandel bewältigt werden muss. Nicht nur die Anforderungen des Onlinezugangsgesetzes stellen die Kommunen vor neue Herausforderungen. Auch der tägliche Aufgabenkatalog wächst und verändert sich. Dass die regisafe-Lösung kontinuierlich weiterentwickelt wird, schafft zusätzliches Vertrauen und gibt der Verwaltung die Gewissheit, für künftige Aufgaben digital gewappnet zu sein. Nicht nur deshalb ist das Amt im Hinblick auf die nächsten Installationen bester Dinge.

Frerk Matthiesen ist Leiter des Büros des Amtsdirektors im Amt Südtondern.

Anzeige



- Sitzungsdienst
- Beschlusskontrolle
- Antragsverwaltung
- Sitzungsgeld
- Rats- und Bürgerinfosystem
- Tablet-App für digitale Gremienarbeit

Gremienarbeit auf höchstem Niveau

Mit dem einzigartigen Sitzungsmanagementsystem **more! rubin** und der App fürs Tablet kein Problem. Verbinden Sie klassische Desktop-Software mit den großartigen Möglichkeiten des mobilen, digitalen Zeitalters! Das erleichtert die Arbeit, spart Kosten und schont die wertvollen Ressourcen unserer Umwelt. Sprechen Sie uns jetzt darauf an!



more! software
mehr leistung • mehr service • mehr mensch

more! software GmbH & Co. KG
Aubachstraße 30 | 56410 Montabaur

Telefon: 02602 838870
info@more-rubin.de | www.more-rubin.de



App erleichtert Gremienarbeit

T. Butzke

Der Rhein-Lahn-Kreis hat sich für die Einführung eines Sitzungsmanagement-Systems entschieden. Wichtig war der Kreisverwaltung, dass die Ratsinfo-App auch unter Berücksichtigung datenschutzrechtlicher Vorgaben auf privaten Endgeräten genutzt werden kann.

Die Kreisverwaltung des rheinland-pfälzischen Rhein-Lahn-Kreises wurde nach der Kommunalwahl 2019 vom Ältestenrat beauftragt, für die Gremien ein Ratsinformationssystem (RIS) zu beschaffen. Da die Mandatsträger häufig in Gremien unterschiedlicher Körperschaften tätig sind, sollte darauf geachtet werden, dass die Ratsinfo-App auch unter Berücksichtigung datenschutzrechtlicher Vorgaben auf einem privaten Endgerät genutzt werden kann und kein zusätzliches Gerät erforderlich ist. Als Zielvorgabe wurde Ende 2020 festgelegt.

Innerhalb der Verwaltung wurde eine Arbeitsgruppe bestehend aus Sitzungsdienst, Büroleitung, EDV und Organisation gebildet. Im ersten Schritt wurde der Markt sondiert. Das Sitzungsmanagement-System sollte die Bereiche Sitzungsverwaltung, Gremien-, Rats- und Bürgerinformation abdecken. Nach einer ersten Sichtung und Bewertung der Produktinformationen wurden Hersteller eingeladen, ihre Lösung der Arbeitsgruppe vor Ort zu präsentieren. Zudem wurden sie gebeten, ein unverbindliches Angebot zu unterbreiten, um einen Orientierungspunkt für das spätere Vergabeverfahren zu haben. Im Nachgang der Präsentation besuch-

te die Arbeitsgruppe jeweils einen Referenzkunden in der Umgebung, um sich die Verfahren im Echtbetrieb anzuschauen.

Aus den Erkenntnissen der Produktsichtung wurde ein Leistungsverzeichnis/Pflichtenheft entwickelt. Da man sich aufgrund des zu erwartenden Auftragsvolumens nach rheinland-pfälzischem Recht im Bereich einer freihändigen Vergabe befand, wurden die Anbieter aufgefordert, auf Basis des Pflichtenhefts ein Angebot abzugeben. Neben einer reinen Preisabfrage waren für die Zuschlagserteilung auch Faktoren wie die intuitive Bedienbarkeit, Software-Lösung aus einer Hand, Verfügbarkeit von Apps für alle gängigen Tablet-Betriebssysteme und weitere Kriterien maßgeblich, die in einem Fragenkatalog aufgelistet worden waren. Ende November 2019 lagen die Angebote vor. Im Januar 2020 erhielt die Firma more! software den Zuschlag für das Produkt more! rubin. Gleichzeitig erfolgte die Beteiligung des Personalrats. Nachdem die Lösung Mitte Februar dem Kreisausschuss in einer öffentlichen Sitzung vorgestellt worden war, startete die Installation des Systems. More! ru-



Der Rhein-Lahn-Kreis arbeitet mit der DiPolis-App.

bin wird innerhalb der Verwaltung auf einem Linux-Server betrieben. Eine Client-Installation für die Benutzer ist nicht notwendig. Neben der Desktop-Anwendung für den Sitzungsdienst bietet more! auch ein Verwaltungsinformationssystem. Über diese Webbrowser-Anwendung haben alle Mitarbeiter die Möglichkeit der Recherche und können auf alle relevanten Sitzungsinformationen zugreifen.

Für Bürger und Politiker werden die Inhalte im browserbasierten Bürgerinformationssystem beziehungsweise RIS bereitgestellt. Die Veröffentlichung der Informationen erfolgt ganz einfach über die integrierte Sitzungsdienst Upload-Funktion auf den Webserver von more!. Da sehr filigran einstellbar ist, welche persönlichen Informationen im Verwaltungs-

Bürger- beziehungsweise Ratsinformationssystem erscheinen sollen, wurde ein Fragebogen für die Gremienmitglieder entwickelt, um sich die datenschutzrechtliche Zustimmung für die Veröffentlichung von Daten einzuholen.

An drei Schulungsterminen im Mai dieses Jahres wurde der Arbeitsgruppe die Handhabung der Stammdatenverwaltung, Vorlagengenerierung, Sitzungsplanung und Niederschrifterstellung vermittelt. Viele Stammdaten konnten von einer bis dato genutzten Gremien-datenbank übernommen werden. Darüber hinaus wurden die bisherigen Sitzungsvorlagen des Rhein-Lahn-Kreises von more! software für die Verwendung im neuen System angepasst.

Die weiteren internen Schulungen erfolgten durch Mitglieder der Arbeitsgruppe, die in mehreren Workshops die Erstellung von Sitzungsvorlagen erläuterten. Eine von der Sachbearbeitung erstellte Vorlage wird nach Freigabe durch die jeweilige Abteilungsleitung dem Sitzungsdienst zugeleitet. Nach Freigabe durch den Landrat wird die Vorlage vom Sitzungsdienst in die entsprechende Tagesordnung eingefügt. Parallel zu den Mitarbeiterschulungen erhielten die Gremienmitglieder Anleitungen für die Installation der App. Im Juli folgte eine Schulung zur Sitzungsgeldauszahlung für den Sitzungsdienst.

Die Einladung zur Kreisausschusssitzung Anfang September wurde dann schon weitgehend digital ver-

schickt. Nur ein Teil wurde noch im herkömmlichen Postversand abgewickelt. Bereits die danach folgende Kreistagssitzung Ende September konnte vollständig digital durchgeführt werden. Dazu wurde der Ratssaal im Vorfeld mit WLAN ausgestattet. Da die Sitzungsunterlagen allerdings in der Regel schon vorher von den Mandatsträgern in der Ratsinfo-App DiPolis gesichtet werden und somit auch für den Offline-Zugriff gespeichert sind, greifen die Endgeräte auf die bereits heruntergeladenen Dokumente zurück, sodass der WLAN-Traffic im überschaubaren Rahmen bleibt. Die bisherige Resonanz der Kreistagsmitglieder ist positiv.

Thorsten Butzke ist Büroleiter des Landrats in der Kreisverwaltung des Rhein-Lahn-Kreises.

Anzeige



Plattform. Fachverfahren. Kommunalsoftware.

www.vois.org



Der Kopierer hat Pause

Marie Czerwinski

Das Amt Penzliner Land startet mit der Lösung SD.NET in eine papierlose Zukunft. Der Sitzungsdienst bringt neben Einparungen auch Flexibilität.

Ein hoher Papierverbrauch belastet die Finanzen und die Umwelt. Mit der Umstellung auf ein digitales Sitzungsmanagement befreit sich deshalb das Amt Penzliner Land in Mecklenburg-Vorpommern vom Papier und spart dabei sogar Zeit. „Teilweise verbrachten die verantwortlichen Sachbearbeiterinnen mehrere Stunden vor dem Kopierer und mit dem Ordnen der Dokumente“, berichtet Sven Flechner, Bürgermeister der Stadt Penzlin. „Außerdem sind Vorlagen oft erst nach dem Versand der gesamten Unterlagen fertiggestellt worden, sodass diese als Tischvorlagen in die Sitzung eingebracht werden mussten.“

Die Entscheidung, ein digitales Sitzungsmanagement einzuführen, war schnell getroffen. Denn die Verwaltung stand vor weiteren Herausforderungen, für die das bisherige Sitzungsmanagement keine modernen Lösungen hatte. Neben der Stadt Penzlin gehören drei weitere Gemeinden zum Amt Penzliner Land. Jede Gemeinde hat eigene Ausschüsse und damit auch unterschiedliche Anforderungen an die Protokolle, Einladungen und Arbeitsabläufe. „Unser Ziel war es, all diese Abläufe zu vereinheitlichen. Dafür musste die neue Anwendung online und offline funktionieren. Ein intuitives Handling aller Prozesse

war ebenfalls eine wichtige Voraussetzung“, sagt Flechner. Außerdem sollte der Sitzungsdienst über Endgeräte unterschiedlicher Hersteller laufen und auch mobil nutzbar sein.

Über Berichte in Fachmedien wurde die Stadt auf die Lösung SD.NET aus dem Hause Sternberg aufmerksam. Im Rahmen einer Präsentation zeigte sich schnell, dass diese die Erwartungen erfüllt. Nach erfolgter Zuschlagserteilung nach Ausschreibung fand ein Vor-Ort-Termin statt und es begann die Schulung der Anwender sowie der Aufbau einer Ratsinformationsseite, die seit April dieses Jahres auch für die Öffentlichkeit zugänglich ist. Innerhalb weniger Tage wurden die Stärken des Systems deutlich. Die Software ist modular aufgebaut und ermöglicht unter anderem die digitale Sitzungsvor- und -nachbereitung, die Abrechnung von Sitzungsgeldern und die Veröffentlichung von Beschlüssen. Als Basis digitaler Gremienarbeit, erlaubt sie außerdem die sichere und unkomplizierte Verteilung von Daten an die jeweiligen Empfänger sowie eine digitale Recherche, Bearbeitung und Veröffentlichung von Dokumenten. Während des Implementierungsprozesses entstanden neue Herausforderungen, die durch die Beratung gelöst werden konnten. Auch die Vereinheitlichung der Abläufe nahm viel Zeit in Anspruch.



Penzlin setzt auf digitales Sitzungsmanagement.

Viel aufwendiger war aber die Prüfung der einzelnen Anwender mit ihren individuellen Angaben in puncto Datenschutz.

Flechner: „Bereits kurz nach der Einführung des Systems können wir eine deutliche Zeitersparnis feststellen. Alle Datenpakete werden nun per Knopfdruck versandt und es ist deutlicher leichter nachzuvollziehen, an welcher Stelle der Vorlagendurchlauf hakt.“ Auch die Bürgermeister der Gemeinden im Amt Penzliner Land profitieren. „Sie können nun Freigaben ganz bequem von zu Hause aus tätigen oder diese während eines Außentermins erledigen – ohne dass Kollegen anwesend sein müssten. Das System hat uns damit auch eine Menge Flexibilität geschenkt.“

Marie Czerwinski ist Stabsmitarbeiterin für Digitalisierung beim Amt Penzliner Land.

Komm.ONE

Digitale Reife

Eine Reifegradmessung zum Stand der Digitalisierung in den baden-württembergischen Kommunen startet jetzt der IT-Dienstleister Komm.ONE. Ermittelt werden soll in diesem Zuge nicht nur der Stand der Digitalisierung von Dienstleistungen, welche die Bürger bereits online nutzen können. Es soll auch aufgezeigt werden, wie die künftige Entwicklung aussehen könnte und welche Voraussetzungen dafür zu schaffen sind. Die Ergebnisse sollen in den kommenden Jahren laufend ergänzt und aktualisiert werden.

www.komm.one

ekom21

Roll-out der E-Akte

Der hessische IT-Dienstleister ekom21 plant die Einführung der elektronischen Akte des Ulmer Software-Anbieters Axians Informa für rund 250 Kunden in den kommenden zweieinhalb Jahren. Ausschlaggebende Entscheidungskriterien für diese Lösung waren nach Angaben von ekom21 die Integrationsfähigkeit sowie die einfache Installation und komfortable Handhabung für die Anwender. Für den Einsatz vorgesehen seien zunächst die im Paket angebotenen E-Akten für den Finanz- und Steuerbereich sowie die Anlagenbuchhaltung. Weitere Akten, etwa die Adressverwaltung, Vollstreckung, das Liegenschafts- und Gebäude-Management sowie die Zentrale Vertragsverwaltung sollen bei Bedarf umgesetzt werden. 20 Kunden von ekom21 seien bereits im Produktivbetrieb, bei bisher 180 Kunden sei der elektronische Rechnungsworkflow erfolgreich ausgerollt worden.

www.axians.dewww.ekom21.de

PROSOZ Herten

Neue Geschäftsführung

Im Oktober 2020 ist die Geschäftsführung bei PROSOZ Herten in neue Hände übergegangen. Leslie Czienienga und Arne Baltissen übernehmen die Posten. Leslie Czienienga arbeitet seit dem Jahr 2002 im Unternehmen. Die Sozialwissenschaftlerin hat ab 2016 erste Kundenprojekte zur Digitalisierung auf den Weg gebracht und leitete seit 2018 das Geschäftsfeld Bauen und Umwelt. Ihr Kollege Arne Baltissen wechselt vom Software- und Beratungshaus MACH nach Herten. Der studierte Betriebswirt war zwölf Jahre lang in dem Unternehmen tätig, zuletzt als Mitglied des Vorstands.

www.prosoz.de

Dataport

Phoenix ist gestartet

IT-Dienstleister Dataport hat im Rahmen des Projekts Phoenix einen webbasierten Open-Source-Arbeitsplatz für den öffentlichen Sektor entwickelt. Wie Dataport mitteilt, bietet der neue Arbeitsplatz gängige Funktionen für die tägliche Arbeit am Computer und gewährt der öffentlichen Verwaltung zugleich die volle Kontrolle über die verarbeiteten Daten. Die Lösung eigne sich für öffentliche Verwaltungen ebenso wie für Schulen, Universitäten, Kultureinrichtungen und andere öffentlichen Bereiche. Die dazugehörige Software werde von Dataport und seinen Partnern in sicheren Rechenzentren betrieben.

www.dataport.de

Anzeige


GovConnect
 die IT-Spezialisten für Verwaltungen

pmPayment



E-Payment
schnell und einfach integrieren -
mit dem Komplett-
paket pmPayment.

GovConnect GmbH
info@govconnect.de • www.govconnect.de

Melderegister 4.0

Stephan Hauber

Mit dem Onlinezugangsgesetz geht auch eine Weiterentwicklung der Melderegister einher. Moderne Software-Lösungen sollen die Behörden bei neuen Aufgaben, etwa im Bereich der Identitätssicherung, unterstützen.

Alles begann mit der Karteikarte. Ihr folgten einfache computer-gestützte Melderegister. In einer dritten Generation wurden die Melderegister untereinander vernetzt. Onlinezugangsgesetz (OZG) und Registermodernisierung (Once-Only-Prinzip) führen nahezu zwangsläufig zu einer weiteren Entwicklungsstufe, welche durch die direkte Einbeziehung der Bürger und die digitale Vernetzung mit einer Vielzahl anderer Register gekennzeichnet ist. Eine Betrachtung zukünftiger Melderegister 4.0 muss daher mindestens drei Punkte in den Fokus nehmen:

- Die Digitalisierung der Verwaltung ist mehr als Online-Anträge und -Vorgänge,
- das Meldewesen spielt eine zentrale Rolle bei der Sicherung der Identität des Bürgers,
- Registermodernisierung und Once-Only-Prinzip definieren ein neues Verhältnis zu den anderen kommunalen und staatlichen Registern.

So müssen die im OZG-Kontext aufgeführten Online-Leistungen als Teil eines digitalen Gesamtprozesses verstanden werden. Dieser reicht vom digitalen Antrag des Bürgers bis hin zur weitgehend automatisierten Verarbeitung des Bürgeran-

liegens durch die Verwaltung. Die Fachverfahren müssen ertüchtigt werden, auch die Prozesse innerhalb der Verwaltung automatisiert ablaufen zu lassen. Die Angst, dass durch Automatismen Arbeitsplätze abgebaut werden, ist dabei nicht gerechtfertigt. Im Gegenteil: Es wird immer direkten Bürgerkontakt geben, sei es zur Identifizierung, sei es, weil der Bürger es will, oder weil Probleme auftreten. Darüber hinaus werden neue Arbeitsfelder entstehen. Allein die geplante Registermodernisierung wird aufgrund der notwendigen Identitätsprüfungen zu einer immensen Mehrbelastung in den Meldeämtern führen.

Generell muss das Thema der Identität neu bewertet werden. Es ist gesetzlich definierte Aufgabe der Meldebehörde, die Identität und den Aufenthalt der Bürger festzustellen und nachzuweisen. Diese Aufgabenstellung ist nicht auf die physische Welt beschränkt. Es bedarf daher dringend einer Klärung, welche Rolle die Melderegister bei der Identitätssicherung in der digitalen Welt einnehmen werden. Erforderlich wird dies auch durch die politisch gewollte Anwendung des Once-Only-Prinzips. Grundgedanke ist dabei, dass durch einen Verwaltungskontakt des Bürgers eine Prozesskette über verschie-

dene Verwaltungsbereiche hinweg ausgelöst wird, die das Anliegen vollumfänglich klärt. Hierfür ist ein Zusammenspiel verschiedener Zuständigkeiten und Register erforderlich. Unabhängig von der geplanten Übernahme der Steueridentifikationsnummer in viele Register wird die Meldebehörde eine zentrale Rolle einnehmen und entsprechende Funktionalitäten anbieten müssen.

Natürlich bedarf es bei solch extremen Veränderungen im Aufgabenspektrum der Meldebehörden auch einer modernen und auf die Zukunft ausgerichteten Software. Mit VOIS|MESO hat Hersteller HSH in den vergangenen Jahren eine solche entwickelt. Als Bestandteil einer behördlichen Gesamtlösung (VOIS) sind damit alle Grundlagen für eine umfassende Umsetzung des Once-Only-Prinzips in der Kommunalverwaltung unter strikter Beachtung aller datenschutzrechtlichen Notwendigkeiten bereits heute gegeben.

Mit Beginn des Jahres 2021 wird HSH einen weiteren Schritt gehen und VOIS|MESO als erstes Fachverfahren mit einem OZG-Adapter ausstatten. Dieser wird es einer Vielzahl von Herstellern von Online-Lösungen erlauben,

Daten bei VOIS|MESO zur automatisierten Weiterverarbeitung abzuliefern. Der OZG-Adapter wird offizielle Standards nutzen, wo es sie gibt und andernfalls temporär veröffentlichte Standards vorgeben. Darüber hinaus wird der Adapter abwärtskompatibel sein, getätigte Aufwände für den temporären Standard werden im Falle einer offiziellen Standardisierung also nicht aufgehoben. Der OZG-Adapter wird dann lediglich auch den offiziellen Standard bedienen. Bestandteil der Lösung wird zudem ein klares Regelwerk sein, unter welchen Bedingungen eine automatisierte Verarbeitung nicht möglich ist und wie in einem solchen Fall verfahren wird. Es werden klare Zuständigkeiten im Falle der Nichtverarbeitbarkeit von eingegangenen Nachrichten definiert. Neben dem OZG-Adapter wird VOIS|MESO über eine eigene Online-Komponente verfügen. Diese wird derzeit im Rahmen des VOIS-Projekts als ONLINE|Meldewesen entwickelt und durch moderne Technologien, Usability und Barrierefreiheit gekennzeichnet sein.

Unabhängig davon, ob das Anliegen eines Bürgers mittels OZG-Adapter oder via Online-Vorgang in VOIS|MESO eingeht, entwickelt Hersteller HSH Lösungen, was nach der automatisierten Verarbeitung passieren soll. So sollen die Bürger mittels modernster Technologien direkt mit Informationen und notwendigen Unterlagen beliefert werden, jedoch ist auch die vollautomatisierte Übergabe an Druckstraßen, wo dieses rechtlich noch erforderlich ist, für die Entlastung der Verwaltung enorm wichtig.

Aufgrund häufiger, oft unkoordinierter rechtlicher Änderungen sowie der ungezügelter Versionsänderungen im XÖV-Segment wurden zudem neue Wege beschritten, um die Vielzahl von notwendigen Updates soweit möglich automatisiert zu realisieren. Dazu wurde eigens eine Update-Plattform für die rund 3.000 Meldebehörden in Deutschland entwickelt, die VOIS|MESO nutzen werden. Diese Option führt insbesondere im administrativen Bereich zu einer signifikanten Vereinfachung.

Durch die Häufigkeit der Updates und der damit verbundenen dynamischen Entwicklungszyklen ist es in den vergangenen Jahren mehr und mehr zu einer zentralen Aufgabe geworden, die notwendige Stabilität der Software sicherzustellen. In diesem Zusammenhang hat HSH die technischen Möglichkeiten geschaffen, um interessierte Dienstleister und Kunden in ein automatisiertes Testsystem zu integrieren, in dem Themen gezielt arbeitsteilig behandelt werden können.

Das Melderegister 4.0 stellt für alle Beteiligten, ob Verwaltung, Politik oder Hersteller, in den kommenden Jahren eine echte Herausforderung dar. Die Einbeziehung der Bürger ist dabei eine Kernaufgabe, die nicht allein durch technische Lösungen, sondern durch eine Gesamtheit an rechtlichen, organisatorischen und technischen Maßnahmen erreicht werden kann.

Stephan Hauber ist Geschäftsführer der HSH Soft- und Hardware Vertriebs GmbH, Ahrensfelde.

Anzeige

Mitmachen. Aber wie?

Das Kommunalforum.
Zeitschrift für
progressive Lokalpolitik



Moderne Gestaltung und fachliche Qualität, großformatige Bilder und abwechslungsreiche Texte: Berichte, Reportagen, Interviews, Kurzmeldungen und Hintergrundartikel rund ums Thema Beteiligung.

Ausgabe 1: Beteiligung,
58 Seiten, 5,80 €
ISBN 978-3-945564-14-1

Patrick Pritscha/Achim Grunke
**Bürgerbeteiligung und
Bürgerhaushalt. Ein Leitfaden**



Was genau ist unter Bürgerbeteiligung zu verstehen, welche Grundformen und Verfahren gibt es? Welche Möglichkeiten bieten webbasierte Beteiligungsformen?

Besonderes Augenmerk gilt den Bürgerhaushalten. Modelle und konkrete Beispiele werden ebenso vorgestellt wie deren Vor- und Nachteile.

Edition KFS, Band 12, 149 Seiten, 6,90 €
ISBN 978-3-945564-11-0

Edition KFS

Frank Kutzner
**Beteiligung in der kommunalen
Politik. Eine Startanleitung**



Das Buch soll kommunale Mandatsträger:innen ermutigen, die Menschen ihrer Gemeinde mehr in die Prozesse der politischen Entscheidungsfindung einzubinden. Die Vorteile von Beteiligungsprozessen werden kurz dargelegt sowie in einer schrittweisen Anleitung die wichtigsten Etappen zum Start und zur Durchführung erläutert.

Edition KFS, Band 5, 87 Seiten, 6,90 €
ISBN 978-3-945564-04-2

Karlsruher Universalprozess

B. Heck / J. Packlin

Gemeinsam mit dem Unternehmen Form-Solutions entwickelt das Ordnungs- und Bürgeramt der baden-württembergischen Stadt Karlsruhe den ersten Universalprozess für die Wohnsitzanmeldung und Beantragung einer Meldebescheinigung.

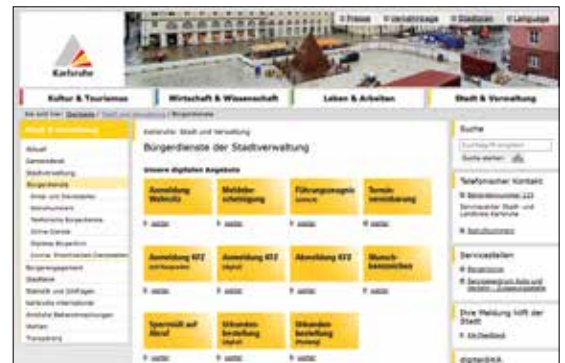
Ende März dieses Jahres musste auch die Stadt Karlsruhe aufgrund der Corona-Pandemie und der damit verbundenen Hygienemaßnahmen alle Dienstleistungsangebote des Bürgerservices auf ein Minimum reduzieren und in den Notbetrieb wechseln. In den Bürgerbüros konnten nur noch die Produkte angeboten werden, die zwingend ein persönliches Erscheinen voraussetzten. Im Zuge des Übergangs in den kontrollierten Normalbetrieb war es für die baden-württembergische Stadt von höchster Priorität, intelligente Antragsassistenten zur Verfügung zu stellen, um die große Anzahl an Bürgeranliegen bedienen zu können und dabei eine effiziente Auftragsabwicklung zu erzielen. Sowohl Plausibilitätsprüfungen als auch Dokumenten-Downloads waren dabei die Herausforderungen.

Insbesondere die Wohnsitzanmeldung sowie die Beantragung einer Meldebescheinigung zählen innerhalb der Karlsruher Stadtverwaltung zu den am häufigsten nachgefragten Dienstleistungen. Vor diesem Hintergrund lag es nahe, dass die Stadt den Bürgern einen weiteren Zugangskanal für die Beantragung eröffnet und damit das Antragsverfahren deutlich vereinfacht. Die Idee des Universal-

prozesses war geboren: Ein Antragsformular, mit dem die Wohnsitzanmeldung und die Beantragung einer Meldebescheinigung durchgeführt werden kann.

Neben den projektverantwortlichen Ansprechpartnern des Antragsmanagement-Anbieters Form-Solutions waren seitens der Stadt Mitarbeiter des IT-Amtes sowie der Abteilung Bürgerangelegenheiten maßgeblich an der Entwicklung des Prozesses beteiligt. Zunächst galt es, die rechtlichen Erfordernisse abzubilden, um so die benötigten Angaben innerhalb des Antragsverfahrens auf ein Mindestmaß zu reduzieren. Darüber hinaus mussten Überlegungen angestellt werden, wie der Prozess bürgerfreundlich und leicht verständlich abgebildet werden kann.

Umgesetzt wurde der Universalprozess mit dem Antragsmanagement 4.0 von Form-Solutions. Dabei handelt es sich um einen kundenspezifischen intelligenten Antragsassistenten, welcher die beiden Verlagsassistenten „Anmeldung einer Wohnung“, also den Meldeschein für Einwohnermeldeamt nach Paragraph 23 Absatz 1 Bundesmeldegesetz, sowie den



Die Stadt Karlsruhe baut Online-Bürgerservice aus.

Antrag auf Meldebescheinigung nach Paragraph 18 Absatz 1 einfaches oder Absatz 2 erweitertes Bundesmeldegesetz beinhaltet. Durch die Integration der beiden Antragsassistenten aus dem Form-Solutions-Verlagsortiment kann die Stadt auf den Service der rechtssicheren Pflege zurückgreifen und muss sich nicht selbst um die Aktualisierung bei Rechtsänderungen kümmern.

Im Rahmen des Antragsprozesses werden die Karlsruher Bürger durch das Verfahren gelotst. Während zunächst personenbezogene Daten abgefragt werden, erfolgt im Anschluss die Auswahl des jeweiligen Prozesses. Für die Wohnsitzanmeldung ist derzeit eine Unterschrift erforderlich. Um die Dienstleistung dennoch online anbieten zu können, stellt die Stadt nach dem vollständigen

Ausfüllen des Antragsformulars die Option „Drucken“ bereit, sodass Bürger das ausgefüllte Formular ausdrucken, unterschreiben und einscannen können. Im Anschluss ist es möglich, den Universalprozess erneut zu starten und das unterschriebene Formular inklusive eines Fotos des Personalausweises zur Authentifizierung hochzuladen. Da für die Beantragung einer Meldebescheinigung keine Unterschrift erforderlich ist, können die Antragsteller nach dem Ausfüllen sämtlicher erforderlicher Felder den Antrag direkt elektronisch einreichen.

Vom Erstgespräch zwischen den Projektverantwortlichen der Stadt Karlsruhe und der Firma Form-Solutions bis zur finalen Imple-

mentierung des Universalprozesses vergingen circa drei Monate.

Der Online-Dienst ist seit Anfang August auf der städtischen Website verfügbar. Seitdem hat die baden-württembergische Kommune gute Erfahrungen gemacht: Nach knapp drei Wochen haben bereits mehr als 530 Bürger den Universalprozess genutzt. Die neue Form der Antragsstellung kommt nicht nur bei den Karlsruher Bürgern gut an, sondern sorgt auch für Zeitersparnisse innerhalb der Stadtverwaltung bei der Bearbeitung eingegangener Anträge.

Das Projekt ist in mehrere Umsetzungsphasen unterteilt. Während sich Karlsruhe im ersten Schritt für die beiden Meldewesen-

Produkte des Bürgerbüros entschieden hat, sollen im nächsten Schritt weitere Dienstleistungen aus diesem Bereich in den Universalprozess integriert werden. Die Stadtverwaltung strebt an, sukzessive die am meisten nachgefragten Verwaltungsdienstleistungen abzubilden, um das digitale Serviceangebot des Ordnungs- und Bürgeramts weiter auszubauen. Denn gerade vor dem Hintergrund der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) strebt die Kommune an, zeitnah möglichst viele Dienstleistungen online anzubieten.

Britta Heck ist Abteilungsleiterin Bürgerangelegenheiten bei der Stadt Karlsruhe, Juliane Packlin arbeitet im Marketing der Form-Solutions GmbH.

Anzeige



Das perfekte Duo für die Gremienarbeit Sitzungsdienst und Ratsinformation von regisafe

Das Beste für die Gremienarbeit in einer Aktion: Entscheiden Sie sich jetzt für das unschlagbare Duo aus Sitzungsdienst und Ratsinformation von regisafe und sparen Sie bei beiden Produkten 30 % der Lizenzgebühren. Dieses exklusive Angebot ist gültig bis einschließlich 31.12.2020.

Digitale Ausländerbehörde

Klaus Wanner

Die Stadt Nürnberg digitalisiert sämtliche Dienstleistungen der Ausländerbehörde. Grundlage dafür ist die von IT-Dienstleister Komm.ONE zur Verfügung gestellte Service-Plattform „Mein Nürnberg“ auf der Basis von cit intelliForm.

Etwa 130.000 Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit leben derzeit in der fränkischen Metropole Nürnberg. Darunter sind Fachkräfte und Wissenschaftler, EU-Staatsangehörige, Studierende und Geflüchtete. Sie alle haben eine Gemeinsamkeit: Sie haben regelmäßig Kontakt zur Abteilung Ausländerangelegenheiten des Einwohneramts. Zusammen mit dem Anteil der ausländischen Bevölkerung nahmen auch der Publikumsverkehr sowie der Schriftverkehr per E-Mail, Fax und Post zu. Rund um die eigentliche Sachbearbeitung entstand durch Rückfragen, das Einholen weiterer Unterlagen und dergleichen ein zusätzlicher Aufwand, der zu langen Warte- und Reaktionszeiten bei der Ausländerbehörde führte. Dass aus rechtlichen Gründen eine digitale Antwort auf E-Mail-Anfragen nicht möglich ist und der Postweg lange dauert, kommt erschwerend hinzu.

Mit dem Projekt „Neue Kundenkommunikation bei der Ausländerbehörde“ wollten die Nürnberger deshalb einen gesicherten Rückkanal schaffen. Ziel war es, mit den Bürgern in konkreten Einzelfällen digital kommunizieren zu können. Im Zuge dessen sollten alle involvierten Prozesse verbessert werden, um eine workflow-gesteuerte Bear-

beitung des Antragsverfahrens bis hin zur Verwaltungsentscheidung zu ermöglichen. Die Nutzerorientierung galt dabei als oberstes Prinzip.

Zum Projektstart im Februar 2019 wurden zunächst die Kern-



Nürnberg kommuniziert digital.

prozesse im Leistungsportfolio der Ausländerbehörde identifiziert. Dazu gehören beispielsweise die Erteilung und Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis und des Elektronischen Aufenthaltstitels mit rund 17.500 Fällen jährlich oder die Prüfung und Beglaubigung von Verpflichtungserklärungen mit 3.600 Fällen pro Jahr. Insgesamt zehn Schwerpunkte wurden

herausgefiltert, die im Rahmen des Projekts digitalisiert werden sollten.

Für eine Bündelung der verschiedenen Kommunikationswege auf einer sicheren digitalen Plattform, die alle Anforderungen hinsichtlich Authentizität, Datensicherheit und Datenschutz erfüllt, konnten die Projektbeteiligten auf die Service-Plattform „Mein Nürnberg“ zurückgreifen, die bereits seit 2015 im Einsatz ist. Als Single-Point-of-Contact soll die Plattform, die über den IT-Dienstleister Komm.ONE bereitgestellt wird und technologisch auf der Lösung cit intelliForm des Unternehmens cit basiert, als einheitlicher Anlaufpunkt für alle Anliegen dienen. Voraussetzung für die Nutzung ist ein Konto in „Mein Nürnberg“. Dort sind dann wiederkehrende Daten wie die Anschrift und Kontaktdaten hinterlegt. Diese persönlichen Daten werden in assistentengestützte Online-Formulare übernommen, müssen also nicht bei jedem Antrag neu eingegeben werden. Weitere Vorteile sind die Nutzung von Online-Bezahlungsmöglichkeiten, das Pausieren und Weiterbearbeiten von Anträgen, die Plausibilitätsprüfung der eingegebenen Daten, eine automatisierte Eingangsbestätigung sowie die

Übermittlung von Bescheiden und sonstigen Verwaltungsprodukten. Die Nutzer können den Verfahrensstand einsehen und die Verwaltung hat durch das angebundene Fachverfahren die Möglichkeit, über die Plattform Rückfragen zu stellen. Da das Portal auch über mobile Endgeräte bedient werden kann, können die Bürger schnell von unterwegs aus auf eingehende Nachrichten reagieren.

Eine zwingende Anforderung an das neue digitale Angebot der Ausländerbehörde war es, alle beteiligten IT-Systeme zu koppeln und durchgängig eine automatisierte Datenübertragung vom Online-Assistenten hin zum ausländerrechtlichen Fachverfahren ADVIS des Unternehmens Kommunix umzusetzen. Neben einer Zuordnung des jeweiligen Antrags zum Datensatz der Antragsteller gehört dazu auch die automatisierte Ablage des Schriftwechsels im städtischen Dokumenten-Management-System (DMS). Für den elektronischen Datenaustausch wurden die XÖV-Standards XFall und XTA genutzt.

Seit Mai 2020 stehen alle Dienstleistungen der Behörde in einem bürgerorientierten Internet-Auftritt zur Verfügung und können über „Mein Nürnberg“ abgewickelt werden. Als wesentlichen Faktor für das Gelingen des Projekts empfindet Olaf Kuch, Leiter des Direktoriums Bürgerservice, Digitales und Recht, die gute und konstruktive Zusammenarbeit der verschiedenen Fachämter der Stadtverwaltung mit Kommunix, cit und Komm.ONE: „Dieser Aspekt kann nicht hoch genug bewertet werden, da sich alle Beteiligten auf eine neue Form der agilen Anwendungsentwicklung eingelassen und den Prozess offen und engagiert mitgestaltet haben.“

Nach Angaben der Stadt Nürnberg ist ihre Ausländerbehörde bundesweit als erste in der Lage, den gesamten Prozess medienbruchfrei abzuwickeln. Damit werden auch die Anforderungen des Onlinezugangsgesetzes erfüllt. „Dieses Projekt soll alle Beteiligten schneller und näher zusammenbringen; entscheidend dafür ist

neben den technischen Voraussetzungen natürlich auch, dass sich alle Bürgerinnen und Bürger darauf einlassen werden“, erklärt Marcus König, Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg.

Die ersten Wochen der Nutzung zeigen, dass das Angebot gut angenommen wird: Mehr als 8.000 Konten wurden in dieser Zeit angelegt und die Online-Dienste der Ausländerbehörde intensiv genutzt. Auch juristische Personen wie Anwaltskanzleien oder Verbände stellen darüber im Namen ihrer Kunden Anträge online. Das Projekt dient in Nürnberg als Blaupause und soll zur Standardisierung dialoggetriebener Prozesse zwischen Bürgern und Verwaltung beitragen. Die gewonnenen Erkenntnisse werden dafür analysiert und dokumentiert. So soll künftig ein organisationsübergreifendes Wissensmanagement aufgebaut werden.

Klaus Wanner ist geschäftsführender Gesellschafter der cit GmbH, Dettingen/Teck.

Anzeige

MACH[®]
Verwaltung macht Zukunft

Wir modernisieren
unsere Prozesse.
**Um wieder Zeit für das
Wesentliche zu haben**



**Jetzt zum Download
auf www.mach.de**

Rechtliche Rahmenbedingungen der digitalen Personalakte

**Gute Personalarbeit in der Krise?
Setzen Sie auf MACH Personal:
www.mach.de**

Stets alle Infos im Blick: MACH Personal ist die integrierte Komplettlösung für ein krisensicheres Personalwesen, zugeschnitten auf die spezifischen Anforderungen der Kommunen. Sie macht die digitale Personalakte zum Herzstück Ihres Personalmanagements. Das erleichtert Ihre Personalarbeit, und Sie profitieren von schlanken Prozessen. **Steigen Sie um!**

MACH PERSONAL
Modular. Ganzheitlich. Zeitgemäß.

Software entschärft

Stefan Trometer

Eine neue 3D-Simulationssoftware sorgt für mehr Sicherheit bei der Entschärfung von Fliegerbomben in städtischen Gebieten. Sie liefert standortspezifische Gefährdungsanalysen, sodass Sicherheitskräfte Risiken detailliert und schnell abschätzen können.

Zwischen 5 und 15 Prozent der Fliegerbomben, die im zweiten Weltkrieg auf Deutschland abgeworfen wurden, sind beim Aufprall nicht detoniert. Viele davon liegen noch unentdeckt unter der Erdoberfläche. Wird eine Fliegerbombe gefunden, wird sie im Idealfall von den Profis der Kampfmittelräumung entschärft, geborgen und entsorgt. Ist eine Entschärfung oder Bergung nicht möglich, muss die Bombe kontrolliert gesprengt werden. Das bedeutet eine erhebliche Gefahr für Mensch und Infrastruktur in der Umgebung. Kampfmittelräumung und Krisenstab veranlassen deshalb die Evakuierung der betroffenen Bevölkerung. Bislang musste mangels genauerer Methoden stets von einer kreisförmigen Ausbreitung der Explosionswirkung ausgegangen werden. Ortsspezifische Einflüsse aus der Auffindesituation, der Abschätzung durch Gebäude oder aus temporären Abschirmmaßnahmen konnten nicht quantifiziert werden.

Großräumige Evakuierungsmaßnahmen sind mit einem enormen organisatorischen und finanziellen Aufwand verbunden. Besonders brenzlig wird es, wenn sich im Evakuierungsgebiet Krankenhäuser, Altenpflegeheime oder



Software unterstützt bei der kontrollierten Bombensprengung.

ähnliche Einrichtungen befinden. Sehr häufig mit diesen Herausforderungen konfrontiert ist Nordrhein-Westfalen. Allein im Jahr 2015 wurden dort mehr als 300 Fliegerbomben geborgen, die jährlichen Bergungskosten beziffern sich auf mehrere Millionen Euro. Entsprechend groß war das Interesse des nordrhein-westfälischen Kampfmittelräumdienstes an neuen Technologien, mit denen sich die Risiken einer Bombenexplosion besser einschätzen lassen. Aus dieser Motivation heraus entstand das Forschungsprojekt SIRiUS, das der Kampfmittelräumdienst in Zusammenarbeit mit dem Unternehmen Virtual City Systems und dem Fraunhofer Ernst-Mach-Institut (EMI) durchführte. Es wurde vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) im

Bereich „Forschung für die zivile Sicherheit – Anwender innovativ“ gefördert und 2019 erfolgreich abgeschlossen.

In dem Projekt wurde der Apollo Blast Simulator von den Experten für Hochgeschwindigkeitsdynamik am Fraunhofer EMI erweitert, angepasst und in die 3D-Stadtmodell-anwendung von Virtual City Systems integriert. So entstand die Anwendung VC Blastprotect – die erste Software, welche die Druckwellenausbreitung und den Splitterflug einer Detonation, basierend auf physikalischen Methoden, im realen Stadtkontext simuliert und Gefährdungen auswertet.

Mit VC Blastprotect kann zunächst die genaue Auffindesituation einer Fliegerbombe in einem

3D-Stadt- und Geländemodell definiert werden. Es lässt sich beispielsweise festhalten, um welchen Bomben-Typ es sich handelt, wie tief die Bombe unter der Erde liegt und wie sie geborgen werden soll. Innerhalb weniger Stunden werden die Druckwellenausbreitung und der Splitterflug simuliert sowie Gefahrenbereiche ermittelt, welche wiederum im 3D-Stadtmodell visualisiert werden. Auf dieser Basis können die Sicherheitskräfte die nötigen Schutzmaßnahmen planen. Dazu können sie auch Objekte aus dem 3D-Stadtmodell entfernen oder neue integrieren, zum Beispiel temporäre Containerwände.

Der Prototyp der Software wurde im Dezember 2019 auf die Probe gestellt: Bei Bauarbeiten in der Dortmunder Innenstadt wurden drei Verdachtspunkte mit eventuell nicht detonierten Fliegerbomben im Krankenhausbezirk entdeckt. Unterstützt von der Kampfmitelräumung und Experten des Ingenieurbüros Döring plante der Krisenstab der Stadt daraufhin mit Hochdruck eine der größten Evakuierungsmaßnahmen in der Nachkriegszeit für mindestens 13.000 betroffene Bürger und mehrere Krankenhäuser. „Dank der Unterstützung von Virtual City Systems gelang es, die Gefahren aus den mutmaßlichen Bombenverdachtsfällen genauer und differenzierter vorherzusagen“, berichtet der Stadtrat und Leiter des Krisen-Managements, Arnulf Rybicki. „Dies hat vor allem in den betroffenen Krankenhäusern geholfen, die Evakuierungs- und Schutzmaßnahmen auf ein vertretbares Minimum zu begrenzen und beispielsweise auf eine Evaku-

ierung von Intensivpatienten und Frühchen zu verzichten.“ Mithilfe der Software ließen sich sichere Bereiche innerhalb der Gebäude identifizieren, wo insgesamt 600 Personen verbleiben konnten.

VC Blastprotect wurde für Anwender konzipiert, die keine Erfahrung mit Simulationstechnologien haben. Die webbasierte Lösung arbeitet als Erweiterung der 3D-Karte VC Map und ist auf die notwendigsten Eingaben begrenzt. Erste Ergebnisse liegen innerhalb

weniger Minuten vor, die physikalischen Simulationen sind nach wenigen Stunden verfügbar und werden in der 3D-Karte verständlich und aussagekräftig dargestellt. Das Hosting der Lösung und die rechenintensiven Simulationen werden von Virtual City Systems als Service angeboten, lassen sich aber auch in der Infrastruktur des Anwenders betreiben.

Dr. Stefan Trometer ist Managing Director Business Development bei Virtual City Systems.

Anzeige




eGovernment &
Digitalisierung

Digitale Prozesse
verbinden.



Phasen planen

Bianca Dembach

Das Serviceportal der Bundesstadt Bonn steht Bürgern und Verwaltung seit April in einer Betaversion zur Verfügung. Dank sorgfältiger Phasenplanung und effizientem Zeit-Management konnte das Projekt trotz Corona erfolgreich auf den Weg gebracht werden.

Seit April dieses Jahres ist das Serviceportal der Bundesstadt Bonn in Nordrhein-Westfalen als Betaversion online. Ziel der Betaphase ist der Test verschiedener Funktionen, vor allem im verwaltungsinternen Daten-Management. Die Bürger können die dort eingebundenen Dienstleistungen bereits vollumfänglich nutzen, wenn sie über ein Servicekonto.NRW verfügen. Die Einführung des Serviceportals hat die Stadt gemeinsam mit der im Personal- und Organisationsamt angesiedelten Stabsstelle Projekt-Management geplant. Wichtigstes Element war dabei die Phasenplanung, die als Grundpfeiler eines effektiven Zeit-Managements fungierte.

Die Initialisierungsphase dauerte ungefähr zwei Monate. In dieser Zeit wurde ein Vertrag mit dem kommunalen IT-Dienstleister regio iT geschlossen, der das Projekt begleitet. Auch die Kick-off-Veranstaltung und die Konzeption des Leistungsumfangs sowie der entsprechenden Arbeitspakete fanden in dieser Etappe statt. In der anschließenden Planungsphase erstellten die Zuständigen einen

Phasen- und Ablaufplan. Essenziell dafür war die Ist-Aufnahme: Welche Dienstleistungen eignen sich generell für das Serviceportal? Daraufhin nahm das Team Kontakt zu interessierten Fachbereichen sowie den relevanten Gremien auf. Nach etwa



Die Beta-Version des Bonner Serviceportals.

zwei Monaten stand eine Übersicht über die möglichen Dienstleistungen. So konnte die Festsetzung des Soll-Prinzips beginnen, was einen Zeitraum von sechs Monaten in Anspruch nahm.

Als Hauptfrage galt zu klären, wie die Services angepasst werden müssen, damit sie weiterhin im Portal funktionieren. Dafür nahmen die Zuständigen zunächst den Ist-Zustand auf, um daraus gemeinsam mit den Mitarbeitern des Fachbereichs und der Abteilung Organisationsentwicklung einen

Soll-Prozess zu erstellen. Zusätzlich wurden mehrere Konzepte geschrieben, um die Philosophie des Portals mit den relevanten Personenkreisen abstimmen zu können. So legt das Konzept zu den Online-Diensten beispielsweise fest, dass das Portal

perspektivisch als zentrale Plattform aller E-Services der Stadt Bonn fungieren wird. Als Authentifizierungsverfahren soll lediglich das Servicekonto.NRW angeboten werden. Im Redaktionskonzept wurde notiert, dass nur diejenigen Dienstleistungen importiert werden, die auch im Portal über den Postkorb weiterverarbeitet werden können. So bleiben parallel auf der städtischen Website verfügbare Dienste weiterhin erhalten, von diesen wird allerdings auf das neue Serviceportal verlinkt. Zudem wurden ein Marketing- und ein Schulungskonzept erarbeitet sowie sämtliche Dokumente zum Datenschutz vorbereitet.

Anschließend begann die Durchführung des Soll-Konzepts. Formulare wurden gebaut, Texte umge-

Link-Tipp

Zum Bürgerserviceportal der Stadt Bonn:

• <https://service.bonn.de>

schrieben und die ersten Dienstleistungen in das Portal eingefügt. Die Integration gestaltete sich einfach, da selbstgebaute Form-Solutions-Formulare eingebunden wurden und die hierfür notwendige Schnittstelle bereits ausführlich getestet worden war. Die Stadt Bonn benötigte für diesen Schritt zwei Monate. Kommunen, die Fachverfahren und dazugehörige Online-Dienste anbinden wollen, sollten dafür jedoch mehr Zeit einplanen. In der Testphase galt es, die technische Funktionalität des Serviceportals sicherzustellen. Dazu gab es einen Testplan mit allgemeinen Fragen, etwa zur Bekanntheit des Servicekonto.NRW, mit dem die Handhabung des Portals bei unterschiedlichen Versuchspersonen geprüft wurde. Diese sollten darüber verschiedene Aufgaben er-

ledigen und das Portal anschließend bewerten. Um die dabei ermittelten Probleme zu beheben, war eine ungeplante Nachbesserungsphase von rund zwei Wochen nötig. In der Schulungsphase, die mitten in den Corona-Lockdown fiel, wurden die Mitarbeiter in den Fachbereichen mit selbst aufgenommenen Schulungsvideos in die Nutzung des neuen Serviceportals eingewiesen. Da das System intuitiv bedienbar ist, gab es dabei nur wenige Probleme. Zudem hatten die Beschäftigten des Fachbereichs jederzeit die Gelegenheit, sich bei der Projektleitung direkte Hilfe zu suchen.

In der Produktivsetzungswoche schaltete Dienstleister regio iT das System frei. Die Woche wurde genutzt, um sämtliche Beteiligte zu

informieren und das System regelmäßig auf Stabilität zu überprüfen. Gemäß der Zeitplanung, die über ein Jahr im Voraus aufgestellt worden war, startete das Bonner Bürgerserviceportal pünktlich im April. Doch mit der Produktivsetzung ist noch kein Ende in Sicht. So muss beispielsweise das Design des Portals noch überarbeitet werden. Diese Anpassung ist als Folgeprojekt so umfangreich, dass sie wieder gemeinsam mit der Stabsstelle Projektmanagement geplant werden soll. Teil dieses Vorhabens wird auch die Bewerbung des Portals durch eine Kampagne sein.

Bianca Dembach ist Mitarbeiterin der Stabsstelle Projektorganisation beim Personal- und Organisationsamt der Stadt Bonn.

Anzeige

DIE ERSTE REGEL DER NEUEN ARBEITSWELT

ARBEITE WO DU WILLST.

Arbeite im Garten. Im Park. Am Strand. Auf der anderen Seite der Galaxie.
Mit digitalen Lösungen sind Akten und Informationen immer an deiner Seite.
Entdecke deine neue Arbeitswelt unter: www.arbeitneuentdecken.com.



Einfach und einheitlich

Beate Grohs

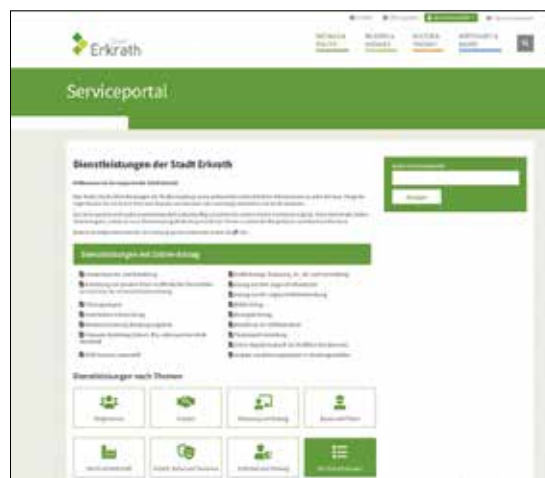
Im Serviceportal der Stadt Erkrath können sich die Bürger nicht nur über die Dienstleistungen der Verwaltung informieren, sondern auch Anträge stellen und diese bezahlen. Datenschutz und Einheitlichkeit sind der Kommune dabei wichtige Anliegen.

Der Begriff Serviceportal ist derzeit in aller Munde. Kein Wunder, gilt es doch, bis Ende 2022 einen Großteil der Verwaltungsleistungen digital anzubieten und unter anderem die Online-Antragstellung zu ermöglichen. Die Stadt Erkrath in Nordrhein-Westfalen startete dazu Anfang Oktober dieses Jahres ihr Serviceportal für die eigenen Verwaltungsdienstleistungen und geht mit der Online-Bezahlung noch einen Schritt weiter.

Übersichtlich präsentiert Erkrath im neuen Serviceportal alle Leistungen der Stadtverwaltung nach Themen sortiert und durch eine Suchfunktion ergänzt. „Wir haben bei der Konzeption und Entwicklung des Serviceportals vor allem auf bestehende und verlässliche Komponenten gesetzt“, erklärt der städtische Digitalisierungsbeauftragte Philipp Kalverkamp. Als Ort für das neue Online-Angebot kam für die Erkrather nur die eigene Website infrage. Diese ist den Bürgern und auch bei Suchmaschinen seit vielen Jahren bekannt und bot ein ideales Fundament für den Ausbau als Serviceportal. Mit der Implementierung des Servicekonto.NRW als verbindlicher und einziger Authentifizierungskomponente im Serviceportal setzt die Stadt Erkrath

ganz bewusst ein Zeichen für Datenschutz und -sicherheit. „Bei uns werden die Daten der Bürgerinnen und Bürger, die sie im Servicekonto.NRW hinterlegt haben, nur temporär für die Zeit des Besuchs und für die Übergabe an die jeweiligen Online-Antragsassistenten zur komfortablen Vorbefüllung von Formularfeldern genutzt und gespeichert. Wir legen mit den Daten aus dem Servicekonto.NRW kein weiteres, permanentes Benutzerkonto in unserem Serviceportal an“, sagt Kalverkamp.

Einfachheit und Einheitlichkeit – auch das sind Begriffe, mit denen sich die Zielsetzung der Stadt für ihr Serviceportal beschreiben lässt. Um den Bürgern Sicherheit im Umgang mit den neuen digitalen Möglichkeiten für die Beantragung von Leistungen zu geben, setzt Erkrath auf das Antragsmanagement der Firma Form-Solutions mit einer Vielzahl an intelligenten Antragsassistenten, bei denen auch das für die jeweilige Antragsstellung erforderliche Authentifizierungslevel (STORK-Level) von den Verantwortlichen der Stadt gepflegt wird. Für die Kommunikation und die Datenübergabe zwischen



Jetzt gestartet: Das neue Serviceportal der Stadt Erkrath.

der Website und dem Form-Solutions-Server sorgt eine spezielle Form-Solutions-Schnittstelle des Content-Management-Systems (CMS) iKISS von Anbieter Advantix, auf dessen technischer Basis die Website der Kommune seit Langem betrieben wird. Über diese Schnittstelle werden die Daten der Bürger aus dem Servicekonto.NRW vom Serviceportal auf verschlüsseltem Transportweg an die Form-Solutions-Antragsassistenten übergeben. Dabei wird geprüft, ob das Authentifizierungslevel des Nutzers dem für die Antragstellung erforderlichen Vertrauensniveau entspricht. Dieser und weitere Workflows im Zusammenhang mit dem Servicekonto.NRW wurden in enger Zusammenarbeit zwischen dem Erkrather Digitalisie-

rungsteam um Philipp Kalverkamp sowie dem CMS-Anbieter Advantic aus Lübeck erarbeitet und getestet.

Auch auf die Implementierung der vom Land Nordrhein-Westfalen angekündigten und erwarteten Komponenten Postkorb und Dokumenten-Safe ist das Serviceportal der Stadt Erkrath vorbereitet. Hier setzt die Kommune ebenfalls von Anfang an auf die zentralen Lösungen des Landes und möchte diese in seinem Online-Angebot für die Nutzer bestmöglich verfügbar machen. Des Weiteren ist die schnelle Implementierung des einheitlichen digitalen Unternehmenskontos geplant. Dieses bietet Unternehmen, Existenzgründern und Interessierten einen zentralen Zugang zu digitalen Verwaltungsdienstleistungen und der einfachen Online-Antragstellung und -bezahlung. Die Verantwortlichen in Erkrath warten daher gespannt auf die Entwicklung und Pilotierung des Unternehmenskontos durch das Land Nordrhein-Westfalen in Kooperation mit dem Bundesland Bayern, die noch für dieses Jahr angekündigt sind.

Mit der geplanten Anbindung des Serviceportals an den im Aufbau befindlichen zentralen Zuständigkeitsfinder des Landes Nordrhein-Westfalen will die Stadt Erkrath Bürgern und Unternehmen künftig einen landes- und bundeseinheitlichen Standard an Dienstleistungen bieten. Schon bald soll der automatisierte Datenaustausch zwischen dem kommunalen Serviceportal und dem Verwaltungsportal des Landes im XZuFi-Standard laufen. Konkret bedeutet das: Von den Ressorts der Landesregierung freigegebene Dienstleistungstexte nach dem FIM-Standard (Föderales Informationsmanagement) fließen über die Schnittstelle stets aktuell in die Website der Stadt Erkrath. Umgekehrt werden über die bidirektionale Schnittstelle die von der Kommune im CMS iKISS gepflegten zuständigen Stellen und Online-Dienste an das Land übertragen.

Das neue Serviceportal bedeutet nicht nur für die Bürger und Unternehmen schon jetzt mehr

Leistung und Komfort. Auch die Stadtverwaltung selbst wird von der Digitalisierung und dem Serviceportal profitieren. Philipp Kalverkamp und sein Team haben ehrgeizige Ziele. Denn schließlich geht es bei der Umsetzung der Vorgaben des E-Government-Gesetzes Nordrhein-Westfalen (EGovG NRW) sowie des Onlinezugangsgesetzes des Bundes (OZG) nicht nur darum, die Beantragung von Leistungen online zu ermöglichen. Insbesondere die Anbindung des Serviceportals an das bestehende Dokumenten-Management-System, sowohl für den digitalen Antragseingang als auch den Postausgang, ist bei der Stadt Erkrath fest eingeplant. So sollen Verwaltungsverfahren ganzheitlich digitalisiert und medienbruchfrei gestaltet werden.

Beate Grohs ist bei der Advantic GmbH zuständig für Konzeption und Beratung.

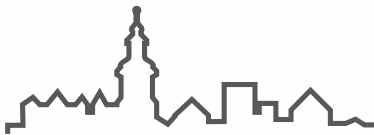
Link-Tipp

Zum Serviceportal der Stadt Erkrath:

- www.erk Rath.de/Serviceportal

Anzeige

E-Government endlich einfach! Ihr Bürgerportal



OPENR@THAUS

- Integration Servicekonto inkl. Postkorb
- Integration e-Payment und eID
- Integration Fachverfahren und DMS
- startbereite Basisprozesse

www.open-rathaus.de

Von klassisch zu social

Karola Weber

Vernetzung, digitale Zusammenarbeit und direkte Kommunikation – das Modell des Social Intranets birgt gegenüber der herkömmlichen Variante viele Vorteile.

Gerade die Corona-Krise hat gezeigt, wie hilfreich interne Collaboration-Plattformen wie ein Social Intranet für erfolgreiche Verwaltungsarbeit sein können. Kein Wunder, dass viele Kommunen spätestens jetzt die Einführung eines solchen Systems oder den Ausbau ihres bestehenden Intranets angehen wollen. Die Idee eines Intranets, eines verwaltungsinternen digitalen Netzwerksystems, ist nicht neu. Die meisten Stadtverwaltungen haben ein solches im Einsatz. In der Regel verläuft die Kommunikation hier allerdings nur in eine Richtung: Ein ausgewählter Personenkreis stellt den restlichen Nutzern Informationen zur Verfügung, die diese dann im Idealfall schnell und einfach finden und für ihre Arbeit nutzen können.

Ein modernes Social Intranet hingegen ist eine dynamische Plattform, die durch eine Vielzahl von Funktionen zur Vernetzung, digitalen Zusammenarbeit und direkten Kommunikation einen echten Mehrwert für die Mitarbeiter schafft. Derartige Tools sind der Belegschaft durch Social-Media-Anwendungen wie Twitter, Xing oder Facebook meist schon vertraut. Richtig angewendet, erhöhen sie die Effizienz und Qualität der Verwaltungsarbeit und fördern

das Wissensmanagement innerhalb der gesamten Organisation. Vorrangiges Ziel eines Social Intranets ist es, Wissen und Personen zu vernetzen. Über persönliche Profile im digitalen Mitarbeiterverzeichnis können Informationen zur eigenen Person, wie zum Beispiel Aufgaben, Sprachkenntnisse, Expertenwissen und berufliche Interessensgebiete bereitgestellt werden. Auf diese Weise wird transparent, wo Wissen und Kompetenzen zu verschiedenen Themen liegen und wer dazu kontaktiert werden kann.

Wichtig ist, dass diese persönlichen Angaben über eine funktionierende Suche recherchierbar sind. Zugang zu Bearbeitungsfunktionen für alle Benutzer sind eine weitere Voraussetzung dafür, dass Wissen geteilt werden kann. Ähnlich wie bei offenen Social-Media-Anwendungen sind in einem Social Intranet alle Mitarbeiter potenzielle Redakteure und sollten daher selbstständig einfach Informationen und Wissen bereitstellen können. Dies kann über Kommentare und Ergänzungen zu bereits bestehenden Inhalten geschehen. Idealerweise erhalten sie aber in ihrem Fachbereich oder in ihren Teams auch Bearbeitungsrechte für bestehende und neue Inhalte im Intranet. Ergänzend dazu sind frei zugängliche Funktionen zum Anhängen und Tei-

len von Inhalten und Dokumenten unabdingbar. Des Weiteren sind Tools zur persönlichen Vernetzung und Kommunikation wie persönliche Kontaktlisten, Team-Räume, Chats und Videokonferenzen eine Voraussetzung dafür, dass digitale Zusammenarbeit aktiv genutzt wird. Eine weitere Anforderung, die eine moderne Arbeits- und Kommunikationsplattform erfüllen muss, ist die der Barrierefreiheit – gerade in der öffentlichen Verwaltung. Von der guten Bedienbarkeit eines konsequent barrierefrei umgesetzten Intranets profitieren am Ende alle Anwender. Auch die mobile Nutzbarkeit ist heutzutage ein absolutes Muss. Dazu gilt es, beim Aufbau eines Social Intranets auf die allgemein für die Verwaltung geltenden Anforderungen an Sicherheit und Datenschutz zu achten. Gerade Themen wie Skill Management, wo persönliche Angaben bereitgestellt werden, müssen eng mit der Vertretung der Mitarbeiter abgestimmt werden. Angesichts der vielen Vorteile, welche die digitale Zusammenarbeit bietet, steht in jedem Fall fest: Wenn man das bestehende Intranet ausbaut oder gar ein neues System einführt, dann sollte es social sein!

Karola Weber ist Project Lead in der Geschäftseinheit Knowledge & Communication Services bei der Seitenbau GmbH.

Agil gewinnt

Lucien Koch

Um einen gelungenen Web-Auftritt für Kommunen zu schaffen, braucht es agile Projektstrukturen. So lassen sich die Anforderungen an Bedienbarkeit, Ästhetik und Service umsetzen.

Modern soll er sein, der neue Web-Auftritt für die Kommune, und vor allem kinderleicht bedienbar von allen Geräten aus. Überzeugend aussehen muss er natürlich auch. Heutzutage erwarten alle Beteiligten mehr von einem Stadtportal als nur behördliche Informationen. Die Bürger wollen einen reibungslosen digitalen Service und das gibt auch das Onlinezugangsgesetz (OZG) vor. Das Redakteursteam muss große Mengen an hochwertigem Content in kurzer Zeit online veröffentlichen – größere Städte bringen es dabei schnell auf über 50.000 Seiten. Zudem will die Stadt gesamtheitlich als starke Marke auftreten. Um das umzusetzen, braucht es neue Strukturen. Das klappt nicht mehr mit der klassischen „Wasserfall“-Herangehensweise früherer Projekte: Eine Ausschreibung, auf die dann linear Konzeption, Design, Programmierung, Inhalte und Live-Schaltung der städtischen Website folgen.

„Heute spielen agile Prozesse auch bei Stadtportalen eine entscheidende Rolle“, meint Christoph Kremers, Senior Project Consultant bei der Designagentur die firma. Mit seinem Team hat er unter anderem die Internet-Auftritte von Stuttgart, Bonn, Kassel, Hannover und Wiesbaden entwickelt. „Ohne

agiles Arbeiten lassen sich heute die komplexen Anforderungen an Web-Portale kaum noch erfüllen.“ Denn um einen kommunalen Online-Auftritt auf die Bedürfnisse der Bürger auszurichten, so der Experte, brauche es den engen Dialog zwischen allen Beteiligten über die Projektphasen hinweg.

Ein wichtiges Element in der Entwicklung von städtischen digitalen Angeboten ist deshalb der Nutzerrat. Dieser setzt sich aus Bürgern zusammen und begleitet die Entwicklung des Stadtportals. Bei der Entwicklung des Auftritts von Stuttgart, die Kremers in Zusammenarbeit mit dem Technikdienstleister sitepark betreute, hat das Team von der firma beispielsweise zwei Usability-Tests durchgeführt, um Basisdesign, Benutzerführung, Informationsarchitektur, Systematik und Servicequalität (Use Cases) zu überprüfen.

Beim Auftritt von Städten im Internet hat der Nutzerrat auch eine politische Bedeutung. Wenn Menschen aus verschiedenen Gruppen eingebunden werden, dann entsteht ein bürgernahes Angebot. Das bedeutet aber ebenso, dass diese Stimmen auch in späteren Projektphasen berücksichtigt werden müssen – was wiederum agiles Arbeiten erfordert.



Das Stadtportal Stuttgart wurde überarbeitet.

„Städte und Gemeinden sollten großen Wert auf eine fluide, mit persönlichem Austausch gekennzeichnete Ausschreibung legen und auch die Zeit nach dem Go-live im Blick haben“, empfiehlt Christoph Kremers. Ein kaskadiertes, simples Abarbeiten eines Lasten- und Pflichtenhefts geht an der Realität heutiger Vorgehensweisen und Ansprüche vorbei. So empfiehlt Kremers folgerichtig die Einbindung von Experten für User Experience schon vor der Ausschreibung – so können teure Probleme oder starre Strukturen in späteren Phasen vermieden werden.

Der Relaunch eines Städteportals ist mit viel Aufwand verbunden. Wenn aber Bürger und Verwaltung hinterher glücklich sind, wird die Investition auch in der schnelllebigen digitalen Welt noch lange Bestand haben.

Lucien Koch ist freier Autor aus Bad Camberg.

Zahlreiche Unternehmen bieten Lösungen und Dienstleistungen für den Public Sector an. Behalten Sie den Überblick und orientieren Sie sich bei Ihren Investitionsentscheidungen am IT-Guide von Kommune21. Die Marktübersicht finden Sie auch im Internet unter www.kommune21.de.

• E-Government / Geodaten-Management	58
• E-Procurement / CMS Portale / Finanzwesen / IT-Infrastruktur	59
• Schul-IT / Spezial-Software	60
• Dokumenten-Management / E-Formulare	61
• Personalwesen / Inventarisierung / RIS Sitzungsmanagement / E-Partizipation / IT-Security	62
• Breitband / Consulting	63
• Komplettlösungen	63-65

Anzeige

D-0	 Govii Ein Unternehmen der TELEPORT Gruppe	Govii UG (haftungsbeschränkt) Ansprechpartner: Michael Schmidt Herrenstraße 20 D-06108 Halle (Saale) Telefon: +49 (0) 345 / 773874-0 E-Mail: info@govii.de Internet: www.govii.de	Der Behördenbot Govii steht für moderne Kommunikation zwischen Verwaltung und Kunden. Er bedient sich bestehender Datenbestände und beantwortet Fragen zu behördlichen Themen, wie z.B. Personalausweis beantragen, Auto ummelden etc. Govii ergänzt Portale, Bürgerservice und Servicecenter. Govii ist modular aufgebaut und nutzt verfügbare (XÖV) Standards.
D-0	 TSA Ein Unternehmen der TELEPORT Gruppe	TSA Public Service GmbH Ansprechpartner: Thomas Patzelt Herrenstraße 20 D-06108 Halle (Saale) Telefon: +49 (0) 345 / 773874-0 E-Mail: info@tsa.de Internet: www.tsa.de	TSA ist Ihr Partner für Wissensmanagement in der öffentlichen Verwaltung. Bund, Länder, Kommunen und Dienstleister setzen auf unsere Lösungen und Know-how rund um Zuständigkeitsfinder, Bürgerservice, Servicecenter/I15, Ideen- und Beschwerdemanagement, Integration von Verwaltungsdaten, I15-Datenbereitstellung und OZG-Umsetzung.
D-0	 brain-SCC PORTALLÖSUNGEN	brain-SCC GmbH Ansprechpartner: Sirko Scheffler Fritz-Haber-Str. 9 D-06217 Merseburg Telefon: +49 (0) 3461 / 25 99 510 Fax: +49 (0) 3461 / 25 99 511 E-Mail: info@brain-scc.de Internet: www.brain-scc.de	Die brain-SCC GmbH verfügt über umfassende Kompetenzen bei der Entwicklung und Betreuung von Portallösungen der öffentlichen Hand. Gestalten Sie Ihr Verwaltungs- und Geoportal mit dem leicht bedienbaren Content-Management-System brain-GeoCMS®, individuellem Design und zahlreichen Servicemodulen zur OZG-Umsetzung – nutzerorientiert und bürgernah.
D-4	 ITEBO Unternehmensgruppe	ITEBO GmbH Dielingerstraße 39/40 D-49074 Osnabrück Telefon: +49 (0) 541 / 9631-0 Fax: +49 (0) 541 / 9631-196 E-Mail: info@itebo.de Internet: www.itebo.de	Die ITEBO-Unternehmensgruppe ist Ihr Dienstleister für Kommunen und Kirchen. Wir bieten kompetente Prozess- und Organisationsberatung sowie die Vernetzung von Fachverfahren und Onlinediensten im Bürgerportal. Fundierte Basisdienste im Bereich der IT-Sicherheit, des Datenschutzes und unser ITIL konformes Rechenzentrum runden unser Portfolio ab.
D-7		cit GmbH Ansprechpartner: Andreas Mühl Kirchheimer Straße 205 D-73265 Dettingen/Teck Telefon: +49 (0) 70 21 / 95 08 58-0 Fax: +49 (0) 70 21 / 95 08 58-9 E-Mail: vertrieb@cit.de Internet: www.cit.de	cit intelliForm® – die Produktlinie mit Komponenten zur Erstellung von elektronischen Formularen und intelligenter Ausfüllassistenten, Formularmanagement sowie eine modellbasierte Entwicklungsumgebung für formularbasierte Workflows ist in vielen Bundesländern auf landes- und kommunaler Ebene im Einsatz.
D-7	 Form[®] Solutions	Form-Solutions GmbH Ansprechpartner: Matthias Eisenblätter Bahnhofstraße 10 D-76137 Karlsruhe Telefon: +49 (0) 721 / 754055-0 Fax: +49 (0) 721 / 754055-17 E-Mail: info@form-solutions.de Internet: www.form-solutions.de	Neben einem umfassenden Sortiment rechtssicherer Antragsassistenten können im Handumdrehen eigene Webapplikationen mit intelligenter Verfahrenslogik selbst erstellt und medienbruchfrei in die behördliche Umgebung integriert werden. Bundesweit nutzen über 2.200 behördliche Kunden das Antragsmanagement 4.0.
D-8	 GIRO SOLUTION	GiroSolution GmbH Hauptstraße 27 D-88699 Frickingen Telefon: +49 (0) 7554 / 97090-00 Fax: +49 (0) 7554 / 97090-09 E-Mail: info@girosolution.de Internet: www.girosolution.de	GiroSolution ist Ihr spezialisierter Lösungsanbieter aus der Sparkassen-Finanzgruppe für öffentliche Institutionen und kommunalmarktnahe Unternehmen. Mit den Produkten Giro-Checkout, S-Rechnungs-Service und S-Kompass bieten wir Ihnen intelligente digitale Lösungen für die Themen E-Payment, E-Rechnung und kommunales Portfoliomanagement.
D-4	 GIS CONSULT www.gis-consult.de	GIS Consult GmbH Schultenbusch 3 D-45721 Haltern am See Telefon: +49 (0) 2364 / 9218-11 Fax: +49 (0) 2364 / 9218-72 E-Mail: info@gis-consult.de Internet: www.gis-consult.de	GIS Consult ist Ihr Partner für anspruchsvolle GIS- und Datenbankprojekte, mit Standorten in Haltern am See und Erfurt. Mit Produkten im Infrastrukturmanagement, wie Straßen-, Baum-, Grün-, Spielplatzkataster auf Basis des WebGIS OSIRIS, bieten wir bis zu Portallösungen ein ganzheitliches Portfolio.
D-4	 con terra	con terra GmbH Martin-Luther-King-Weg 20 D-48155 Münster Telefon: +49 (0) 251 / 59689 300 Fax: +49 (0) 251 / 590 697 05 E-Mail: info@conterra.de Internet: www.conterra.de	con terra unterstützt Kommunen und Behörden mit geobasierten Lösungen auf dem Weg in die digitale Zukunft. Mit Informationsportalen, Partizipationsangeboten und aufgabenzentrierten Apps sowie einer zukunftssicheren Infrastruktur sorgen wir für Erkenntnisgewinn, Transparenz und zufriedene Nutzer.

E-Government

Geodaten-Management

D-5	 subreport DEUTSCHLANDS TOR ZUR AUFTRAGSWELT	subreport Verlag Schawe GmbH Ansprechpartnerin: Daniela Hammami Buchforststraße 1-15 D-51101 Köln Telefon: +49 (0) 221 / 985 78-28 Fax: +49 (0) 221 / 985 78-66 E-Mail: daniela.hammami@subreport.de Internet: www.subreportCAMPUS.de	subreport-Kunden greifen auf 98% aller öffentlichen Aufträge zu. subreport ELViS ist seit 2001 die eVergabe-Plattform mit über 75.000 Bietern, die ohne Schulungsaufwand sofort einsetzbar ist, anwenderfreundlich und selbsterklärend. Auf subreport CAMPUS tauschen Auftraggeber u.a. Erfahrungen aus, der Lieferantenpool vernetzt Auftraggeber und Unternehmen.	E-Procurement
D-7	 TEK-SERVICE AG	TEK-SERVICE AG Ansprechpartnerin: Monika Schmidt Eisenbahnstraße 10 D-79541 Lörrach Telefon: +49 (0) 7621 / 914040 Fax: +49 (0) 7621 / 9140429 E-Mail: schmidt@tek-service.de Internet: www.tek-service.de	TEK-SERVICE AG ist das inhabergeführte Dienstleistungsunternehmen für E-Einkauf. Seit 2000 arbeiten wir bundesweit für Verwaltungen und Organisationen. Als lieferantenneutraler Dienstleister bieten wir webbasierte Technologie, umfassende Services, Helpdesk sowie branchenspezifische Beratung und Begleitung im operativen Tagesgeschäft des Einkaufs.	
D-2	 DAS KOMMUNALE CMS iKISS	ADVANTIC GMBH Ansprechpartnerin: Katrin Wiese-Dohse Vierhörn 2 a-b D-23556 Lübeck Telefon: +49 (0) 451 / 609 72-0 Fax: +49 (0) 451 / 609 72-20 E-Mail: info@advantic.de Internet: www.advantic.de	Ob BITV oder OZG: Mit dem kommunalen CMS iKISS von Advantic ist Ihre Verwaltung bestens gerüstet. Advantic betreut über 350 kommunale Kunden – darunter jeden 5. Landkreis – in mehr als 700 Projekten. Profitieren auch Sie von der langjährigen Erfahrung, flexiblen Lösungen für Internet und Intranet und dem erstklassigen Kundenservice.	CMS Portale
D-2	 ProCampaign®	ProCampaign® c/o Consultix GmbH Wachtstraße 17-24 D-28195 Bremen Telefon: +49 (0) 421 / 333880 E-Mail: kommune@procampaign.de Internet: www.procampaign.de/kommune	Bürger-Online-Formular-Management und Tourismus-/Bürger-Kommunikation sind die typischen Anwendungsfelder für die EuroPriSe-zertifizierte SaaS Private Cloud-Lösung ProCampaign®. Die DSGVO-konforme Automatisierung von digitalen Prozessen birgt Potentiale echte Effizienzsteigerung und hilft, Prozesse zu standardisieren und dabei die Kosten im Griff zu halten.	
D-4	 sitepark	Sitepark Gesellschaft für Informationsmanagement mbH Ansprechpartner: Thorsten Liebold Neubrückenstraße 8-11, D-48143 Münster Telefon: +49 (0) 251 / 48 26 55-0 Fax: +49 (0) 251 / 4 82 65-55 Internet: www.sitepark.com	Wissens- und Contentmanagement für Internet, Intranet, Bürgerbüro und D115. Fachanwendungen für die Virtuelle Verwaltung, Geschäftsverteilungsplan, Helpdesk Ticket System, internes Telefonbuch, Presseservice. Partnerprogramm für KRZs. Top-Referenzen: Landesverwaltung Saarland, Saarbrücken, Wiesbaden, Hannover, Dresden, Wuppertal, Duisburg, Bottrop.	Finanzwesen
D-7	 SEITENBAU	SEITENBAU GmbH Ansprechpartner: Dominik Kraus Seilerstraße 7 D-78467 Konstanz Telefon: +49 (0) 75 31 / 3 65 98-00 Fax: +49 (0) 75 31 / 3 65 98-11 E-Mail: kraus@seitenbau.com Internet: www.seitenbau.com	SEITENBAU unterstützt die digitale Transformation des öffentlichen Sektors seit 20 Jahren mit hochwertigen kundenspezifischen Softwarelösungen. Wir bieten unseren Kunden Konzeption, technische Realisierung und sicheren Betrieb von E-Government-Fachanwendungen, Verwaltungsportalen, Social Intranets und Mobilien Anwendungen für die moderne Verwaltung.	
D-0	 saxess AG	Saxess AG Ansprechpartner: Matthias Lehmann Grassstraße 12 D-04107 Leipzig Telefon: +49 (0) 341 / 355 238-0 E-Mail: fidas@saxess-ag.de Internet: www.saxess-ag.de	Webbasiertes Beteiligungsmanagement mit Fokus auf zentrale Verwaltung von Stamm- und Finanzdaten, Beteiligungscontrolling und Mandatsträgerbetreuung. Die Fachanwendung fidas wird deutschlandweit in Kommunen aller Größen eingesetzt und entlastet u.a. durch den Beteiligungsbericht auf Knopfdruck und den automatischen Import von Finanzdaten.	IT-Infrastruktur
D-2	 xSuite It's simple. It's digital.	xSuite Group GmbH Ansprechpartner: Torge Link Hamburger Straße 12 D-22926 Ahrensburg Telefon: +49 (0) 4102 / 8838-25 E-Mail: www.xsuite.com Internet: info@xsuite.com	Als Softwarehersteller der SAP-zertifizierten xSuite® bieten wir für Kommunen und Kernverwaltungen eine standardisierte, SAP-integrierte Lösung zur Rechnungseingangsverarbeitung. Angesprochen werden die SAP-Module FI, MM, PSM sowie PSCD und der DZ-Kommunalmaster. Es erfolgt die Verarbeitung von eingehenden XRechnungen.	
D-4	 ab-data KOMMUNALE SYSTEMLÖSUNGEN	ab-data GmbH & Co. KG Kommunale Systemlösungen Friedrichstraße 55 D-42551 Velbert Telefon: +49 (0) 2051 / 944-0 Fax: +49 (0) 2051 / 944-288 E-Mail: info@ab-data.de Internet: www.ab-data.de	ab-data bietet als Marktführer webbasierter Finanzsoftware für Kommunen zukunfts- und investitionssichere Qualitätsprodukte an. Hierzu zählen auch webbasierte Systemlösungen und Services. Das ab-data Finanzwesen wird in allen Flächenbundesländern erfolgreich von Kleinstverwaltungen bis zu Landeshauptstädten eingesetzt.	
D-2	 ColocationIX	ColocationIX GmbH Wachtstraße 17-24 D-28195 Bremen Telefon: +49 (0) 421 / 333880 E-Mail: kommune@colocationix.de Internet: www.colocationix.de/kommune	Nach EN50600 Klasse 4 designt, mit Grünstrom betrieben und mit Geothermie gekühlt ist ColocationIX Deutschlands innovativstes Rechenzentrum für den Public Sector und KRITIS. Außerdem: ISO 27001 ISMS, Sauerstoff-Reduktion, 3-fach-Zutrittskontrolle, Anbindungen mit mehr als 2.000 Peers und Direktverbindungen zu DECIX, AMSIX und LINX.	

D-2		CloudIX c/o Consultix GmbH Wachtstraße 17-24 D-28195 Bremen Telefon: +49 (0)421 / 333880 E-Mail: kommune@cloudix.de Internet: www.cloudix.de/kommune	CloudIX bietet als zertifizierter Dienstleister führende SaaS-Lösungen. Eigene Videokonferenzen auf JITSi Meet Basis, verschlüsselte Matrix + Element Messaging-Dienste und Nextcloud stehen zur Miete in ISO 27001-zertifizierten und KRITIS-konformen Rechenzentren in Bremen zur Verfügung. Compliance-konform sind alle Managed Server mit notwendigen AV-Verträge ausgestattet.
D-3		OctoGate IT Security Systems GmbH Friedrich-List-Straße 42 D-33100 Paderborn Telefon: +49 (0)5251 / 1804070 E-Mail: vertrieb@octogate.de Internet: www.schulfirewall.de	Seit über 16 Jahren sind wir der führende, einzige deutsche Hersteller/Anbieter von Komplettlösungen für Schulen. Wir bieten Schulen DSGVO und EVB-IT konforme Lösungen mit unseren deutschen Partnern an. Keine Insellösung, sondern abgestimmte Produkte im Security Bereich (Firewall, Jugendschutz, WLAN, BYOD, pädagogische Lösung).
D-3		H+H Software GmbH Ansprechpartner: Dipl.-Inf. Michael Etscheid Maschmühlenweg 8-10, D-37073 Göttingen Telefon: +49 (0)551 / 52208-0 Fax: +49 (0)551 / 52208-25 E-Mail: info@hh-software.com Internet: www.hh-software.com www.netmanforschools.de	Als IT-Dienstleister und Softwarehersteller begleiten wir Bildungseinrichtungen seit über 30 Jahren auf ihrem Weg in die Digitalisierung. Unsere Schul-IT Lösung NetMan for Schools gewährleistet den sicheren IT-Betrieb im Schulnetz sowie einen verlässlichen Unterricht mit digitalen Medien. Wir betreuen Schulen von der Projektplanung über die Installation bis zum täglichen Betrieb.
D-4		KRAFT Network-Engineering GmbH Ansprechpartner: Dipl.-Ing. Karsten Kraft Eintrachtstr. 95 D-45478 Mülheim-Ruhr Telefon: +49 (0)208 / 46959-60 Fax: +49 (0)208 / 46959-70 E-Mail: info@KNE.de Internet: www.KNE.de	Die KNE GmbH setzt Maßstäbe für eine erfolgreiche Schul-IT. Mit der innovativen Softwarelösung School@min und dem leistungsstarken Betriebskonzept kann jedes Schulnetz auch stadtwert kosteneffizient gemanagt werden. Die volle Abdeckung jedes administrativen und pädagogischen Anforderungsprofils und die hohe Skalierbarkeit begeistern Anwender und Kostenträger.
D-5		AixConcept GmbH Ansprechpartner: Dipl.-Kfm. Volker Jürgens Wallonischer Ring 37 D-52222 Stolberg Telefon: +49 (0)2402 / 38941-0 Fax: +49 (0)2402 / 38941-30 E-Mail: info@aixconcept.de Internet: www.aixconcept.de	AixConcept liefert als Experte für digitale Bildung schlüsselfertige IT-Lösungen für Schulen. Mehr als 1.900 Institutionen erhalten Beratung, Konzeption und Umsetzung aus einer Hand. Aus der Zentrale in Stolberg bei Aachen und mit Partnern sorgt AixConcept deutschlandweit für den reibungslosen Betrieb der Schul-Netzwerke.
D-3		AKDN-sozial Eigenbetriebsähnliche Einrichtung des KDN Dachverbandes kommunaler IT-Dienstleister Technologiepark 11, D-33100 Paderborn Telefon: +49 (0)5251 / 132-2241 Fax: +49 (0)5251 / 132-272241 E-Mail: info@akdn-sozial.de Internet: www.akdn-sozial.de	Seit über 40 Jahren sind wir einer der führenden Anbieter von Software für Sozial- und Jugendämter sowie Jobcenter. Wir unterstützen die ganzheitliche Sachbearbeitung bei der Berechnung und Zahlung von Sozialleistungen und beim Fallmanagement. Zudem bieten wir eine Office-Integration sowie die Anbindung für Finanz-, Einwohnermelde- oder Dokumentenmanagementsysteme.
D-3		Barthauer Software GmbH Pillastraße 1a D-38126 Braunschweig Telefon: +49 (0)531 / 23533-0 Fax: +49 (0)531 / 23533-99 E-Mail: info@barthauer.de Internet: www.barthauer.de	Ressourcen bündeln, Effizienz steigern und damit Kosten minimieren: Wir bieten innovative Lösungen für das Infrastrukturmanagement von Ver- und Entsorgungsnetzen. Grundlage ist eine ganzheitliche Datenbankstruktur für die Planung, Verwaltung, Betriebsführung und Instandhaltung von Wasser, Abwasser, Gas, Kabel, Straße und weitere Infrastrukturanlagen.
D-7		AIDA ORGA GmbH Ansprechpartnerin: Sonia Welter Gültlinger Straße 3/1 D-75391 Gechingen Telefon: +49 (0)7056 / 9295-0 Fax: +49 (0)7056 / 9295-29 E-Mail: info@aida-orga.de Internet: www.aida-orga.de	AIDA ORGA bietet für kommunale Einrichtungen modulare, paßgenau abgestimmte Lösungen zur Zeitwirtschaft, Personaleinsatzplanung, Zutrittsberechtigung etc., sowie Bauhoflösungen mit bedarfsgerechten Anwendungen zur Produktzeiterfassung gemäß NKF/NKHR oder Arbeits- und Leistungserfassung im Bauhof mit Maschinen und Fahrzeugen.
D-8		G&W Software AG Ansprechpartner: André Steffin Rosenheimer Straße 141 h D-81671 München Telefon: +49 (0)89 / 51506-4 Fax: +49 (0)89 / 51506-999 E-Mail: info@gw-software.de Internet: www.gw-software.de	CALIFORNIA von G&W – Ihre Software zur Optimierung der Prozesse und Kosten von Bau und Unterhalt in Kommunen und kommunalen Eigenbetrieben im NKF mit den Schwerpunkten Kostenplanung, AVA, Baucontrolling, Zeitvertragsarbeiten. Kosten senken durch integriertes Baumanagement. Kostenoptimierung bei und mit Rahmenverträgen.
D-9		LogoData ERFURT GmbH Ansprechpartner: Steve Purrotat Maximilian-Welsch-Straße 4 D-99084 Erfurt Telefon: +49 (0)361 / 5661222 Fax: +49 (0)361 / 5661223 E-Mail: info@logodata.de Internet: www.logodata.de	Neue WEB-Lösungen für Amtsvormundschaften, UVG u. unbegleitete minderjährige Ausländer sowie für Sozialen Dienst, Hilfeplanung, Genogramme, Kindeswohlgefährdung, Wirtschaftl. JH, Controlling, Kostenheranziehung, JGH, PKD, Tagespflege, KITA, Beistandschaften, Unterhaltsberechnung, Beurkundung als plattformunabhängige Jugendamt-Komplettlösung.

Dokumenten-Management • E-Formulare

Anzeige

D-0	 WINYARD SUITE	LCS Computer Service GmbH Gartenstraße 45 D-04936 Schlieben Telefon: +49 (0) 35361 / 350-300 Fax: +49 (0) 35361 / 350-100 E-Mail: egov@lcs-schlieben.de Internet: www.winyard.de	Die zertifizierte WINYARD Suite vereint Dokumenten-, Workflow- u. Identifikationsmanagement. Sie optimiert innerbetriebliche Prozesse u. reduziert Fehlerquoten. Zur Erfass-, Klassifizier- u. Bearbeitung von Dokumenten stehen zahlreiche Möglichkeiten zur Verfügung. Sie gewährt alle Funktionen der revisionssicheren Aufbewahrung.
D-3	 OPTIMAL SYSTEMS	OPTIMAL SYSTEMS Vertriebsgesellschaft mbH Hannover Ansprechpartner: Jörg Huesmann Wöhlerstraße 42, D-30163 Hannover Telefon: +49 (0) 511 / 123315-0 Fax: +49 (0) 511 / 123315-222 E-Mail: hannover@optimal-systems.de Internet: www.optimal-systems.de/hannover	Die Verwaltungseffizienz zu steigern ist das Ziel und das Versprechen von OPTIMAL SYSTEMS. Mit der ECM-Suite enaio® erfüllt das Unternehmen nahezu alle Anforderungen moderner Verwaltungen und bietet u. a. Landkreisen, kreisfreien Städten, kreisangehörigen Gemeinden, Kirchen und Stiftungen eine solide Basis für ein ganzheitliches Informationsmanagement.
D-3	 CEYONIQ Technology A KYOCERA GROUP COMPANY	Ceyoniq Technology GmbH Ansprechpartner: Alexander Dörner Boulevard 9 D-33613 Bielefeld Telefon: +49 (0) 521 / 9318-1000 Fax: +49 (0) 521 / 9318-1111 E-Mail: eGov@ceyoniq.com Internet: www.ceyoniq.com	Seit über 25 Jahren ermöglicht die Ceyoniq Technology GmbH als Spezialist für ECM Unternehmen und Verwaltungen einen einfachen und sicheren Umgang mit Informationen – durch digitale Lösungen, die Prozesse beschleunigen und optimieren. nscale eGov deckt von einem E-Akte-Basisdienst bis zur Schriftgutverwaltung alle Anforderungen der öffentlichen Verwaltung ab.
D-4	 MATERNA Information & Communications	Materna Information & Communications SE Ansprechpartnerin: Andrea Siwek-Schmidt Voßkuhle 37 D-44141 Dortmund Telefon: +49 (0) 231 / 55 99-82 92 Fax: +49 (0) 231 / 55 99-9 82 92 E-Mail: Andrea.Siwec-Schmidt@materna.de Internet: www.materna.de	IT-Dienstleister für den Public Sector seit fast 40 Jahren. Unser Portfolio für die digitale Transformation der Verwaltung umfasst umfangreiche Beratung und zahlreiche Lösungsbausteine für die medienbruchfreie Prozessgestaltung in der Kommunikation mit Bürgern und Unternehmen sowie für die zeitgemäße E-Verwaltungsarbeit.
D-4	 codia Ein Unternehmen der d.velop AG	codia Software GmbH Edisonstraße 2 D-49716 Meppen Telefon: +49 (0) 59 31/93 98 -0 Fax: +49 (0) 59 31/93 98 25 E-Mail: info@codia.de Internet: www.codia.de	Die codia Software GmbH ist ein im eGovernment-Bereich spezialisierter Anbieter von DMS-Lösungen mit fachverfahrensspezifischen Anbindungen für die öffentliche Verwaltung. Die eingesetzten d.gov I Lösungen werden auf Basis des d.3ecms der d.velop AG realisiert und basieren auf dem Organisationskonzept „Elektronische Verwaltungsarbeit“.
D-7	 regisafe	comundus regisafe GmbH Ansprechpartnerin: Katja Benkenstein Heerstraße 111 D-71332 Waiblingen Telefon: +49 (0) 7151 / 96528-233 Fax: +49 (0) 7151 / 96528-999 E-Mail: k.benkenstein@regisafe.de Internet: www.regisafe.de	E-Government leicht gemacht – mit regisafe. Von Verwaltungsexperten entwickelt, bietet das DMS regisafe maßgeschneiderte Lösungen. Einführung der E-Akte, Anbindung von Fachverfahren, smarte Workflows, Ratsinformation, Onlineportale uvm. Wir begleiten öffentliche Verwaltungen ins digitale Zeitalter.
D-7	 Questys	GELAS Gesellschaft für elektronische Archivierungssysteme mbH Anton-Schmidt-Straße 3, D-71332 Waiblingen Telefon: +49 (0) 7151 / 9534-0 Fax: +49 (0) 7151 / 9534-1 E-Mail: info@gelas.de Internet: www.gelas.de	Seit 30 Jahren ist Questys ein zuverlässiger Partner der öffentlichen Verwaltung. In weit über 100 Städten und Kommunen ist Questys ein etablierter Standard für vollelektronische Archivierung im DMS. Questys sorgt für einen optimalen Verwaltungsablauf in allen Ämtern, für alle Finanzwesen mit Zugriff auch aus der Cloud.
D-9	 PDV	PDV GmbH Haarbergstraße 73 D-99097 Erfurt Telefon: +49 (0) 361 / 4407-100 Fax: +49 (0) 361 / 4407-299 Internet: www.pdv.de/kontakt	Die PDV GmbH zählt zu den leistungsstärksten ECM-Herstellern & Service-Anbietern in Deutschland. Zu den Kunden zählen Verwaltungen auf Bundes- und Landesebene, Steuer- und Finanzbehörden, Kirchen und Wohlfahrtsunternehmen, Städte und Kommunen, Gerichte, Staatsanwaltschaften, Polizei, aber auch privatwirtschaftliche Unternehmen.
D-7	 DSV Service Vielfalt. Dynamik. Qualität.	DSV Service GmbH Ansprechpartnerin: Vera Knoop Königsstraße 42 D-70173 Stuttgart Telefon: +49 (0) 711 / 400509-0 E-Mail: vera.knoop@dsv-service.de Internet: www.dsv-service.de	Die DSV Service GmbH ist Full-Service-Dienstleister für Formularanwendungen und bietet Kommunalverwaltungen und Landesbehörden einen breiten Katalog an Online-Formularen für die OZG-Umsetzung und andere E-Government-Vorhaben. Als Tochter des Deutschen Sparkassenverlags unterstützt sie mehr als 370 Sparkassen und Landesbanken.
D-7	 Kohlhammer	W. Kohlhammer Deutscher Gemeindeverlag GmbH Heßbrühlstraße 69, D-70565 Stuttgart Telefon: +49 (0) 711 / 78 63-73 55 Fax: +49 (0) 711 / 78 63-84 00 E-Mail: dgv@kohlhammer.de Internet: www.kohlhammer.de	Der Kohlhammer Formularserver KoFoS ist eine zukunftsorientierte Lösung für das eGovernment. KoFoS erfüllt die hohen Anforderungen des Media@Komm-Projektes und stellt Ihnen damit, in Verbindung mit unseren aktuellen und rechtsicheren Formularen, eine zuverlässige technologische Lösung zur Verfügung.

D-2		rex systems GmbH Ansprechpartner: Florian Walzer Head of sales & marketing Süderstraße 75-79, D-20097 Hamburg Telefon: +49 (0) 40 / 890080-0 Fax: +49 (0) 40 / 890080-120 E-Mail: sales@rex-systems.com Internet: www.rexx-systems.com	rexx systems bietet Software-Lösungen in den Bereichen Recruiting, Talent Management sowie Human Resources und überzeugt als ganzheitlicher Lösungsanbieter durch herausragende Effizienzsteigerung und zuverlässige Technik. Die einfach zu bedienende, hochskalierbare Software ist für Kunden jeder Größe und Branche geeignet.	Personalwesen
D-7		MHM HR // MHM-Systemhaus GmbH Ansprechpartner: Steffen Michel Presselstraße 25 a D-70191 Stuttgart Telefon: +49 (0) 711 / 120 909-31 Fax: +49 (0) 711 / 120 909-11 E-Mail: welcome@mhmr-hr.com Internet: www.mhm-hr.com	MHM HR entwickelt Bewerbermanagement-Software für Profis. Mit MHM eRECRUITING können öffentliche Auftraggeber ihre Bewerbungen intelligent managen. Integrierte Zusatzfunktionen wie MHM MULTIPOSTING mit HR-ANALYTICS, CV-Parsing, FIRSTBIRD (Mitarbeiter-Empfehlungsprogramm) und diagnostische Testverfahren ergänzen das Angebot von MHM HR.	
D-5		hallobtf! gmbh Ansprechpartnerin: Yvonne Paris Breite Straße 28-30 D-50667 Köln Telefon: +49 (0) 221 / 977 608-0 Fax: +49 (0) 221 / 977 608-20 E-Mail: info@hallobtf.de Internet: www.hallokai.de	Kai: Marktstandard für die kommunale Inventarisierung. In mehr als 500 öffentlichen Verwaltungen im Einsatz. Erstfassung und laufende Bestandsführung im perfekten Zusammenspiel mit dem Anlagenbuch (u.a. SAP, INFOMA). Revisionssichere Inventur-Planung und Durchführung. Frei konfigurierbare Datenfelder. Barcode. Mobile Erfassung.	Inventarisierung
D-2		CC e-gov GmbH Ansprechpartner: Kurt Hühnerfuß Tempowerkring 7 D-21079 Hamburg Telefon: +49 (0) 40 / 2271 99-0 Fax: +49 (0) 40 / 2271 99-71 E-Mail: info@cc-egov.de Internet: www.cc-egov.de	ALLRIS – Sitzungsmanagement der Premiumklasse. Sitzungsdienst, Gremieninformation und -kooperation, Bürgerbeteiligung. Komplettlösung inkl. Webhosting aus einer Hand. CC DMS – E-Akte, Workflow und Archiv für die ganze Verwaltung. Integration von Fachverfahren und Bürosoftware. Ihr Partner vom Konzept bis zur Umsetzung.	Sitzungsmanagement
D-3		STERNBERG Software GmbH & Co. KG Ansprechpartner: Jan-Christopher Reuscher Kerkmannstraße 1 D-33729 Bielefeld Telefon: +49 (0) 521 / 97700 0 Fax: +49 (0) 521 / 97700 99 E-Mail: info@sternberg24.de Internet: www.sitzungsdienst.net	STERNBERG bietet mit seinem Sitzungsmanagement SD.NET, dem Gremieninfosystem SD.NET RIM und den RICH SitzungsApps für iOS, Android und Windows eine Lösung für die digitale Verwaltungs- und Gremienarbeit. In Politik, Wirtschaft und Bildung arbeiten Sie so plattformübergreifend, nutzen Informationen gemeinsam und optimieren zahlreiche Prozesse.	RIS
D-5		more! software GmbH & Co. KG Ansprechpartner: Dipl. Inf. Thomas Franz Aubachstraße 30 D-56410 Montabaur Telefon: +49 (0) 2602 / 838870 E-Mail: vertrieb@more-rubin.de Internet: www.more-rubin.de	Von der zentralen oder dezentralen Vorlagenerstellung über die Sitzungsplanung bis zur Protokoll- und Beschlusserstellung: More! Rubin ist ein Management- und Organisationswerkzeug für alle Aufgaben rund um den Sitzungsdienst. Sitzungsgeldabrechnung, die browserbasierten Infosysteme und verschiedene Schnittstellen runden das Verfahren ab.	
D-6		wer denkt was GmbH Ansprechpartner: Dr. Tobias Klug Robert-Bosch-Straße 7 D-64293 Darmstadt Telefon: +49 (0) 6151 / 6291550 Fax: +49 (0) 6151 / 6291551 E-Mail: kontakt@werdenktwas.de Internet: www.werdenktwas.de	Die wer denkt was GmbH bietet umfassendes Know-How aus Forschung und Praxis für Ihre erfolgreiche Bürgerbeteiligung. Wir begleiten kleine und große Kommunen u.a. mit dem Mängelmelder, Bürgerbefragungen, Ideenkarten, Leitlinien, Vorhabenlisten und individuellen Lösungen. Referenzen: Bremen, Heidelberg, Dortmund, Friedrichshafen, Bad Homburg.	E-Partizipation
D-3		Net at Work GmbH Ansprechpartnerin: Aysel Nixdorf Am Hoppenhof 32A D-33104 Paderborn Telefon: +49 (0) 5251 / 304 600 E-Mail: aysel.nixdorf@netatwork.de Internet: www.nospamproxy.de	NoSpamProxy von Net at Work ist eine umfassende Lösung für sichere E-Mail-Kommunikation „Made in Germany“. Sie schützt besonders zuverlässig vor Spam, Malware und anderen Cyber-Bedrohungen, bietet eine praxistaugliche und rechtskonforme E-Mail-Verschlüsselung und wurde wiederholt zum benutzerfreundlichsten Produkt ausgezeichnet.	IT-Security
D-9		NCP engineering GmbH Ansprechpartner: Bernd Steinle Dombühler Straße 2 D-90449 Nürnberg Telefon: +49 (0) 911 / 9968-0 Fax: +49 (0) 911 / 9968-299 E-Mail: info@ncp-e.com Internet: www.ncp-e.com	NCP entwickelt seit über 30 Jahren universell einsetzbare Software-Komponenten für die einfache und sichere Vernetzung von Endgeräten und Systemen über öffentliche Netze. Eingesetzt werden NCPs Secure Communications-Lösungen in den Bereichen IIoT, Mobile Computing, Filialvernetzung sowie Behördenkommunikation (BSI Zulassung).	

Buchen Sie Ihren IT-Guide-Eintrag unter Tel. +49 (0) 70 71.855-6770.

D-1	 DNS:NET Internet Service GmbH Zimmerstraße 23 D-10969 Berlin Telefon: +49 (0) 30 / 66765-0 Fax: +49 (0) 30 / 66765-499 E-Mail: info@dns-net.de Internet: www.dns-net.de	DNS:NET als Experte für Breitbandausbau und Betreiber von Glasfaserringen investiert gezielt in unterversorgte Regionen und baut eigene Netzinfrastrukturen für HighSpeedInternet auf. Dabei wird auf regionale Kooperation gesetzt, Kommunen und Städte werden zukunftssicher mit Glasfaser erschlossen. Kontakt für Anfragen von Kommunen: glasfaserausbau@dns-net.de	Breitband
D-2	 Consultix GmbH Wachtstraße 17-24 D-28195 Bremen Telefon: +49 (0) 421 / 333880 E-Mail: kommune@consultix.net Internet: www.consultix.de/kommune	Digitale Transformation, Beratung und Betriebskonzepte für IT, webbasierte Kommunikation und zentrales Online-Formular-Management. ISO 27001/27018 und EuroPriSe-zertifizierte Plattformlösungen für das Management personenbezogener Daten. Rechtssicherheit und Compliance-Konformität aller bürgerzentrierten Lösungen dank eigener Rechenzentren in Deutschland.	Consulting
D-0	 Lecos GmbH Ansprechpartner: Peter Kühne Prager Straße 8 D-04103 Leipzig Telefon: +49 (0) 341 / 2538-0 Fax: +49 (0) 341 / 2538-100 E-Mail: info@lecos.de Internet: www.lecos.de	Die Lecos GmbH ist ein BSI-zertifiziertes Beratungs- und Dienstleistungsunternehmen für den Einsatz von Informationstechnologien im kommunalen Umfeld. Wir unterstützen unsere Kunden seit 2001 bei der Gestaltung moderner Verwaltungsprozesse – von der strategischen IT- und Organisationsberatung bis hin zu operativen Rechenzentrums- und IT-Leistungen.	Komplettlösungen
D-0	 procilon GROUP Ansprechpartner: Andreas Liefelth Leipziger Straße 110 D-04425 Taucha bei Leipzig Telefon: +49 (0) 34298 / 4878-10 Fax: +49 (0) 34298 / 4878-11 E-Mail: info@procilon.de Internet: www.procilon.de	proGOV VPS – Die intelligente Middleware für den Öffentlichen Dienst – Sichere Kommunikation als virtuelle Poststelle (VPS) z.B. über OSCi, EGVF, De-Mail, autom. Archivbindung, Langzeitarchivierung gem. TR ESOR, Signatur, PKI, Fachverfahrensintegration, lückenlose Integration von Funktionalitäten des neuen Personalausweises – (nPA) in Online-Portale u.v.m.	
D-1	 Telecomputer Gesellschaft für Datenverarbeitung mbH Ansprechpartnerin: Elke Wegener Alte Jakobstraße 79/80, D-10179 Berlin Telefon: +49 (0) 30 / 1210012-0 Fax: +49 (0) 30 / 1210012-99 E-Mail: info@telecomputer.de Internet: www.telecomputer.de	Seit über 40 Jahren Partner für Kommunen: Als einer der Marktführer im Bereich Verkehrswesen bieten wir flexible, zuverlässige IT- und eGovernment-Lösungen mit einem hohen Maß an Integration und Interoperabilität. Unser Service umfasst die Beratung, Entwicklung, Integration, Schulung, Pflege und den Support in verschiedenen Ausbaustufen.	
D-2	 MACH AG Ansprechpartner: Oliver Wunder Wielandstraße 14 D-23558 Lübeck Telefon: +49 (0) 451 / 70647-217 E-Mail: oliver.wunder@mach.de Internet: www.mach.de	Digitale Akten, Transparenz im Finanzhaushalt, effiziente Personalprozesse – die MACH AG unterstützt seit 1985 kommunale Verwaltungen bei Digitalisierungsvorhaben. Wir leben den Anspruch, digital zu denken und menschlich zu handeln. Mit Expertise und eigener Software stärken wir nachhaltig unsere Kunden – und damit Deutschland.	
D-2	 Zweckverband Kommunale Datenverarbeitung Oldenburg (KDO) Ansprechpartnerin: Tina Thüer Elsässer Straße 66, D-26121 Oldenburg Telefon: +49 (0) 441 / 9714-0 Fax: +49 (0) 441 / 9714-148 E-Mail: info@kdo.de Internet: www.kdo.de	Als größter kommunaler IT-Dienstleister in Niedersachsen deckt die KDO das gesamte Anforderungsprofil öffentlicher IT ab: Individual- und Standard-Fachanwendungen, Hosting und zentraler Betrieb, Cloud- und E-Government-Lösungen, Datenschutz und vieles mehr. Wir sind Kompetenzzentrum für Kommunen – seit über 45 Jahren!	
D-3	 GovConnect GmbH Jathostraße 11b, D-30163 Hannover Geschäftsstelle Oldenburg Ansprechpartner: Jörn Bargfrede Nadorster Straße 228, D-26123 Oldenburg Telefon: +49 (0) 441 / 97353-0 E-Mail: info@govconnect.de Internet: www.govconnect.de	Die GovConnect GmbH unterstützt den öffentlichen Sektor kompetent und zuverlässig bei der Verwaltungsdigitalisierung. Das Produktportfolio umfasst u. a. Lösungen aus den Bereichen Ordnungswidrigkeiten, Online-Bezahlverfahren, Datenschutz, Hund & Halter sowie einen umfassenden Modulbaukasten zur Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes.	
D-3	 NOLIS GmbH Ansprechpartner: Uwe Warnecke Celler Straße 53 D-31582 Nienburg/Weser Telefon: +49 (0) 5021 / 88 77 555 Fax: +49 (0) 5021 / 88 77 599 E-Mail: info@nolis.de Internet: www.nolis.de	Bundesweit vertrauen Kommunen auf E-Government-Lösungen von NOLIS. Kompetente Ansprechpartner helfen bei allen Aufgaben rund um Stadt- und Serviceportal, CMS und Online-Services. Fachverfahren wie Bewerbermanagement, Kita-Platzvergabe, Web-GIS, Bürgertipps und viele weitere sind für den Einsatz in Kommunalverwaltungen optimiert.	
D-3	 krz Kommunales Rechenzentrum Minden-Ravensberg / Lippe Ansprechpartner: Lars Hoppmann Bismarckstraße 23, D-32657 Lemgo Telefon: +49 (0) 5261 / 252-0 Fax: +49 (0) 5261 / 252-200 E-Mail: info@krz.de Internet: www.krz.de	Das krz ist der bundesweit erste BSI-zertifizierte Informatik-Dienstleister für Kommunen. Als erfolgreicher Projektpartner und Integrator bietet die kommunale Einrichtung modernste Fachverfahren im kostengünstigen ASP-Betrieb für alle Kunden an und leistet seit mehr als 45 Jahren einen wesentlichen Beitrag zu einer dienstleistungsorientierten Verwaltung.	

Komplettlösungen (Fortsetzung)

Anzeige

D-3		ekom21 – KGRZ Hessen Ansprechpartnerin: Gabi Göpfert Carlo-Mierendorff-Straße 11 D-35398 Gießen Telefon: +49 (0) 641 / 9830-1220 Fax: +49 (0) 641 / 9830-2020 E-Mail: ekom21@ekom21.de Internet: www.ekom21.de	ekom21 steht für das größte BSI-zertifizierte kommunale IT-Dienstleistungsunternehmen in Hessen und für den drittgrößten kommunalen IT-Dienstleister in Deutschland. Mit einem umfassenden Produkt- und Dienstleistungsportfolio betreut die ekom21 über 700 Kunden mit 30.000 Anwendern und hat sich auf Komplettlösungen für den öffentlichen Dienst spezialisiert.
D-3		KID Magdeburg GmbH Ansprechpartnerin: Andrea Pape Alter Markt 15 D-39104 Magdeburg Telefon: +49 (0) 391 / 2 44 64-0 Fax: +49 (0) 391 / 2 44 64-400 E-Mail: info@kid-magdeburg.de Internet: www.kid-magdeburg.de	Die KID Magdeburg GmbH ist ein Systemhaus mit kommunalen Gesellschaftern. Zu ihnen gehören die Landeshauptstadt Magdeburg und weitere Kommunen über die Kommunale IT-UNION eG (KITU). Die Produkte und Dienstleistungen steuern die zentralen IT-Prozesse innerhalb der öffentlichen Verwaltung sowie in Unternehmen speziell des Public Sector.
D-4		ab-data GmbH & Co. KG Kommunale Systemlösungen Friedrichstraße 55 D-42551 Velbert Telefon: +49 (0) 2051 / 944-0 Fax: +49 (0) 2051 / 944-288 E-Mail: info@ab-data.de Internet: www.ab-data.de	ab-data bietet als Marktführer webbasierter Finanzsoftware für Kommunen zukunfts- und investitionssichere Qualitätsprodukte an. Hierzu zählen auch webbasierte Systemlösungen und Services. Das ab-data Finanzwesen wird in allen Flächenbundesländern erfolgreich von Kleinstverwaltungen bis zu Landeshauptstädten eingesetzt.
D-4		PROSOZ Herten GmbH Ewaldstr. 261 D-45699 Herten Telefon: +49 (0) 23 66 / 188 - 0 Fax: +49 (0) 23 66 / 188 - 111 E-Mail: info@prosoz.de Internet: www.prosoz.de	PROSOZ Herten unterstützt als führender Anbieter Kommunen mit praxisnahen Software- und Beratungslösungen in den Bereichen Soziales, Jugend, Bauen und Ordnung und liefert Kennzahlen und Daten zur optimalen Verwaltungssteuerung. Neben modernen Technologien setzt das Unternehmen auf fundierte Kenntnisse aus der Verwaltungspraxis.
D-5		Nagarro ES Ansprechpartner: Dr. Norbert Rheindorf An der Schusterinsel 3 D-51379 Leverkusen Telefon: +49 (0) 611 / 71189202 E-Mail: info@nagarro-es.com Internet: www.nagarro-es.com	Nagarro ES ist ein führender deutscher IT-Full-Service-Provider für kritische Unternehmensapplikationen und komplexe ERP-Landschaften. Suite4Public: SAP-basierte Lösung für Städte, Landkreise und AöRs. Fit für die Zukunft mit Suite4Doppik – Abbildung des doppischen, kommunalen Finanzwesens und Suite4KA – Veranlagung von Steuern.
D-5		EDV Ermtraud GmbH Ansprechpartner: Tobias Krumnow Arienheller Straße 10 D-56598 Rheinbrohl Telefon: +49 (0) 26 35 / 92 24-0 Fax: +49 (0) 26 35 / 92 24-29 E-Mail: vertrieb@edv-ermtraud.de Internet: www.edv-ermtraud.de	TopCash 2: bar + bargeldlos kassieren, Gebührenkasse + EC-Terminals, Techn. Sicherheitseinrichtung. Für Zahlstellen der Verwaltung + deren Einrichtungen. GEVE 4 – Gewereregister & Erlaubniswesen für Stadt, Gemeinde, VWG; OZG, Datenaustausch und eAkte. GEVE 4-regional – Gewerbe- und Erlaubnisverwaltung für Kreise.
D-5		Südwestfalen-IT (Kommunaler Zweckverband) Sonnenblumenallee 3 D-58675 Hemer Telefon: +49 (0) 2372 / 5520-0 Fax: +49 (0) 2372 / 5520-279 Internet: www.sit.nrw	Verwaltungen müssen sparen und gleichzeitig immer bürgerfreundlicher werden. Die Südwestfalen-IT (SIT) hat sich dieser Herausforderung angenommen. Sie ist Anfang 2018 aus dem Zusammenschluss der Citkomm und KDZ Westfalen-Süd entstanden. Im Fokus ihres Strebens steht die kundenspezifische Optimierung von Verwaltungsprozessen.
D-5		Kommunix GmbH Ansprechpartner: Joseph Bunten Friedrich-Ebert-Straße 74 D-59425 Unna Telefon: +49 (0) 23 03 / 25 47 00 Fax: +49 (0) 23 03 / 4 00 49 E-Mail: info@kommunix.de Internet: www.kommunix.de	Organisationswerkzeuge für Behörden: Das Besucherleit- und Terminmanagementsystem TEVIS. Effiziente und komfortable Bearbeitung von Ausländerfachverfahren mit ADVIS. Vom Antrag auf die deutsche Staatsbürgerschaft bis zur Aushändigung der Urkunde mit EINBÜRGERUNG. Abwicklung von Verpflichtungserklärungen mit VISITVIS.
D-6		LORENZ Orga-Systeme GmbH Ansprechpartner: Christian Koch Eschborner Landstraße 75 D-60489 Frankfurt am Main Telefon: +49 (0) 69 / 7 89 91 – 900 Fax: +49 (0) 69 / 7 89 91 – 110 E-Mail: info@lorenz-orga.de Internet: www.lorenz-orga.de	Der Spezialist für kommunale Anwendungen in den Bereichen Archivierung, Dokumenten-Management und Workflow. Speziallösungen für KFZ-Wesen, Kasse, Steueramt, Bauaufsicht, Sozialwesen, Pass, Standesamt, Einwohner, Aktenplan-, Registratur- und Schriftgutverwaltung uvm. Verfügbar als Standalone- und Cloud-Nutzung.
D-6		OrgaSoft Kommunal GmbH Am Felsbrunnen 9 D-66119 Saarbrücken Telefon: +49 (0) 681 / 8 70 04-0 Fax: +49 (0) 681 / 8 70 04-90 E-Mail: vertrieb@o-s-k.de Internet: www.o-s-k.de	OrgaSoft Kommunal bietet mit KIS♦KRW den allumfassenden Lösungsansatz für das Rechnungswesen von Kommunen, Eigenbetrieben und Werken. Zahlreiche integrierte KIS♦Fachverfahren ergänzen das Angebot. KIS ist das Kommunale Integrierte System aus einer Hand – eine Eigenentwicklung mit der Erfahrung aus 40 Jahren kommunaler Datenverarbeitung.

Komplettlösungen (Fortsetzung)

Komplettlösungen (Fortsetzung)

Anzeige

D-8		AKDB - Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern Hansastraße 12-16 D-80686 München Telefon: +49 (0) 89 / 59 03-0 Fax: +49 (0) 89 / 59 03-18 45 E-Mail: mailbox@akdb.de Internet: www.akdb.de	Der Marktführer für kommunale Software: Die AKDB und ihre Partner bieten Entwicklung, Pflege und Vertrieb von IT-Lösungen für alle Bereiche der Kommunalverwaltung – inklusive Beratung und Schulung. Das Bürgerservice-Portal ist die bundesweit reichweitenstärkste E-Government-Plattform für Online-Verwaltungsdienste.
D-8		Kolibri software & systems GmbH Ansprechpartner: Thomas Dietrich Rudolf-Diesel-Straße 11 D-82205 Gilching Telefon: +49 (0) 81 05 / 37 60-0 Fax: +49 (0) 81 05 / 37 60-20 E-Mail: vertrieb@kolibri-software.de Internet: www.kolibri-software.de	Branchenspezialist für Grundstücksinformationssysteme, Liegenschaftsverwaltung und Gebäudemanagementsysteme (CAFM) und Bauverwaltungs Lösungen. Die modular aufgebaute Softwarelösung hat Schnittstellen zu allen gängigen GIS- / Finanz- und DMS-Anwendungen, hat Web Module und kann gehostet werden. Wir beraten und implementieren.
D-8		adKOMM Software GmbH & Co. KG Ansprechpartner: Dennis Böttcher Stadtweg 14 D-85134 Stammham Telefon: +49 (0) 8405 / 9286-0 Fax: +49 (0) 8405 / 9286-100 E-Mail: poststelle@adkomm.de Internet: www.adkomm.de	adKOMM E-Government-Lösung – Ihre Softwarelösung für fach- und ämterübergreifende Informationen. Einheitliche Basis für Daten und Informationen – eine Adressdatei, ein Bürgerkonto und medienbruchfreie Aktenführung. Durchgängige, digitale Geschäftsprozesse und eine einheitliche Oberfläche. E-Government. Einfach. Praktikabel.
D-8		Axians Infoma GmbH Ansprechpartnerin: Stephanie Eifert Hörvelsinger Weg 17-21 D-89081 Ulm Telefon: +49 (0) 731 / 1551-213 Fax: +49 (0) 731 / 1551-555 E-Mail: stephanie.eifert@axians-infoma.de Internet: www.axians-infoma.de	Axians Infoma ist führender Anbieter von Software-Lösungen und Dienstleistungen im kommunalen Markt. Mit der modularen Software Infoma newsystem steht eine einzigartige integrierte Komplettlösung für das Finanzwesen zur Verfügung, ergänzt um Fachverfahren und Lösungen rund um das Thema E-Government.
D-9		DATEV eG Ansprechpartner: Team Public Sector Paumgartnerstraße 6-14 D-90429 Nürnberg Telefon: 0800 / 0 11 43 48 E-Mail: public-sector@datev.de Internet: www.datev.de/publicsector	Die DATEV eG unterstützt Kommunen und öffentliche Einrichtungen mit Software und Dienstleistungen rund um Finanzwesen und Personalwirtschaft, mit Cloud-Lösungen sowie mit einem auf Prozesse abgestimmten Dokumenten-Managementsystem. Experten beraten bei Einführung effizienter Prozesse sowie Organisationsstrukturen und bieten Schulungen an.

Komplettlösungen (Fortsetzung)

Anzeige

Jetzt
die Zusatz-
vorteile sichern:
Jede Ausgabe von
Kommune21 als
PDF in Ihrem
Intranet!



Vorschau

Die nächste Ausgabe (12/2020) erscheint am 30.11.2020



Landkreis der Zukunft

Ein Forschungsprojekt der Universität Potsdam hat aus der Perspektive von Bürgern, Unternehmen und Verwaltung Szenarien für die digitale Kreisverwaltung der Zukunft entworfen.



Digitale Bildung

Der Bund stellt den Ländern, ergänzend zum Digital-Pakt Schule, 500 Millionen Euro zur Verfügung, um den Ausbau von professionellen Administrations- und Support-Strukturen zu finanzieren.



Usability und User Experience

In der Rubrik Informationstechnik geht es um Usability und User Experience von E-Government-Anwendungen. Außerdem berichten wir über ein automatisiertes Berichtswesen und kommunales Facility Management.



Social Media sicher nutzen

Soziale Netzwerke sind auch für Kommunen relevante Kommunikationskanäle. Wie gelingt der Spagat zwischen der Reichweite der Plattformen und dem Einhalten von Datenschutzvorgaben?

Inserentenverzeichnis dieser Ausgabe

ab-data	31	GovConnect	43	MACH	49
Advantic	5	hallobt!	67	more! software	39
AKDB	9	Haufe-Lexware	Beihefter	Nolis	68
Axians Infoma	51	Hessen Trade & Invest	13	Optimal Systems	17
CC e-gov	3	HSH Soft- und Hardware	41	virtualcitysystems	19
Ceyoniq Technology	53	IDL	2	Wolters Kluwer	7, 21
commundus regisafe	47	ITEBO	55	xSuite	33
DSV Service	15	K21 media	65	Branchenindex IT-Guide	58 - 66
ekom21	11	Kom. Forum Sachsen	45		
GiroSolution	25	Kommunix	35, 37		

Impressum

Verlag und Herausgeber: K21 media AG
Olgastraße 7
72074 Tübingen
Telefon: +49 (0) 70 71 / 855 - 6770
Fax: +49 (0) 70 71 / 855 - 6773
E-Mail: info@k21media.de
Internet: www.k21media.de

Verantwortlicher Redakteur im Sinne des Presserechts und Chefredakteur: Alexander Schaeff
Olgastraße 7
72074 Tübingen
E-Mail: redaktion@kommune21.de

Redaktion: Bettina Schömig (stellv. Chefredakteurin, in Elternzeit)
Verena Barth
Alexandra Braun (in Elternzeit)
Corinna Heinicke (Volontärin)
Dr. Helmut Merschmann (Freier Mitarbeiter)

Verantwortlich für den Anzeigenteil: Joachim Pürschel
Olgastraße 7
72074 Tübingen
Telefon: +49 (0) 70 71 / 855 - 2787
E-Mail: j.puerschel@k21media.de

Seit dem 1.1.2020 gilt die Preisliste Nr. 20 der Media Information 2020.

Erscheinungsweise: monatlich
ISSN: 1618-2901
Einzelpreis Inland: 9,00 € (zzgl. Porto und Versand)
Jahresabonnement Inland: 104,00 € (Abonnement frei Haus)
Telefon: +49 (0) 70 71 / 855 - 6770

Bankverbindung: Kreissparkasse Tübingen,
BLZ 641 500 20
Kontonr. 155 010

Layout: PEAK Agentur für Kommunikation GmbH, Tübingen

Druck: Druckerei Raisch GmbH & Co. KG
Auchterstraße 14
72770 Reutlingen

Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Grafiken und Bilder wird keine Haftung übernommen. Die Annahme zur Veröffentlichung überträgt der Autor dem Verlag das ausschließliche Verlagsrecht für die Zeit bis zum Ablauf des Urheberrechts. Die Zustimmung zum Abdruck und zur Veröffentlichung wird vorausgesetzt. Eingeschlossen sind insbesondere auch das Recht zur Herstellung elektronischer Versionen und zur Einspeicherung in Datenbanken sowie das Recht zu deren Vervielfältigung und Verbreitung Online oder Offline sowie das Recht zur öffentlichen Zugänglichkeit im Internet ohne zusätzliche Vergütung. Honorare nach Vereinbarung.

Alle in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Die ausschließlichen urheberrechtlichen Nutzungsrechte für angenommene und veröffentlichte Beiträge liegen bei dem Verlag. Kein Teil dieser Zeitschrift darf außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ohne schriftliche Genehmigung des Verlages in irgendeiner Form – durch Fotokopie, Mikrofilm oder andere Verfahren – reproduziert oder in eine von Maschinen, insbesondere von Datenverarbeitungsanlagen verwendbare Sprache übertragen werden oder in eine andere Sprache übersetzt werden.

Artikel, die mit Namen oder Signet des Verfassers gekennzeichnet sind, geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers und der Redaktion wieder.

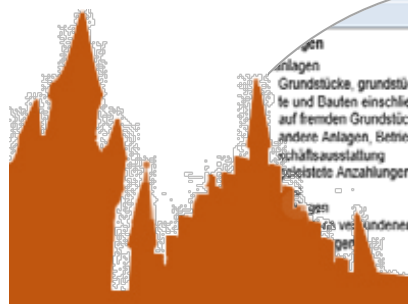
© Copyright 2020 K21 media AG. Alle Rechte vorbehalten.

Bildnachweis:

A. Beuthner/Landratsamt Erzgebirgskreis (6), AKDB (10), Amazon (12), contrastwerkstatt/stock.adobe.com (66), creativ collection Verlag (66), die firma . experience design GmbH (57), IDL GmbH (32), Ines Meier (29), Irntraud Kittner (42), Kreisstadt Neunkirchen (37), Martin Heintzen (28), MEV Verlag (Titel, 18, 48), MH/stock.adobe.com (66), PEAK Agentur für Kommunikation (3, 66), Pia Jeanine Schmidt (38), Rhein-Lahn-Kreis (40), Staatskanzlei RLP/Elisa Biscotti (22), Stadt Braunschweig/Daniela Nielsen (8), Stadt Bühl (27), Stadt Ettlingen (28), Stadt Gelsenkirchen/Gerd Kaemper (16), Stadt Stutensee (27), Stadt Wuppertal (24), VirtualCity Systems (50), Visual Generation/stock.adobe.com (Titel, 4).

Beteiligungsbericht 2019

Stadt Reportingen



	31.12.2019	31.12.2018	31.12.2017
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	17.504.068	17.317.624	17.139.071
andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	34.375	33.366	134.000
geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	52.363	145.187	428.000
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	8.545.479	12.981.675	14.681.675
Verbindlichkeiten gegenüber anderen Unternehmen	1.227.510	4.663.706	4.663.706
sonstige Vermögensgegenstände	7.317.969	8.317.969	10.017.969
Summe	2.066.146	2.632.463	6.405.712
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	59.568	0	5.562.772
geleistete Anzahlungen	0	0	5.562.772
sonstige Vermögensgegenstände	59.568	0	0
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1.991.042	2.519.079	837.540
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	10.675	10.964	7.200
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	996.702	1.616.431	0
Summe	984.466	891.684	13.384
Summe	28.115.967	28.115.967	28.115.967

1.2 Stadtentwicklungsgesellschaft Reportingen GmbH

A. Allgemeine Unternehmensdaten

Stadtentwicklungsgesellschaft mbH

Johannes-Gutenberg-Straße 10
99099 Reportingen

Telefon: +49 (0)9999 9999 0
Fax: +49 (0)9999 9999 10
E-Mail: info@seg-reportingen.de

Stammkapital in €	Anteile in %
2.000.000	100,00

Stammkapital in €	Anteile in %
100.000	100,00
1.500.000	40,00
19.173	12,50

B. Gegenstand und Leistungen des Unternehmens

Die Aufgabe der Gesellschaft ist die Planung von Vorhaben, die im wirtschaftspolitischen Interesse der Stadt Reportingen liegen. Die Gesellschaft handelt nach wirtschaftlichen Grundsätzen und im Auftrag der Stadt. Zu diesem Zweck kann die Gesellschaft Grundbesitz erwerben und veräußern, Erschließungs- und sonstige Infrastrukturmaßnahmen durchführen. Sie ist berechtigt, wirtschaftliche Wirtschaftsförderung, der Förderung der Kultur und der allgemeinen Lebensqualität in der Stadt Reportingen überträgt. Die Stadt kann hierzu gesonderte Verträge mit der Gesellschaft schließen, Betrauungsscheine erteilen oder sonstige Vereinbarungen mit der Gesellschaft treffen. Die Gesellschaft darf auch sonstige Geschäfte betreiben, sofern diese dem Gesellschaftszweck dienen.

Herr Gschwind ist Beteiligungsmanager der Stadt Reportingen. Seinen jährlichen Beteiligungsbericht hat der Doppik al dente!-Berater nach Maß für ihn entwickelt.

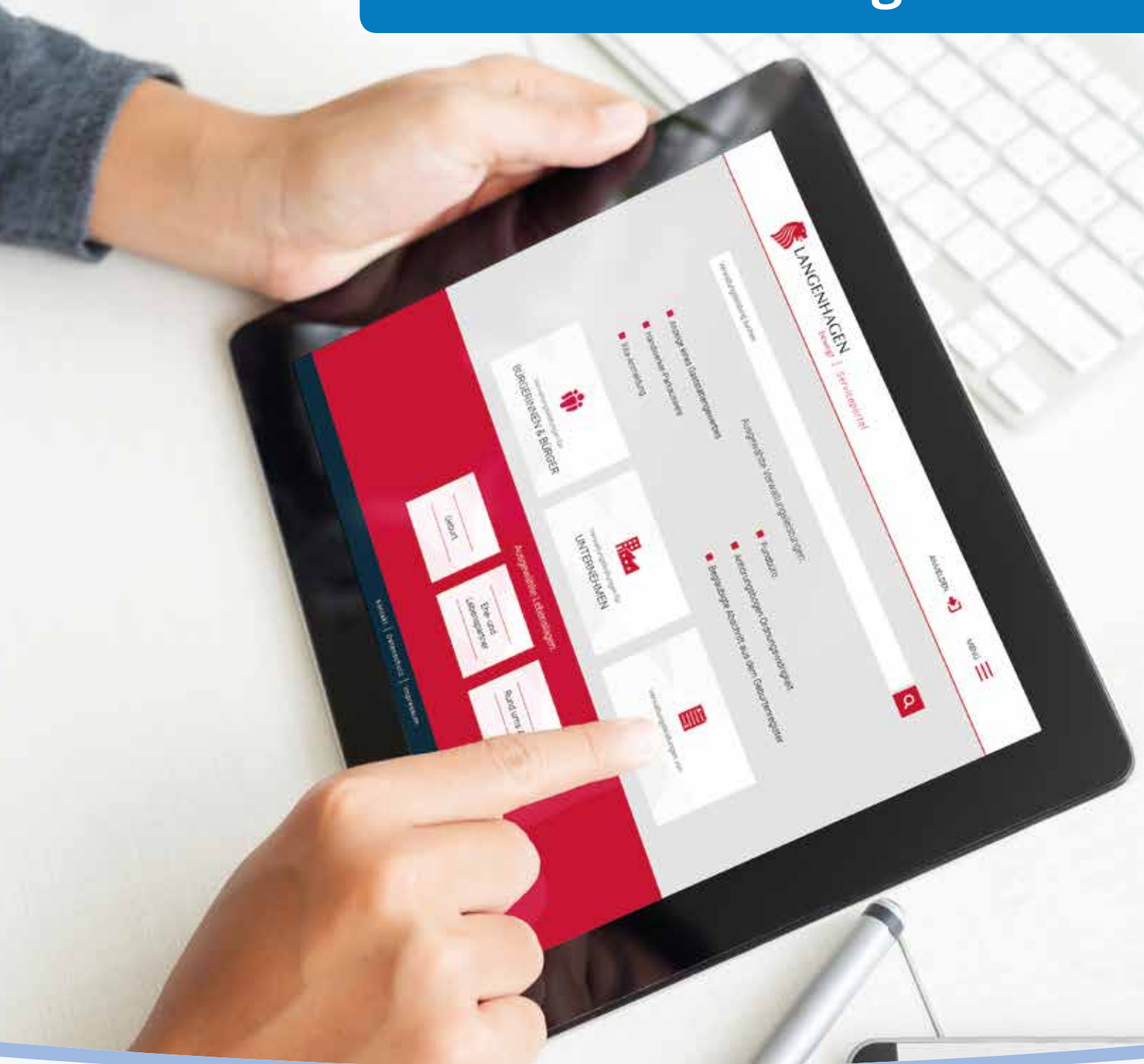
Jetzt ist alles einfach: Zahlen und Daten einbringen – Knopf drücken – fertig. Finanzzahlen, Leistungsdaten, Gremien-Besetzung, Beteiligungsverhältnisse, Vorjahres-Ausweis, Kennzahlen, Texte, Grafiken. Alles in einheitlichem, ansprechendem Layout.

hallobtf! gmbh • Breite Straße 28-30 • 50667 Köln • 0221 977608 0
www.doppik-al-dente.de • doppik-al-dente@hallobtf.de

DOPPIK al dente!®

KONZERNREPORTING

Ihr Rathaus ist jetzt rund um die Uhr geöffnet



Wir begleiten Sie bei der Umsetzung des OZG!

Gerne informieren wir Sie ausführlich über unsere OZG-Lösungen.
www.nolis.de | info@nolis.de | 0 50 21 - 88 77 555